

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Staatsminister Hubert Aiwanger  
Abg. Martin Stümpfig  
Abg. Dr. Ralph Müller  
Abg. Dr. Fabian Mehring  
Abg. Sandro Kirchner  
Abg. Franz Bergmüller  
Abg. Sebastian Körber  
Abg. Florian Streibl  
Abg. Raimund Swoboda  
Abg. Ferdinand Mang  
Abg. Annette Karl  
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring  
Abg. Martin Hagen  
Abg. Markus Blume  
Abg. Ludwig Hartmann  
Abg. Rainer Ludwig  
Abg. Gerd Mannes  
Abg. Michael Hofmann  
Abg. Horst Arnold  
Abg. Albert Duin  
Abg. Alexander König  
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher  
Abg. Josef Seidl  
Abg. Klaus Holetschek

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

### **"Bayerisches Aktionsprogramm Energie"**

Das Wort hat dazu der Staatsminister Hubert Aiwanger.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiepolitik ist eines der wichtigsten Themen für einen starken Wirtschaftsstandort. Insofern ist es heute mehr als berechtigt, dass wir uns diesem Thema nach einem Jahr der neuen Koalition widmen, dass wir auch im Abgleich der Parteien definieren, wo wir bei unseren energiepolitischen Zielen stehen, wo wir überhaupt in der Energiepolitik stehen und wo wir hinwollen.

Am Ende kann uns ein Erfolg bei dem Ziel, die Energiewende zu schaffen und die Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, am besten dann gelingen, wenn wir möglichst viele Bürger dieses Landes mitnehmen, wenn wir einen möglichst breiten Konsens hinbekommen. Das ist schon ein Kernpunkt, den ich beleuchten will.

Wir hatten zu dem Thema Energiepolitik in den letzten Jahren bundesweit und auch landesweit diverse ideologische Auseinandersetzungen. Sie wissen, dass noch im Jahr 2010 die Atomlaufzeitverlängerung beschlossen worden ist und 2011 zurückgedreht worden ist; dass wir jetzt unter der Maßgabe des Kohleausstiegs bis 2038 stehen. Sie wissen, dass 2022 das letzte bayerische Kernkraftwerk vom Netz geht und damit sehr viel gesicherte Leistung für uns wegbricht.

Sie sehen draußen die Debatte um die Stromtrassen; Sie sehen die Debatte um die Windräder; Sie sehen die Debatte um Wasserkraftwerke, die neu gebaut werden sollten oder beseitigt werden sollen. Sie sehen damit ein breites Spannungsfeld, in dem sich Politik befindet. Zwischendrin sind die Bürger mit häufig regionaler Betroffenheit:

Bei einer abstrakten Abfrage, ob man für die Windenergie ist, sagt man Ja. Aber wenn das Windkraftrad vor der eigenen Haustür kommt, sagt man Nein. Man begrüßt die erneuerbaren Energien, aber will Wasserkraftwerke dann nicht und dergleichen mehr.

Das zeigt schon, dass die Politik nur dadurch vorwärtskommen kann, dass sie klare Ziele definiert, die für die Mehrheit der Bürger nachvollziehbar und dann zustimmungsfähig sind. Die Politik wird dann zum Ziel kommen, wenn sie die Bürger auf diesem Weg mitnimmt. Das Stichwort Akzeptanz ist für mich einer der Schlüssel dafür, dass wir die energiepolitischen Ziele Bayerns nach vorne bringen.

Beleuchten wir kurz die Ausgangssituation: Bayern verbraucht jährlich etwa 83 Terawattstunden Strom. Davon haben wir 73 Terawattstunden selbst erzeugt. Das ist das erste Mal seit vielen Jahren, dass die Erzeugung hinter dem Verbrauch zurückgeblieben ist. Die Erklärung ist das Abschalten von Block B des Kernkraftwerks Grundremmingen mit gut 10 Terawattstunden. Zwei weitere Kernkraftwerke werden folgen. Dann fallen von diesen 80 Terawattstunden, die wir benötigen, gut weitere zweimal zehn weg und damit rund 30 % weitere Stromerzeugungsleistung, die wir heute noch haben. Wir versuchen natürlich in der Zwischenzeit, mit erneuerbaren Energien aufzubauen; wir haben Stromimporte, und wir versuchen, Energie einzusparen.

Meine Damen und Herren, dabei ist das Thema Strom gar nicht das allein Entscheidende, sondern der Strombereich umfasst im Energiesektor nur rund 20 %. Weitere 30 % umfasst der Energiebedarf im Verkehr. Die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs von über 500 Terawattstunden in Bayern verursacht die Wärme.

Allein das zeigt schon, dass es nicht zielführend ist, sich nur um die letzte Kilowattstunde Stromerzeugung zu balgen und die anderen 80 % Energie außen vor zu lassen. Wenn wir wirklich eine bessere Erzeugungssituation in Bayern wollen, wenn wir mehr regional erzeugen wollen, wenn wir Abhängigkeiten reduzieren wollen, wenn wir auch in der Klimadiskussion besser werden und CO<sub>2</sub> einsparen wollen, dann müssen wir neben dem Strom mindestens genauso das Thema Verkehr beleuchten und min-

destens genauso das Thema Wärme beleuchten. Wenn wir im Bereich des Stroms, der 20 % vom Gesamtkuchen ausmacht – nicht mal ganz in Bayern –, derzeit etwa die Hälfte erneuerbar erzeugen, im Verkehrsbereich aber erst im einstelligen Bereich sind, bei 5,x %, und im Wärmebereich bei 15 %, dann zeigt das, dass die Handlungsfelder hier sehr viel vielschichtiger sind, als dass man sich nur auf den Strom konzentrieren könnte.

In der öffentlichen Debatte steht rund um das Thema Energiepolitik natürlich zunächst einmal die Frage im Raum, ob denn die Lichter ausgehen, wenn wir aus der Atomenergie aussteigen, die Stromtrassen nicht bauen und nicht genügend Windräder errichten. Das ist nämlich die Sorge der Menschen und der Wirtschaft.

Ist die Sorge, dass das Licht ausgehen könnte, berechtigt? – Meine Damen und Herren, nein, das Licht geht nicht aus! Selbst wenn diese beiden Kernkraftwerke mit rund 2.700 Megawatt Leistung vom Netz gehen, haben wir noch – im Stand-by-Modus – eine gesicherte Gaskraftwerksleistung von 3.000 Megawatt. Wir haben, wenn Sie so wollen, mehr Gaskraft in der Garage stehen, als wir Kernenergie vom Netz nehmen. Damit ist die Frage, ob das Licht ausgeht, beantwortet: Nein, es geht nicht aus!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sind natürlich nicht allein damit zufrieden, dass das Licht nicht ausgeht. Es geht darum, zu welchem Preis wir das Licht am Brennen halten. Die Antwort ist, dass die schon erwähnten 3.000 Megawatt Gaskraftwerksleistung höchstwahrscheinlich nicht ins Spiel kommen, selbst wenn die Kernkraftwerke vom Netz gehen; denn die Netze – auch die internationalen – sind voll von Strom. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus Windstrom, Braunkohlestrom, Atomstrom usw. Die 10-Terawattstunden-Lücke ist also schon abgedeckt. Der große Teil der demnächst entstehenden Lücke wird dadurch ebenfalls abgedeckt, und ab einem bestimmten Punkt steigen die bayerischen Gaskraftwerke ein. Darüber wird aber der Markt entscheiden; die technische Kapazität wird dafür zunächst einmal nicht maßgeblich sein.

Wir, die Bayerische Staatsregierung, haben erfolgreich darauf hingewirkt, dass der Bund den Ausbau der Gaskraftwerkskapazität für den Süden bevorzugt mit weiteren Anreizen versieht. Herr Ministerpräsident, dafür, dass Sie diesen Vorschlag eingebracht haben, geht mein Dank auch an Sie. Wir können mit Berlin gut über Bande spielen. Wir haben also von Berlin die Zusage erhalten, dass mehr Gaskraft nach dem Süden kommt, wenn es denn nötig ist.

Einige Verbesserungen sind bereits umgesetzt. So verbessern sich in der Kraft-Wärme-Kopplung die Bedingungen für mittelgroße Gaskraftwerke von 1 bis 10 Megawatt Leistung; bisher galt die Begünstigung – 40 % EEG-Satz – nur für solche bis 1 Megawatt Leistung. Die Erweiterung der Begünstigung ist ebenfalls auf Betreiben Bayerns erfolgt. Das war ein richtiger und wichtiger Punkt, den wir mit dieser jungen Koalition durchgesetzt haben. Wenn andere sagen, wir täten nichts, dann bekommen sie vielleicht gar nicht mit, was wir alles tun. Ich lasse nachher noch eine Liste mit unseren Erfolgen in Berlin austeilen; diese kann ich hier gar nicht alle aufzählen.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben vieles Weitere angeregt. Diese Liste bekommen Sie wie auch die Journalisten schriftlich. Wir tun also mehr, als unsere Kritiker befürchten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was die Versorgungssicherheit angeht, so ist es mir wichtig, dass wir an dieser Stelle kurz innehalten: Wir haben mehrere große Gaskraftwerke, zum Beispiel Irsching, die die Kernkraftwerke flankieren und deren Leistung, wenn sie vom Netz gehen, auffangen, falls Bedarf besteht.

Es ist vielleicht nicht richtig, jetzt zwei oder drei weitere sehr große Gaskraftwerke zu fordern. Mein Wunsch ist, dass wir möglichst viele kleine, dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bekommen; denn diese haben nicht 60 %, sondern 90 % Effektivität.

tät. Diese Anlagen erzeugen nicht nur Strom, sondern auch deren Abwärme wird genutzt, statt durch den Kamin hinausgeblasen zu werden. Wir sind schon losmarschiert und haben eine Informationskampagne gestartet. Wir gehen in alle Regierungsbezirke und gehen auf die Beteiligten zu: die Wirtschaft, die Unternehmer, die Stadtwerke, diejenigen, die ein Krankenhaus betreiben. Wir sagen ihnen: Stellt euch doch so eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage vor die Haustür! Erzeugt euren Strom selbst! Nutzt die Abwärme! Das ist heute schon rentabel und spätestens nach diesem Vorstoß Bayerns auf Bundesebene ein für alle gangbarer Weg. Damit bauen wir diese gesicherte Leistung weiter aus.

Noch einmal: Der Strom geht nicht aus. Nebenher wird sogar noch Wärme gewonnen. Mein Wunsch ist, dass wir möglichst viele kleine und mittlere Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen haben. Vielleicht gelingt es uns mittelfristig, alle Gaskraftwerke mit grünem Gas zu betreiben. Ein paar große haben wir. Wenn es nicht anders geht, bauen wir noch ein paar große; lieber wären mir ein paar Tausend kleine.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Photovoltaik, einem weiteren Thema aus dem Strombereich. Die Photovoltaik ist unser großes Flaggschiff in der Energiewende. Bei keinem Thema verzeichnen wir in der Öffentlichkeit so viel Zuspruch und so große Erfolge wie bei PV. Sie haben es mitbekommen: Wir haben im Sommer dieses Jahres das Kontingent von 30 auf 70 PV-Projekte auf Freiflächen erhöht. Danke an den Koalitionspartner, dass wir das so durchbekommen haben.

Beste Nachrichten kommen aus Berlin: Wir Bayern haben teilweise 85 % der bundesweiten Ausschreibungsvolumina gewonnen. Es war also richtig, diesen Weg zu gehen.

Ich kündige ganz dezent an, dass ich diesen Weg weitergehen will und weitergehen werde, weil wir im nächsten Jahr noch mehr Bundesausschreibungen bekommen werden. Auch im übernächsten Jahr wird die Marge sehr hoch sein. Ich bin der Überzeugung: Wir müssen in den nächsten zwei Jahren noch einmal ordentlich klotzen, weil

danach wahrscheinlich die Volumina zurückgehen werden. Ich will dann aber für Bayern diese Erfolge schon in der Tasche haben. Es soll nicht dazu kommen, dass wir dann, wenn die großen Ausschreibungen vorüber sind, sagen müssen: "Wir sind auch noch da", dass es dann aber heißt: "Jetzt gibt es aber nichts mehr!"

Also ganz klar: Wir sollten diese 70 PV-Projekte auf Freiflächen unter die Lupe nehmen. Wir haben schon angekündigt, dass wir nach den Ausschreibungen im November/Dezember, das heißt zum Jahreswechsel, drüberschauen werden. Dies wollen wir gemeinsam mit unseren Landwirten, die ja die Flächen zur Verfügung stellen müssen, unseren Kommunen und unserer Energiebranche tun. Es ist wunderbar, dass wir heuer rund 800 Megawatt Leistung über die PV eingespielt haben – mehr als je zuvor.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass wir im Bereich der Dachflächen-PV durch unser Dachflächen- und unser PV-Speicherprogramm einen richtigen Schub bekommen haben. Zum heutigen Tag liegen schon über 6.300 Anträge vor, obwohl wir mit dem Programm erst im August begonnen haben. Die Leute montieren sich eine Dachfläche neu und haben im Keller den PV-Speicher. Wir bezuschussen dieses Vorhaben und setzen damit einen Anreiz. Über diese Schiene konnten wir schon 50.000 Kilowatt Leistung zusätzlich gewinnen. Die PV ist ein Glücksfall für Bayern. Wir werden die PV weiter ausbauen, diesen Weg also weitergehen.

Es gibt die eine oder andere Überlegung, ob die Freiflächen ökologisch noch etwas aufgewertet werden sollten. Ich finde es immer etwas einfallslos, wenn nur alle paar Wochen Mulch daruntergelegt wird. Man könnte dort biotopmäßig sehr viel machen.

Wir sind im Bund unterwegs, um die Einspeisebedingungen zu verbessern. Konkret geht es darum, dass der eingespeiste Strom bis 40 Kilowatt Leistung EEG-befreit wird, um die Bedingungen zu verbessern.

Auch daran wird deutlich: PV wird weiter ausgebaut. Bayern ist Sonnenland und wird es noch mehr werden. Danke, lieber Gott, dass du die Sonne scheinen lässt. Wir nutzen sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Bereich Wasserkraft sind wir bei etwa 10 Terawattstunden angelangt. Wenn Sie es vergleichen wollen: Die Wasserkraft erbringt in Bayern in etwa die Leistung eines Kernkraftwerks.

Von den GRÜNEN und dem Bund Naturschutz gibt es an dieser Stelle Kritik. Der Konflikt liegt darin, dass beide die kleine Wasserkraft zurückbauen wollen; sie wollen nicht, dass wir sie erhalten. Ich stehe ganz klar auch zur kleinen Wasserkraft. Ich erlaube mir sogar, hierfür ein Modernisierungsprogramm aufzulegen. Ich will die Betreiber genau unter die Lupe nehmen und ihnen helfen. Wir sagen: Du bekommst eine gewisse Unterstützung, finanziell und in Form von Begleitung und Beratung, damit du die kleine Wasserkraftanlage erhältst.

Wenn gesagt wird, auf die Kleinen komme es nicht an, dann sage ich: Viele Kleine produzieren auch; sie produzieren dezentral. Ich danke unseren kleinen Wasserkraftwerksbetreibern. Wir werden sie nicht absaufen lassen. Wir werden ihnen helfen. Wir brauchen sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der vielleicht größte Konfliktpunkt betrifft das Thema Windenergie. Wir haben es schon in der Vorberichterstattung gesehen: Die GRÜNEN wollen 1.500 neue Windräder. – Ich bin schon einmal zufrieden, wenn wir in den nächsten drei Jahren 300 auf den Weg bringen. Schauen wir einmal, was möglich ist.

Beleuchten wir die internationale und die nationale Gefechtslage: Es gibt Länder, die momentan verstärkt auf Wind setzen, weil sie in dem Thema noch nicht so weit drin sind wie wir.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Nur ein Beispiel: Jedes dritte Windrad der Welt steht in China. Auch das sollte man im Kopf haben. Die machen nicht nur Kohle, die machen auch Wind. Wir haben in Deutschland rund 30.000 Windräder, 1.120 davon stehen in Bayern. Zur Vorgängerregierung wird immer wieder gesagt, sie habe 10 H eingeführt, und die bösen FREIEN WÄHLER trügen es jetzt mit; seitdem gebe es keine neuen Windräder mehr. Meine Damen und Herren, die 30.000 Windräder wurden in den letzten Jahrzehnten bundesweit aufgebaut. Im laufenden Jahr 2019 sind bundesweit lediglich 150 neue Anlagen aufgestellt worden. Auch Länder, die keine 10-H-Regelung haben – das sind alle anderen –, bauen momentan nicht mehr aus. Es werden nur noch einige wenige Anlagen gebaut. Das liegt nicht an der 10-H-Regelung, sondern am Wegbrechen der Akzeptanz. Ich formuliere es andersherum: Fällt die 10-H-Regelung in Bayern weg, würden nicht Windräder, sondern Bürgerinitiativen und vor allem Streit aus dem Boden sprießen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen somit einen intelligenteren Weg finden, als nur die Bürger zu überfahren, eine Entscheidung durchzusetzen, ob sie wollen oder nicht, in der Überzeugung: Sie werden schon damit klarkommen müssen. Besonders bezeichnend ist es, wenn wieder die Landeshauptstadt München verordnet: Die Unter-, Mittel- und Oberfranken sollen die Windräder und die Oberpfälzer die Stromtrassen dazu aushalten. Wir erklären die Welt. – Nein, wir müssen die Bürger vor Ort mitnehmen. Das geht nur mit einem Akzeptanzprogramm, das bereits bei uns anläuft. Bürgerbeteiligungsmodelle gibt es schon. Die Welt braucht an dieser Stelle nicht neu erfunden zu werden. Möglicherweise muss man ein wenig nachjustieren. Mit den Bürgerbeteiligungsmodellen gehen wir auf Gemeinden zu, die sich mit dem Gedanken tragen, doch tätig zu werden. Dort können wir helfen und uns dafür einsetzen, dass die Bürger das gut finden, wenn sie finanziell beteiligt und gefragt werden. Am Ende könnte ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Das ist derzeit der einzige Weg, um vorwärtszukommen. Wir dürfen die

Gesetze nicht ändern, um die Bürger zu entmachten. Das würde nur Streit bringen. Wir müssen die Bürger mitnehmen.

Durch ein VGH-Urteil wurden vor Kurzem mehrere Dutzend Windräder infrage gestellt, die vor der Einführung der 10-H-Regelung genehmigt worden sind. Teilweise sollten Windräder sogar rückgebaut werden. Das sind zum Beispiel drei Windräder in Kulmbach und einige Windräder in Rhön-Grabfeld. Außerdem geht es um ein Windrad in Landshut, für das bereits das Fundament betoniert worden ist. Teilweise sind Windräder errichtet worden, die jetzt wieder abgebaut werden müssen, weil gegen die 10-H-Regelung verstoßen worden ist. Deshalb werden wir die juristischen Bedingungen so anpassen, dass diese Windräder realisiert werden können. Diejenigen Windräder, die bereits stehen, können natürlich stehen bleiben. Es geht mindestens um 27 Windräder, aber eventuell um ein paar Dutzend Windräder mehr, die betroffen sein könnten. Wir retten diese Windräder. Das ist ein richtiger Akt. Dafür stehe ich, dafür habe ich gekämpft. Ich danke an dieser Stelle dem Koalitionspartner.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Von der SPD und den GRÜNEN habe ich gehört, dass 10 H zu einem Rückbau der bestehenden Windradkapazitäten führen würde. In den nächsten fünf Jahren fallen in Bayern rund 200 Windräder aus der EEG-Förderung. Das heißt nicht automatisch, dass diese Windräder demontiert werden müssen. Irgendwann kommt jedoch der Zeitpunkt, an dem man sie technisch erneuern müsste. Dann fallen sie unter 10 H. Hierzu möchte ich ergänzen, dass die 200 Windräder, die innerhalb der nächsten fünf Jahre aus der EEG-Förderung fallen, durch gut 30 neue Anlagen in der Gesamtleistung ersetzt werden können. Vor zwanzig Jahren hatten die Windräder eine Höhe von 40, 60, 80 oder 100 Metern. Jetzt können wir nicht sagen: Ihr habt den Dreck im Schachterl, das Windrad mit einer Höhe von 80 Metern wird jetzt demontiert, dafür bekommt ihr ein Windrad mit 280 Metern, weil ihr schon vorgeschädigt seid. – Die Bürger würden zu Recht auf die Barrikaden gehen. Im Zuge des Repowering müssen wir schauen, dass wir diese Standorte bevorzugt beraten und die Bürgerinnen und Bürger sowie die

Gemeinden mitnehmen, wenn ein Windrad mit einer Höhe von 80 Metern durch ein Windrad mit einer Höhe von 250 Metern ersetzt wird. Ein 80-Meter-Windrad kann nicht durch ein neues 80-Meter-Windrad ersetzt werden, weil es diese technisch gar nicht mehr gibt und mit diesen auch keine Ausschreibung gewonnen werden könnte. Im Vergleich zu neuen Anlagen sind sie heute nicht mehr wettbewerbsfähig. Ihr Gedanke "aus alt mach neu" ist Denke von gestern. Das kommt nicht, das ist unreal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn es uns mit Unterstützung und gutem Zureden gelingt, diese 200 Windräder durch 30 zu ersetzen, haben wir etwas erreicht. Wenn jedoch eine gut organisierte Gegnerschaft draußen Stimmung macht und dem Bürgermeister Farbbeutel an das Haus wirft, weil die Bürgerinnen und Bürger das nicht wollen, kann uns das nicht egal sein. Wir können das dann nicht trotzdem machen. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Bürger auf dem Weg zur Energiewende mitnehmen müssen. Wir können nicht zentral entscheiden, was die Bürger zu akzeptieren haben. Bei der Windenergie ist es sicherlich schwieriger als bei vielen anderen Politikfeldern. Ich wiederhole es noch einmal: Ein paar Hundert Windräder werden uns guttun. Dafür kämpfe ich ehrlichen Herzens. Meine Damen und Herren, die 1.500 Windräder, die die GRÜNEN fordern, ersetzen in etwa das jetzt abgeschaltete Kernkraftwerk Gundremmingen B.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Im nächsten Jahr wird Gundremmingen C abgeschaltet. Dann brauchen Sie die nächsten 1.500 Windräder. Schließlich wird das Kernkraftwerk Isar 2 abgeschaltet. Dann brauchen wir die nächsten 1.500 Windräder. Am Ende bräuchten Sie 5.000 Windräder, um die genannten Kernkraftwerke zu ersetzen. Zusätzlich muss auch der Wärme- und Verkehrsbereich abgedeckt werden. Ab einem gewissen Punkt ist es nicht mehr sinnvoll, sich beim letzten Windrad zu verkämpfen und den anderen Themenkomplex zu übersehen. – Sie werden laut. Schauen Sie doch rüber zu unserem Nachbarn Baden-Württemberg. Baden-Württemberg verfügt bis heute nur über

etwas mehr als die Hälfte der installierten Leistung von Bayern im Hinblick auf die Windkraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

In Baden-Württemberg wurden in den letzten Jahren nicht mehr Windräder aufgebaut als bei uns. Nur im letzten Jahr sind mehr Windräder aufgestellt worden. Dort geht der Ausbau jedoch radikal zurück. Dort, wo die GRÜNEN mit Ministerpräsident regieren, liegen sie nicht vor, sondern hinter Bayern. Im Hinblick auf PV-Anlagen verfügen wir über die doppelte Leistung von Baden-Württemberg. Unser Anreizprogramm hat innerhalb weniger Wochen über 6.300 Menschen begeistert. Baden-Württemberg denkt jetzt über eine gesetzliche Vorgabe nach, die juristisch wackelig ist. Ich wünsche Ihnen viel Spaß. Keine Frage, mit Ihrem baden-württembergischen Energieminister stehe ich in gutem Einvernehmen. Ich bin mit ihm per Du und treffe mich mit ihm regelmäßig am Rande der Bundesnetzagentur. Der Mann ist zwar in Ordnung, er kann aber auch nicht zaubern. Meine Damen und Herren, deshalb sage ich ganz klar: Wenn wir die Bürger nicht mitnehmen, geht es nicht. Gesetze helfen nicht, wenn die Bürger sie nicht wollen. Im Hinblick auf Windkraft- und PV-Anlagen sind wir besser als Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN regieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich traue mich auch, das Thema Biomasse anzufassen, das offensichtlich politisch nicht mehr korrekt ist. Wir nutzen Holzabfälle oder dürre Bäume, um Energie zu erzeugen. Das haben die Menschen bereits vor 10.000 Jahren gemacht. Im Internet wird man dafür angegriffen: Man sei aus der Steinzeit, wenn man sich für Brennholz einsetze. Meine Damen und Herren, auch hier haben wir ein Programm aufgelegt und forcieren das. Derzeit werden 15 % der erzeugten Wärme in Bayern aus Biomasse gewonnen. Wir wollen den Anteil auf mindestens 20 % erhöhen. Wir haben Wälder, in denen dürre Bäume herumstehen und vor sich hingammeln sowie CO<sub>2</sub> freisetzen.

Diese Bäume gehören verheizt, damit wir Energie erzeugen können, anstatt Öl zu verbrennen.

Wir wollen die Biogasanlagen erhalten. In Bayern haben wir 2.500 Biogasanlagen. In Berlin haben wir dafür gekämpft, dass diese Biogasanlagen möglichst am Netz bleiben und nicht rückgebaut werden müssen. Sie sind grundlastfähig, wir brauchen sie. An dieser Stelle wird eine scheinheilige "Tank oder Teller"-Diskussion geführt. Ich rufe den demonstrierenden Landwirten auch in Berlin zu: Ihr habt recht, wenn ihr euch zu Wort meldet; wir stehen zu euch; es kann nicht sein, dass man euch politisch vorschreibt, was ihr mit den Erträgen auf eurem Feld tun sollt; ihr müsst die Erträge billig als Lebensmittel abgeben, obwohl sie als Energie einen höheren Stellenwert hätten. – Wir befinden uns in Zeiten, in denen Lebensmittel in großem Stil weggeworfen werden. Flächen werden stillgelegt. Deshalb halte ich es für legitim, dass auch auf Ackerland Biomasse zur Stromerzeugung produziert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nehmen wir uns noch das Thema Trassen vor – auch hier gehe ich nicht in Deckung, meine Damen und Herren –: Die Debatte ist hier alle paar Wochen und alle paar Monate eine andere. Auch dort, wo man auftritt, erkennt man plötzlich die Farbe des Parteibuchs nicht mehr, sondern da ist der regionale Durchschlag dann der treffendere.

Seien wir ehrlich: Keiner will diese Trassen, und deshalb hinterfragt man natürlich zu Recht, ob sie nötig sind. Mein Wunsch ist, dass irgendwann herauskommt, dass wir ohne diese Trassen auskommen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wenn wir aber nicht ohne diese Trassen auskommen, wird der Bund so, wie es jetzt Gesetzeslage ist und wie es jetzt die Bundesregierung ständig macht, den Bedarf prüfen. Bis dato, sagt sie, es sei nötig. – So weit, so gut.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Wenn wir in den nächsten zwei, drei, fünf Jahren aber eine andere Situation vorfinden, dann werden Trassen hoffentlich reduziert oder optimiert. Es waren schon Trassen wie die P44 in Planung, die doch wieder gestrichen wurde. Auch das ist also ein fluktuierender Prozess, und man kann nicht sagen: Einmal in die Landkarte gezeichnet, ist das gottesgleich unantastbar. Diese Dinge werden zu Recht hinterfragt werden, weil es vor Ort Widerstand gibt – Stichwort: Akzeptanz – und weil es viel, viel Geld kostet. Es ist dann immer die Abwägung: Machen wir eine dezentrale Erzeugung, oder hoffen wir auf die zentrale Lieferung von Windstrom?

Also, auch die Trassendebatte wird weiterhin kritisch begleitet – nicht euphorisch mit Hurra und nicht mit Amokläufen dagegen, aber mit einer vernünftigen Meinung und diese Themen vernünftig beleuchtend. Mit möglichst wenig Trassen, die wir möglichst optimiert sehen wollen, Bayerns Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten – dazu, meine Damen und Herren, stehen wir; nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe die 30 % Verkehr angesprochen. Auch das dürfen wir nicht ausblenden, vor allem dann nicht, wenn wir bei den CO<sub>2</sub>-Zielen besser werden wollen. Hier wird ordentlich viel Mineralöl importiert – bundesweit haben wir rund zwei Drittel der Energiemenge importiert –; rund 100 Milliarden bei den fossilen Energieträgern, die wir jedes Jahr hinzukaufen. Jede Milliarde, die wir dort einsparen, tut uns also gut, da brauche ich auch keine Klimadebatten zu führen. Ob das Ideologie ist oder nicht, ist mir an der Stelle fast wurscht; denn es macht bereits marktwirtschaftlich Sinn, die fossilen Energieträger zu ersetzen.

Insofern sind wir der Meinung – und wir haben das als Staatsregierung vertreten und hinterlegen das mit Geld –, dass wir den Hauptansatzpunkt, um im Verkehr besser zu werden, zunächst einmal darin sehen, alte Autos durch bessere neue zu ersetzen. In vielen Fällen wird das noch der moderne gute Diesel sein, meine Damen und Herren.

6d usw. sind Modelle, die deutlich weniger Schadstoffe ausstoßen und deutlich weniger Sprit brauchen als ältere Modelle.

Wir sind der Überzeugung, die Modelle mit erneuerbarem Sprit prüfen zu müssen. Auch dafür haben wir Geld hinterlegt – in Straubing bei der Mehrzweck-Demonstrationsanlage, beim BioCubator. Wir investieren über 40 Millionen Euro, um da vorwärtszukommen – also auch hier bitte nicht den Vorwurf erheben, wir täten nichts; denn wir versuchen, erneuerbaren Sprit vermehrt einzusetzen.

Natürlich wird sich das im unteren Prozentbereich bewegen. Es wird auch schwierig sein, den Diesel voll zu ersetzen; das wird nicht kommen. Deshalb sage ich: Wir können auf den Diesel nach wie vor nicht verzichten.

Wir haben auch einen gewissen Ehrgeiz, das Thema Batterie und Wasserstoff voranzubringen. Bei der Batterie sehe ich, dass das jetzt auch politisch durch die Rahmenbedingungen erzwungen ist. Wenn auf der einen Seite bei der Batterie quasi erst ab Auspuff gemessen wird, der nicht vorhanden ist, und es dann heißt: "Okay, keine Emissionen", wird nicht gerechnet, womit das Auto gefüttert wird, nämlich durchaus mit Strom aus diversen Quellen.

Auf der anderen Seite sehen wir, dass wir natürlich die Emissionen innerstädtisch reduzieren. Die Chinesen machen das ganz gezielt, um dieses Beispiel noch einmal zu bringen, indem sie sagen, in den großen 20-Millionen-Städten wollen sie nicht die stinkenden Verbrenner haben, die sie in der Vergangenheit gehabt haben. Wenn sie dann draußen mit Kohlestrom den Strom erzeugen, ist das trotzdem schlüssig, weil sie sagen: Hauptsache, drinnen stinkt es nicht; wenn es draußen stinkt, ist uns das wurscht. – Mich erinnert das ein wenig daran: Wenn die Unterfranken Windräder haben, ist uns das wurscht.

Wir müssen aber überall hinsehen, und wir müssen alle mitnehmen. Die Batterie wird deshalb einen gewissen Marktanteil abdecken. Wir unterstützen das auch finanziell, und wir schießen nicht gegen die Batterieforschung, sondern wollen hier sogar noch

mehr tun. Wir sehen aber auch, dass das bei vielen Antrieben nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Wir werden bei den Bussen massiv in die Wasserstofftechnik einsteigen und – ideale Kombination – eventuell Batterie plus Brennstoffzelle einsetzen. Wir sehen dasselbe im Lkw-Bereich. Es wird auch im SUV-Bereich, bei den größeren Autos und bei denen, die weiter fahren, so laufen. Damit werden sich Batterie und Wasserstoff irgendwo in der Mitte treffen und verzahnen.

Auf alle Fälle waren wir in Deutschland nicht die Letzten, sondern die Ersten, die ein Wasserstoffzentrum gegründet, die die Industrie an den Tisch geholt, die bereits die Forschung am Laufen und die schon Projekte in der Tasche haben. Wir sind auch hier vorne dran.

(Zuruf)

Ich bin der Überzeugung, dass Wasserstoff eine sehr große Chance hat, in der Mobilität von morgen eine wichtige Rolle zu spielen. Nur so kommen wir im Verkehrsbereich von den fossilen Energieträgern nennenswert herunter, ohne am Ende zu Fuß gehen zu müssen, meine Damen und Herren.

Mir ist wichtig, dass wir Mobilitätskonzepte haben, die nicht zulasten der Bürger und Industrie gehen, sondern solche, die funktionieren und am Ende auch der Umwelt noch guttun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Bereich Verkehr gibt es über diese Antriebsthemen hinaus natürlich noch vieles zu tun. Wir müssen intelligent vernetzen, wir müssen Verkehre vermeiden usw. Das zu erörtern, würde heute aber den Rahmen sprengen.

Nehmen Sie aber wenigstens diese Aussage von mir mit, dass wir bei den fossilen Energieträgern im Verkehr massiv ansetzen müssen, wenn wir von Klimaschutz reden

und von glaubwürdigen Modellen, bei denen der Bürger mitgeht, mit denen wir uns international nicht lächerlich machen und mit denen wir unsere Autoindustrie nicht kaputtmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Also auch hier die warnende Stimme: Wer meint, vor lauter Klimaschutz die Autoindustrie kaputtmachen zu müssen, tut dem Klima keinen Gefallen und bringt sozialen Unfrieden ins Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei der Wärme müssen wir – wie angesprochen – im Bereich der Bioantriebe, der Biostoffe deutlich zulegen. Es geht um Biogasanlagen, das Brennholz und dergleichen mehr. Da gibt es noch große Reserven.

Hier ist vor allem aber auch die Energieeinsparung zu sehen. Ein Bungalow aus den Siebzigerjahren wurde, meine Damen und Herren, mit 10 Kubikmetern, mit 10.000 Litern Heizöl beheizt, weil die Wände so dünn waren und es keine Isolierung gab. Damals war das Öl eben billiger als die Isolierung. Heute braucht ein Einfamilienhaus noch 1.500 Liter Erdöl, das heißt siebenmal weniger.

Es geht jetzt nicht darum zu überlegen, wo wir das Öl möglichst billig herbekommen, sondern wie wir Gebäude energetisch sanieren. Auch hier gibt es seit Langem eine entsprechende Forderung aus Bayern an den Bund, die endlich auch durchgesetzt wurde, sodass energetische Gebäudesanierung jetzt Realität werden soll.

Ich bin der Überzeugung, dass wir, wenn das richtig greift, einen sehr, sehr großen Hebel haben, der hilft und der Einsparungen bringt. – Sie können darüber lachen. Sie, Rot-Grün, haben auch schon regiert, und da ist in dieser Richtung nichts gekommen, aber jetzt wissen Sie alles besser.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Damals war wahrscheinlich aber auch das Öl noch billiger, und Sie haben das noch nicht auf dem Schirm gehabt, oder Herr Schröder hat gesagt: "Bitte schaut, dass wir das Öl weiterhin brauchen." – Das ist mir jetzt auch wurscht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar: Jawohl, in der energetischen Gebäudesanierung muss viel passieren. Da müssen wir runter. Damit schließe ich wieder den Kreis zur Kraft-Wärme-Kopplung: Strom und Abwärme an der Stelle zu erzeugen, ergänzt sich bestens, also haben wir hier auch einen Ansatz.

Einen weiteren sehr wichtigen Ansatz für die Zukunft haben wir in Bayern in der Geothermie. Bayern sitzt im Süden auf einem großen Warmwasserbecken, das wir teilweise schon angezapft haben. Das ist aber sehr teuer und vor Ort teilweise auch umstritten. Wir haben aber schon Bohrungen, die nicht genutzt worden sind, und deshalb geben wir auch jetzt ein Förderprogramm in Auftrag, um ganz gezielt Erdwärmequellen, die wir haben und die teilweise schon erschlossen sind, über Fernleitungen mit den Verbrauchern zu verbinden.

Das Ziel und die Potenziale sind hier deckungsgleich. Meine Damen und Herren, wir könnten ein Viertel des Wärmebedarfs in Bayern über eigene Geothermiequellen abdecken. Wenn das keine Ansage ist! – Hier will ich in den nächsten Jahren viele Millionen Euro investieren. Das ist bestens angelegtes Geld.

Im Prinzip brauchen wir die Wärme nur hochzuholen und die Häuser zu heizen. Das muss Realität werden. Das müssen wir anpacken – und zwar mit etwas mehr Ehrgeiz in Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In meinen Augen haben wir bei den wichtigsten Themenfeldern, die ich jetzt anreißen konnte – natürlich sieht das die Opposition anders, und alle anderen wissen es natürlich immer besser –,

(Zurufe von der SPD)

in diesem Jahr sehr viel bewegt.

(Zurufe von der SPD)

– Hören wir, was die CSU sagt; die redet sowieso gleich. Dann sehen wir es schon.

Wir stellen ganz klar fest: Im Bereich PV haben wir sehr viel erreicht, aber wir haben auch noch vieles vor, damit wir diese 70 PV-Freiflächenanlagen pro Jahr mindestens halten oder idealerweise ausbauen können. Ich bin noch nicht so weit zu sagen, ich will es für die Hausbesitzer zur Verpflichtung machen. Aber die Überlegungen sind nicht ganz abwegig. Wenn es die Menschen allerdings freiwillig tun, ist es sicherlich besser, als wenn ich am Ende einer ganzen Siedlung sagen muss, ihr müsst verpflichtend PV machen, und dann bekommen sie einen Bescheid vom Übertragungsnetz, und der Betreiber sagt, ich bringe den Strom ja gar nicht unter. Dann kann ich mein Gesetz wieder einsammeln. Wir müssen in puncto Solar beraten. Die solarthermische Nutzung ist noch deutlich unterbelichtet. Da kann noch sehr viel mehr gehen.

Nun kommen wir zum Thema Beratung. Wir haben am 6. Dezember die Gründung unserer Landesagentur für Energie und Klimaschutz auf dem Programm. Wir werden damit die schon gute Arbeit der Energieagenturen draußen – es sind elf Energieagenturen, die wir haben – noch besser vernetzen. Wir wollen noch mehr Kampagnen fahren und die Dinge noch stärker in die Fläche bringen. Wenn ein Bürgermeister sagt – das passiert regelmäßig –, er habe eigene Pläne für Windkraftanlagen in der Schublade, sei dann aber nicht mehr zur Verwirklichung gekommen, weil er vor Ort bekämpft worden sei, und jetzt meint, er würde das gerne wieder aufleben lassen, dann müssen Fachleute aufs Land fahren und auch die kleinsten Orte beraten, die noch nicht den

juristischen Beistand hatten, dass sie sich solche Probleme einmal anzufassen trauten. Wer wirklich die Energieberatung optimiert und eine noch bessere Vernetzung der Akteure schafft, ist erfolgreich.

Ich will auf alle Fälle das Thema Energiewende weiterhin mit einem Smiley in der politischen Öffentlichkeit kommunizieren. Das darf nicht mit einem "du musst aber" geschehen. Es darf keine Verordnung geben, und es darf keinen Zwang geben. Wir wollen den Menschen nicht die Freude verderben. Das passiert bei vielen anderen Themen zur Genüge. Nehmen wir doch die Energiewende als positives Zeichen, und nehmen wir die Bürger mit. Geben wir Anreize und gestalten die ganze Sache so, dass die Bürger es von selbst wünschen. Dann müssen wir sie nicht in diese Richtung prügeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und noch etwas sei der politischen Ehrlichkeit halber gesagt: Wir haben im vergangenen Jahr dieses Thema hochgezogen, nachdem drei oder vier Jahre in Deutschland, in Bayern über ganz andere Themen diskutiert wurde. Mit dem Thema Energiewende hätte man niemals jemanden hinter dem Ofen hervorgehockt. Heute füllt man mit diesem Thema wieder Säle. Man begeistert die Menschen damit und gibt Regierungserklärungen ab, weil man der Überzeugung ist, dass dieses Thema wichtig ist.

(Zurufe von der SPD)

Dieses Jahr, das nun hinter uns liegt, haben wir für einen Aufschlag genutzt, indem wir die Energieoffensive neu diskutiert haben. Einige haben gesagt, das haben wir doch alles schon gehört. – Danke an meine Amtsvorgängerin Ilse Aigner, die sich auch schon mit diesem Thema herumschlagen musste. Viele haben da gesagt, sie sähen es ganz anders. Natürlich gibt es hier überall Extrempositionen. Die einen wollen die Laufzeit für die Atomkraft verlängern, andere sagen: Kohle ist schön, und wiederum andere fordern genau das Gegenteil. Wir müssen all das zusammenführen, und das tue ich; das versuche ich. Ich glaube, das läuft gar nicht so schlecht. Die Ergebnisse

bei der PV habe ich Ihnen genannt. Beim Wind haben wir jetzt zumindest die 27 plus x Anlagen gerettet, die auf der Kippe standen. Es werden weitere folgen, soweit die Bürger das mittragen.

Wir wollen im Bereich Wasserkraft mindestens eine Terawattstunde hinzugewinnen, indem wir auch den Kleinen helfen, am Netz zu bleiben. Die GRÜNEN wollen die Wasserkraft zurückbauen; die GRÜNEN stellen sich hin und sagen, dass sie das nicht mehr wollen. Ich sage: Ich will es; ich stehe dazu.

Im Bereich der Biomasse will ich keine neuen Nationalparke ausweisen und Bäume verbauen lassen, sondern ich will die dünnen Bäume nutzen, um die Energie für uns zu erzeugen.

(Zurufe von der SPD)

– Thorsten Glauber sagt zu dem Thema dasselbe wie ich. Wir stehen im Bereich Wasserstofftechnik international mit an der Spitze. Wir werden die Mobilität so gestalten, dass Bayern trotz ideologischer Querschüsse mobil bleibt. Wir sind der Überzeugung, dass wir mit dem Bürger eine Energiewende in Bayern hinbekommen, die funktioniert. Dazu gehören auch neue Techniken. Wir sind im Bereich der Forschung, im Bereich Blockchain und im Bereich intelligenter Nutzung von Angebot und Nachfrage mit Forschungsprogrammen schon zu Ergebnissen gekommen, sodass die Energiewelt von morgen nicht mehr so einfach aussieht wie die in der Vergangenheit: Ein paar große Erzeuger bringen spinnennetzartig die Versorgungsleistungen über das Land. Da draußen das Licht einzuschalten, war relativ einfach von der Konzeption her, ist aber jetzt politisch beerdigt durch den Ausstieg aus der Atomenergie, hinter dem ich ausdrücklich stehe. Ich bin froh, dass wir aus der Atomenergie aussteigen. Ich hoffe, dass wir dieses Vorgehen in der langfristigen Betrachtung nicht bereuen, wenn wir das Thema Endlagerung im Griff haben.

Trotz allem stellen wir fest, dass wir in Bayern mit rund zwei Dritteln Kernkraftstrom in den letzten Jahrzehnten eine sichere Versorgungsbasis hatten, die jetzt infrage ge-

stellt ist und die wir ersetzen müssen. Hier müssen wir politische Antworten finden. Denn es kann nicht sein, dass sich hier neue Forderungen nach Atomkraftwerken auf-tun. Zu sagen, wir müssen diese am Netz lassen, ist genauso abwegig, wie zu sagen, es gingen die Lichter aus, wenn wir die Werke abschalten. Wir müssen, wie gesagt, den Ausstieg schaffen. Darum kommen wir nicht herum. Wir können auch nicht auf eine Fortführung der Kohleversorgung hoffen, auch da muss uns der Ausstieg gelin-gen.

Das sind die Probleme, die im Raum stehen, und das sind die Realitäten, mit denen wir zu kämpfen haben.

Noch eine Realität, mit der wir zu kämpfen haben, sei an dieser Stelle genannt: Der Industriestrom ist in Deutschland schlichtweg nach wie vor zu teuer. Ich will, dass große Energieverbraucher im Land bleiben, dass sie hier wettbewerbsfähig produzie-ren können und nicht nach China gehen müssen, wo sie den Strom für 1,5 Cent be-kommen. Wir müssen deshalb eine Vier vor dem Komma haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen einen Industriestrompreis, der eine Vier vor dem Komma hat. Das habe ich mehrfach schon nach Berlin adressiert. Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, das auch weiterhin mit mir flankierend zu tun. Das ist so; leider Gottes haben wir in Berlin noch nicht die absolute Mehrheit, um das durchsetzen zu können.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das hängt immer noch ein bisschen an der SPD, die meint, das muss vielleicht nicht sein.

Ich bin der Überzeugung, wir müssen den Industrie- und Wirtschaftsstrom billiger ma-chen, sonst ist unsere Energiebilanz sehr schnell frisiert, indem wir deutlich weniger Energie brauchen, weil die Erzeuger weggehen. Damit steigt dann automatisch auch der Anteil der erneuerbaren Energieträger. Wenn man wirtschaftsfeindlich agiert,

braucht man sich nur drei Jahre zurückzulehnen, dann hat man die besten Zahlen. Das aber ist nicht unser Verständnis von Stromwirtschaft, weil wir dadurch Arbeitsplätze verlören.

Die gesamte Debatte um die Energiepolitik ist nur dann ehrlich, wenn wir sie im internationalen Kontext führen und dort bestehen. Ich habe das Beispiel bereits mehrfach genannt: Wir wären sonst genauso weit, als wenn wir sagten, wir schieben die landwirtschaftliche Produktion – seien es Eier oder Schweinefleisch – ins Ausland. Da schauen wir nicht so genau auf die Produktionsbedingungen, wir waschen unsere Hände in Unschuld und importieren die Ware. Genauso falsch wäre es, unseren energieintensiven Betrieben zu sagen, in Deutschland ist es eben so teuer, geht woanders hin. Das braucht man diesen Betrieben nicht zu sagen; das prüfen sie täglich selber.

Mein Anspruch als Wirtschafts- und Energieminister ist es, eine Energiepolitik zu machen, die nicht nur nach ökologischen Kriterien schön aussieht, sondern die auch hinten raus funktioniert, damit die Wirtschaft bei der Stange bleibt, das heißt, dass sie im Lande bleibt. Die Bürger sollen sich ja nicht verschaukelt sehen, sondern Wirtschaft und Bürger sollen diesen Weg gleichermaßen mitgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Thema der Wirtschaftlichkeit sollte man nicht so negativ sehen, da man ja weiß, dass viele energiepolitische Erfindungen, viele Vorgaben uns in den Weltmärkten nach vorne bringen. Die Industrie der Windenergie ist leider aus Deutschland weggegangen und vieles davon ist schon in anderen Ländern angesiedelt. Bei PV waren wir teilweise auch davor. Auch da sind viele aus Deutschland und aus Bayern weggegangen bis hin nach China, weil sie eben sehr energieintensiv sind. Derzeit gewinnen wir diese Produktion wieder zurück. Beim Wasserstoff dürfen wir den internationalen Anschluss nicht verlieren. Und beim Auto dürfen wir uns nicht ins Knie schießen.

Vieles, was an intelligenter Stromsteuertechnik kommt, wird aus Deutschland und Bayern als "Made in Germany" exportiert werden können. Das wird im internationalen

Kontext auch Exportschlager sein. Deshalb weiß und sehe ich, dass wir, wenn wir die Energiepolitik vernünftig gestalten, Elektrolyseure für den Wasserstoff, Brennstoffzellen für die Fahrzeuge und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen für die Industrie, die Wirtschaft und die Privathaushalte produzieren und damit im internationalen Wettbewerb sehr viele neue Märkte erschließen werden. Wir sind dann vielleicht auch ein wenig Missionar, anderen Ländern zu helfen, ihre Klimaziele zu erreichen, Kohle durch andere Dinge zu ersetzen, fossile Energieträger durch erneuerbare zu ersetzen. Damit, denke ich, ist der Kreis geschlossen.

Wir sind in dieser Staatsregierung bei dem Thema Energiewende auf keinem Auge blind. Wir sind täglich unterwegs – mit viel Geld und viel Fachexpertise hinterlegt, jetzt mit der neuen Landesagentur für Energie in der persönlichen Beratung draußen noch sichtbarer. Wir wollen diese Energiewende in die privaten Haushalte, in die Gemeinden und in die Wirtschaft hineintragen und wollen die Bürger und die Wirtschaft davon überzeugen, dass es auch für sie besser ist, das Haus energetisch zu sanieren, eine Anlage zur Kraft-Wärme-Kopplung aufzustellen, den Strom intensiver zu nutzen, selbst ein PV-Speicherprogramm zu nutzen und dergleichen mehr. Dann braucht uns auch landespolitisch nicht angst zu sein.

Ich möchte hier nicht sagen, unter den Blinden ist der Einäugige König; wenn die anderen nichts zustande bringen und ich etwas besser bin, dann bin ich zufrieden. Meine Damen und Herren, heute wurde eine Studie zum Thema Energie in Umlauf gebracht. Bei 250 Seiten liest natürlich jeder das, was er lesen will. Es steht aber ein bezeichnender Satz darin – keine Ahnung, wie man das analysieren kann –: Bayern ist in puncto Anstrengungen auf dem siebten Platz, aber in Bezug auf Ergebnisse auf dem ersten Platz. Das heißt, wir brauchen uns nicht einmal so anzustrengen wie die anderen und sind trotzdem schon besser,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER sowie der CSU)

als wenn wir uns noch mehr anstrengen – und das tun wir mit dieser neuen Energieagentur, mit neuen Programmen und mit Überzeugungsarbeit draußen. Wir sind in Bezug auf erneuerbare Energien auch im Strombereich neben den reinen Windenergie-Ländern deutschlandweit führend. Wir sind im Bereich des Einsatzes in der Wirtschaft führend, und wir haben sehr gute Ergebnisse vorzuweisen. Wir brauchen uns also nicht hinter anderen zu verstecken. Deshalb freue ich mich auf die Beiträge der GRÜNEN. Sie sollen mir ein Land zeigen, in dem die GRÜNEN regieren, wo es besser ist und man schneller und mehr PV etc. gebaut hat.

(Zuruf von der CSU: Gibt es nicht! – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich freue mich auf diese Ergebnisse, und da ich im Vorfeld bereits angegriffen worden bin, erlaube ich mir jetzt nachzugeben, weil wir trotzdem zusammenfinden wollen und gute Vorschläge aller Fraktionen aufgreifen, wenn sie zum Ziel führen. Ich messe mich dabei gern an Ihren Vorschlägen, habe aber vielleicht eine etwas andere Herangehensweise. Sie sagen mehr ordnungspolitisch: München hat gesprochen. Ich versuche, die Menschen erst dreimal zu überzeugen, bevor wir dann nachjustieren. Wir versuchen einfach, die Menschen mitzunehmen, nachdem bei diesem Thema politisch schon viel Porzellan zerschlagen worden ist – bis hin zu Gegenbewegungen, die massiv die Themen Klimadebakel und Energiewende aufgreifen, teilweise auch ideologisch. Denen dürfen wir kein Futter liefern, denn wenn noch eine Konjunkturabkühlung hinzukäme, dann wäre das eine giftige Mischung. Das heißt also: Wir müssen die Bürger und die Wirtschaft mitnehmen.

Wir haben gute Ergebnisse, und wir werden diesen Weg der Erneuerung der bayerischen Energiewelt weiterhin unaufgeregt, zielstrebig, fleißig und mit Anstrengung nach vorn bringen sowie mit viel Geld unterlegen, das wir Gott sei Dank haben. Hätten wir kein Geld, dann könnten wir keine Programme auflegen. Insofern ein Dank an die Steuerzahler des Freistaats Bayern, dass sie uns diese Manöver überhaupt ermöglichen. Umso mehr fühle ich mich dem Steuerzahler verpflichtet, die Dinge, die wir hier

anregen, nicht ideologisch aufzusetzen, sondern vernünftig zu unterstützen und zu einem vernünftigen Ergebnis zu führen.

Das Ergebnis der letzten Zeit, auch der letzten Jahre – dabei greife ich gerne über meine Amtszeit hinaus zurück –, ist mehr als ordentlich. Hierbei brauchen wir uns nicht irgendeine Marke anhängen zu lassen, Bayern würde bremsen. Zum Thema 10 H: Wer sonst nichts zu sagen hat, als auf der 10-H-Regelung herumzureiten, wird sehen, wenn er genau hinschaut, dass dies leider auch nicht die Lösung aller Probleme ist. Windräder werden uns vielleicht an der einen oder anderen Stelle einige Dinge erleichtern, uns aber an einer anderen Stelle wieder ein massives Problem einbrocken. Die Bürger müssen mitgehen. Sie tun es. Die Energiewende ist per se positiv besetzt.

Nutzen wir diese gute Stimmung in der Öffentlichkeit, um Bayern durch eine gute Politik weiterhin energetisch sicher aufzustellen, der Wirtschaft weiterhin sicheren und bezahlbaren Strom zu liefern, dafür zu sorgen, dass die Lichter bei uns nicht ausgehen und unsere Heimat schön bleibt und trotzdem möglichst viel Wertschöpfung mit erneuerbaren Energien in Bayern erzeugt wird. Das hinzubekommen, ist natürlich ein wenig die Quadratur des Kreises, aber es ist auch eine Herausforderung für die Politik.

Ich freue mich auf die weitere Arbeit an diesem Themenkomplex. Ich freue mich im Rückblick über die vielen Menschen, Verbände und Kommunen, die mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben, und bitte weiterhin die gesamte bayerische Öffentlichkeit und auch die Politik um ihre Unterstützung, damit wir die Energiewende in Bayern mit den Bürgern ordentlich hinbekommen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister, für die Regierungserklärung. – Ich eröffne die Debatte.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen Ruhe!

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 181 Minuten, aufgeteilt wie gewohnt: CSU 52 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 32 Minuten, FREIE WÄHLER 27 Minuten, AfD und SPD jeweils 25 Minuten, FDP 20 Minuten und die fraktionslosen Abgeordneten 4 Minuten. – Als Erstem erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle gewusst: Wenn Herr Staatsminister Aiwanger eine Regierungserklärung abgibt, dann wird es für uns hart, es wird sehr hart – und so war es jetzt auch. Es war für mich gefühlt die längste Schulstunde,

(Heiterkeit bei der SPD)

ich habe immer darauf gewartet: Wann kommt denn endlich der Gong, der uns erlöst, damit wir nicht noch die vierte Wiederholungsschleife haben?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei Ihnen, Herr Aiwanger, hätten wir wirklich schwer gehofft, dass wir die Regierungserklärung auch schriftlich bekommen. Das wäre wirklich dringend notwendig gewesen. Ich bin in meinen Notizen ständig hin und her gesprungen: Jetzt hat er dazu etwas gesagt, jetzt dazu; jetzt geht er wieder zurück und jetzt wieder vorwärts. Das war ein Ritt durch alle Themen, und wir wissen danach so viel wie zuvor.

(Horst Arnold (SPD): Das war ein Missverständnis!)

Wir wissen aber nicht: Was gibt es Neues? Wir wissen nicht: Wo ist ein Konzept, wo es bei der Energieversorgung hingehen soll? Das alles ist wirklich offen. Die Energieerzeugung in Bayern geht zurück, die erneuerbaren Energien sind eingebrochen. Wir haben im letzten Jahr 12 % unseres Stromverbrauchs importieren müssen. Ihre Mei-

nung zu Trassen – das haben Sie jetzt noch einmal sehr schön gesagt – hängt davon ab, in welchem Wirtshaus Sie gerade sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So weit sind wir bei der Energiewende im Jahr 2018/2019 gekommen, aber so, sehr geehrte Damen und Herren, darf es auf keinen Fall weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Aiwanger, hier muss ich Sie das einzige Mal in meiner Rede in Schutz nehmen: Viele Punkte haben Ihre Vorgänger verschuldet. Die CSU-Staatsregierung hat jahrelang, jahrzehntelang die Energiewende verpennt. Deshalb haben wir einen Einbruch bei der Windkraft, einen Einbruch bei den erneuerbaren Energien und keinen Ausbau mehr. Im Jahr 2019 sind Sie ein Jahr als Wirtschaftsminister im Amt. Wir hätten erwartet, dass Sie hier ans Pult treten und eine klare Vision haben, ein klares Ziel, wo es mit den erneuerbaren Energien hingehen soll, ein klares Bekenntnis zu 100 % erneuerbaren Energien, einen roten Faden. Ich kann mich an Ihre Zwischenrufe erinnern – ich vermisse sie nicht, nicht dass Sie mich falsch verstehen –: Wir brauchen einen Masterplan Energiewende! Masterplan, Masterplan! – Jetzt sind Sie ein Jahr lang im Amt. Und was haben wir? – Wir sind von einem Konzept, von einer Richtschnur, von einem roten Faden in der Energiepolitik weiter entfernt als je zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Staatssekretär Roland Weigert: Zuhören, zuhören!)

Das Dramatische ist aber: Wir können uns weitere verlorene Jahre, wie wir sie unter der CSU-Regierung erlebt haben, nicht mehr erlauben. Wir alle kennen den Bericht, der gestern von der Bundesregierung vorgestellt wurde: Wir haben heute schon 1,5 Grad Erwärmung in Deutschland. Der Klimawandel galoppiert. Die Erdüberhitzung schreitet massiv voran. Das heißt, wir können uns wirklich keine verschenkten Jahre

mehr erlauben. Davon hat es unter den CSU-Vorgängern schon viel zu viele gegeben. Wir brauchen endlich eine Energiewende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie schaut es bei den erneuerbaren Energien 2017/2018 aus? – 2017 wurden 37,3 Terawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, 2018 37,0. Das ist ein Rückgang in absoluten Zahlen.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Weil es nicht geregnet hat!)

– Genau. – Gleichzeitig hatten wir das erste Mal in Bayern einen notwendigen Stromimport von 10 Terawattstunden; das sind 12 % unseres Stromverbrauchs. Und in dieser Situation verkündet doch tatsächlich die Staatsregierung, dass die erneuerbaren Energien steigen! Ja, Sie haben richtig gehört: dass sie steigen. Denn laut Statistik der Staatsregierung ist der Anteil der erneuerbaren Energien um 5 % auf 50 % gestiegen. Da fragt man sich schon: Wie kommt man auf diesen Dreh? – Vor fünf Jahren hat die Staatsregierung die Praxis eingeführt, dass nicht der Anteil am Stromverbrauch, sondern der Anteil an der Stromerzeugung in Bayern betrachtet wird. Weil durch die Abschaltung von Gundremmingen B 10 Terawattstunden Strom an Erzeugung gefehlt haben, steigen auf einmal die prozentualen Anteile der erneuerbaren Energien um 5 %, obwohl sie in Wirklichkeit fallen. Ja glauben Sie denn, mit diesem Hokusfokus, mit diesen Taschenspielertricks, mit dieser Zahlendreherei werden Sie die Erdüberhitzung stoppen? Werden Sie damit Waldbrände verhindern, dem Hitzekollaps älterer Menschen vorbeugen? – Nein. CSU-und-FREIE-WÄHLER-Staatsregierung, Sie müssen sich endlich ehrlich machen!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Hören Sie deshalb jetzt mit diesen Prozentzahlen, mit diesen Taschenspielertricks auf! Nehmen Sie jetzt absolute Zahlen! Ändern Sie nicht ständig die Statistiken! Erstellen Sie eine ehrliche Bilanz, die zum Beispiel auch die Stromimporte berücksichtigt! Mit

der Nichtberücksichtigung von 10 Terawattstunden letztes Jahr haben Sie 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>einfach mal so unterschlagen. Herr Aiwanger, heuer noch können Sie dafür sorgen, dass wir endlich eine ehrliche Bilanz haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen 100 % erneuerbare Energien. Das ist unsere grüne Zielvorstellung; das ist unser Konzept. Wir wollen die Wertschöpfung bei uns im Land halten. Wir wollen Innovationen anschieben. Wir wollen die Märkte der Zukunft mit diesen innovativen Techniken beliefern. Wir wollen Lebensqualität durch saubere Energien steigern, durch saubere Autos, saubere Mobilität, gesunde Nahrungsmittel. Das verbessert die Lebensqualität vor Ort entscheidend. Das ist grüne Politik, die die Herausforderungen der Zukunft angeht und das Beste daraus macht.

Bei der Stromerzeugung wollen wir zum Beispiel eine Verdreifachung bei der Photovoltaik, einen Zuwachs von 1.700 Megawatt pro Jahr. Sie haben sich jetzt kurzfristig dafür entschieden, sie zumindest von 500 auf 800 Megawatt zu steigern. Na ja, wenn Sie bis Weihnachten noch einmal so viel drauflegen, kommen wir bei der Photovoltaik ungefähr in die richtige Richtung. Sie haben extra gesagt: 111 Energieexperten sind beim Energiegipfel zusammengekommen, und Sie werden diese Ergebnisse ernst nehmen und aufnehmen. Diese Energieexperten haben aber gesagt: Ausbauziel: 30 Gigawatt. Mit Ihren 800 Megawatt kommen Sie also lang nicht ans Ziel. Machen Sie es doch einfach so, wie Sie es bei der Freiflächen-Photovoltaik gemacht haben: Nehmen Sie einfach unseren grünen Antrag und kupfern Sie ihn ab! Dann sind Sie einigermäßen in der Spur, sodass wir hier etwas vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Thema Windkraft freue ich mich, dass zumindest in dem Bericht, den wir heute Morgen um 10:00 Uhr als Anhang zugeschickt bekommen haben, steht: Die Windkraft ist die ideale Ergänzung zum Sonnenstrom. – Ja, aber dann machen Sie endlich etwas daraus!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Haben Sie die Überschrift auch gelesen?)

Wir brauchen die Windkraft, wir brauchen eine Vervierfachung der Windkraftleistung. Das bedeutet 1.500 zusätzliche Anlagen, 150 pro Jahr. Bei 71 Landkreisen in Bayern, Herr Aiwanger, sind das gerade einmal zwei Windkraftanlagen pro Landkreis. Das sind zwanzig Stück in zehn Jahren. Menschenskinder, Sie werden es doch wohl schaffen, dass Sie sich hinstellen und sagen: Das ist ein guter Ausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Baden-Württemberg ist halb so groß wie Bayern, hat aber nahezu genauso viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Bayern, ist also doppelt so dicht bevölkert. Trotzdem hat Baden-Württemberg es geschafft, 2018 44 Kilowattstunden pro Quadratkilometer – das ist die richtige Einheit – bei der Windkraft zu haben. Bayern hat nur 35 geschafft. Also ist das, was Sie von sich geben, irgendwas von anno dazumal. Das stimmt einfach nicht. Baden-Württemberg ist weit besser.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Windkraft in Bayern ist tot, und das ist Ihr Verschulden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Genau!)

Sie haben mit der Einführung der 10-H-Regelung, die sich letzten Donnerstag zum fünften Mal geährt hat – für uns kein Grund zu feiern –, der Windkraft komplett den Stecker gezogen. Zuerst sind die Genehmigungsanträge komplett eingebrochen, mit zwei, drei Jahren Verzögerung dann auch der Zubau. 2018 sind gerade einmal acht Anlagen zugebaut worden; 2019 zwei, im Januar. Das ist wirklich ein komplettes Aus für die Windkraft. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Wir wollen 100 Windräder im Wald und 300 über Bayern verteilen. Dabei nennen Sie keinen Zeitraum. Sie haben es angesprochen: In den nächsten fünf Jahren fallen 208 Anlagen aus der EEG-Vergü-

tung heraus. Wahrscheinlich werden sie zu einem größeren Anteil abgebaut; das wissen wir alle nicht so genau. Aber in Bayern steht aufgrund Ihrer Politik ein Rückbau, ein Rückschritt bei der Windkraft an, die wir so dringend brauchen. Das ist ein Irrsinn in Zeiten eines galoppierenden Klimawandels, in denen es immer heißer wird und wir Hitzetote zu beklagen haben. Zugleich geht es in Bayern rückwärts in allen Bereichen. Das ist Ihr Verschulden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wärme ist ein sehr großer Bereich. Sie haben es richtig erwähnt: Die Hälfte der Energie geht für die Wärme drauf. Wir diskutieren immer sehr eifrig und hitzig – das gehört auch dazu – über den Strom; aber der Wärmebereich ist wirklich unterschätzt. Sie haben einiges dazu gesagt; aber etwas Konkretes fehlt. Sie haben zwar die Geothermie angerissen: Ja, jetzt soll ein wenig mehr gemacht werden und bis 2050 ein Viertel versorgt werden. – Bis 2050! Mit dieser Zeitvorgabe können Sie einem Projektierer nicht sagen: Jetzt mach mal etwas. Dem Projektierer hätte es geholfen, wenn Sie das Förderprogramm, das wir in Bayern bis zum Jahr 2018 hatten, nicht eingestampft hätten, sondern wenn Sie das Förderprogramm fortgeführt hätten. Stattdessen haben Sie gesagt: Okay, jetzt wird es erst einmal eingestampft, und dann überlegen wir uns mal ein Jahr lang etwas, und dann geht es vielleicht wieder weiter. Wir brauchen gerade bei diesen lang geplanten Entscheidungen im Bereich Sanierung, im Bereich Wärme Verlässlichkeit. Verlässlichkeit wird in Bayern nicht gerade mit Ihrem Namen verknüpft, Herr Aiwanger, das muss ich Ihnen schon sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Staatssekretär Roland Weigert: Unerhört, unerhört!)

Wir brauchen ein Förderprogramm, das ganz klar strukturiert ist. Für die Nahwärmenetze müssen wir in den nächsten vier Jahren nicht nur 10 Millionen Euro aufwenden, wie Sie das ausgeführt haben, sondern wir müssen dafür in den nächsten Jahren mindestens 400 Millionen Euro aufwenden. Wir brauchen eine Sanierungsoffensive vom

Keller bis zum Dach. Wir brauchen einen anständigen Ordnungsrahmen, der auch vorgibt, wo wir hinwollen. Wir haben 3 Millionen Bestandsgebäude. Wollten Sie das alles mit Förderung machen, dann bräuchten Sie 300 10.000-Häuser-Programme. Das 10.000-Häuser-Programm ist gut und schön, aber es kann nur ergänzen und anreizen. Aber wir brauchen einen klaren Ordnungsrahmen. Wir brauchen in Bayern ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Das sollten wir tatkräftig anpacken. Da sind Sie leider, auch bei dem 10.000-Häuser-Programm, auf dem Holzweg.

In der Arbeitsgruppe 2 haben wir festgelegt: Wir müssen den Wärmebedarf unserer Gebäude erst einmal senken. Dann können wir den Rest über Wärmepumpen, Geothermie, Nahwärmenetze, Solarthermie und Holz abdecken. Der erste Schritt ist jedoch immer eine Reduktion des Energieverbrauchs. Das wirklich Gute am 10.000-Häuser-Programm war der Programmteil Energieeffizienzhaus. Das stampfen Sie jetzt zum 31. Januar 2020 ein. Das Programm läuft aus und wird durch ein Förderprogramm für Holzheizungen ersetzt. Herr Aiwanger, Sie haben überhaupt nichts verstanden! Sie machen den dritten und den vierten Schritt vor dem ersten!

Die Energiewende wird nicht gelingen, wenn Sie von der Verschwendung der fossilen Energien eins zu eins zur Verschwendung der erneuerbaren Energien übergehen. So wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass Sie heute gesagt haben, dass Sie sich von den großen Gaskraftwerken verabschieden. Das war immer unser Plädoyer. Bei Irsching kommen Sie selbst mit der Netzreserve zu keiner Laufzeit. Wir brauchen keine neuen Gaskraftwerke im Dauerbetrieb. Wir brauchen eventuell eine Netzreserve, also eventuell noch einmal diese 900 Megawatt, die in der Ausschreibung der Bundesnetzagentur stehen. Aber auch hier muss ich Sie leider enttäuschen: Nicht Sie oder Ministerpräsident Dr. Söder haben diese 1.200 Megawatt ausgeschrieben, das war die Bundesnetzagentur in der letzten Legislaturperiode. Sie schmücken sich sehr gern mit fremden Federn, das ist

mir egal. Aber diese Netzreserve ist wichtig und notwendig. Deswegen bin ich froh, dass Sie heute sagen: Gaskraftwerke im Dauerbetrieb brauchen wir nicht mehr.

In unserem Gutachten haben wir letzte Woche noch einmal ganz klar nachgewiesen: Mit einem guten Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Ausbau der von der Bundesnetzagentur geplanten Leitungen brauchen wir keine neuen Gaskraftwerke. Ich verlange von Ihnen, dass Sie zu den Ausführungen, die Sie heute zu den Leitungen gemacht haben, auch stehen und nicht, wenn Sie vor Ort sind, wieder etwas anderes sagen. Die HGÜ-Leitungen, die Verstärkungen der Wechselstromleitungen, sind nötig. Hier müssen Sie einmal Ihren Mann stehen.

(Staatssekretär Roland Weigert: Sie sind doch gar nicht vor Ort!)

Es gibt eine Presseberichterstattung, auch wenn man nicht in dem Wirtshaus sitzt, in dem Herr Aiwanger spricht.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Mein Gott, ist das peinlich!)

In den Interviews der "Mittelbayerischen Zeitung" mit Herrn Aiwanger heißt es oft: Ich bin von den Leitungen noch nicht überzeugt. – Wir müssen aber draußen eine klare Sprache sprechen. In diese Richtung muss es gehen. Wir dürfen nicht sagen: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. So wird es nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die fossilen Energien müssen auf ein Minimum reduziert werden. Die Erdüberhitzung, die wir heute sehen, schreitet rasend schnell voran. Schauen Sie in unsere Wälder. Schauen Sie auf unsere Grundwasservorkommen. Schauen Sie auf die Ertragseinbußen in der Landwirtschaft. Lesen Sie die wissenschaftlichen Papiere oder zumindest die Zusammenfassungen: Ein "Weiter so" geht nicht mehr! Begreifen Sie das endlich! Fassen Sie den Mut, neue Wege zu gehen! Wir unterstützen Sie dabei gerne. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Sonne und Wind sind die großen Säulen, auf die wir das Energiesystem der Zukunft komplett ausrichten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Soll das ein Konzept sein, was Sie hier vorgestellt haben?)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Stümpfig, darf ich Sie noch einmal ans Pult bitten?

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Mir liegen zwei Interventionen vor. Die erste kommt von Herrn Dr. Müller.

**Dr. Ralph Müller (AfD):** (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Stümpfig, Sie haben jetzt eine große Propagandaschlacht für Ihre schon im Ansatz völlig verfehlte und ideologische Energiewende geführt. Ihre Energiewende ist eine versuchte und – ich sage es bewusst – blutige Energierevolution, die scheitern wird. Sie bewegen sich damit klar auf den Spuren des Totalitarismus. Sie wollen uns einen gesellschaftlich und energiepolitisch falschen Weg oktroyieren.

Ihre Doppelmoral ist die folgende: Alle negativen Erscheinungen der Windenergie oder der Photovoltaik, nämlich die Kinderarbeit oder das zehntausendfache Schreddern von Singvögeln sowie die negativen gesundheitlichen Erscheinungen bei den Menschen, blenden Sie aus.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet. – Das Wort hat Herr Kollege Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Müller, bei solch unqualifizierten Beiträgen weigere ich mich, eine Antwort zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Intervention kommt von Herrn Kollegen Dr. Mehring.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Stümpfig, lieber Martin, zurück zur Sache: Ich melde mich unter dem Eindruck deines Wortbeitrags mit der Intention zu Wort, sicherzustellen, dass es so bei den weiteren Rednerinnen und Rednern deiner Fraktion nicht weitergeht. Du bist mit der Schulstunde eingestiegen. Wir sind gerne bereit, im Rahmen einer Schulstunde zu lernen. Deinen Ausführungen war aber wieder nur das zu entnehmen, was wir seit Wochen und Monaten erleben, nämlich rein emotionale Problembeschreibungen ohne irgendeine Art von Lösungsansatz.

Uns ist klar, dass die GRÜNEN eine Single-issue-Partei, also eine Ein-Thema-Partei, sind, die sich ausschließlich um Energiepolitik und Umweltschutz kümmert und sonst keine Kompetenzen hat. Das habe ich akzeptiert. Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass ihr innerhalb dieses einen Themas nur noch ein Thema habt, nämlich die Abschaffung von 10 H. Ist das wirklich alles, was ihr zur Energiewende beitragen könnt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Kollege, hätten Sie zugehört, hätten Sie gesehen, dass ich alle wichtigen Bereiche angesprochen habe. Ich möchte einen Punkt noch einmal herausgreifen: Als Minister hätte Herr Aiwanger bei den staatlichen Liegenschaften die Möglichkeit, die Photovoltaik auszubauen. Wir haben 8.000 Liegenschaften. Momentan sind laut Ihrem Bericht 360 Anlagen installiert. 7.600 Dächer sind leer. Seit dem Jahr 1996 haben Sie insgesamt so wenig ausgebaut. Sie könnten jederzeit den Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2012 noch einmal aufgreifen. Damals wurde beschlossen, dass alle Dächer untersucht werden. Das ist nicht passiert. Dieses Potenzial schlummert.

Im neuen Programm lesen wir: Sollte ein Ausbau bei den staatlichen Liegenschaften erfolgen, dann aber nur so viel, wie das einzelne Gebäude für die Eigenstromnutzung benötigt. Wir leben im Jahr 2019. Die Erderhitzung galoppiert. Und Sie sagen: Bei

einem Bauhof, der wenig Strom benötigt, sollte nur das rechte Eck des Daches mit Photovoltaik ausgestattet werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, auch Ihre Zeit ist abgelaufen.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Die Dächer müssen voll werden! Das müssen Sie endlich einmal kapieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine Erklärung abgeben: Ich werde heute sehr strikt auf die Einhaltung der Redezeiten achten, weil das anvisierte Sitzungsende gegen 01:00 Uhr in der Früh ist. Deshalb bitte ich um Nachsicht, dass ich heute sehr streng bin. Ich bitte Sie, auch selbst auf die Uhr zu achten. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Sandro Kirchner.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Wir sprechen heute über die Energieversorgung in Deutschland und in Bayern. Wir müssen uns deshalb die Situation klar vor Augen führen. Da fällt mir ein, dass wir 2012 den Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen und entschieden haben. Wir haben diese Entscheidung allerdings ethisch getroffen, und im Nachgang ist festgestellt worden, dass diese Entscheidung mehr ethisch und weniger konzeptuell war.

Wir haben, was das Thema Kohlekraft betrifft, ein Déjà-vu. Manche fordern den Ausstieg statt für 2038 schon für 2030. Ich stelle fest, dass wir im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg nur darüber reden, wie 40 Milliarden Euro an Strukturhilfen irgendwo, in irgendwelchen Bundesländern als Kompensationsmaßnahmen investiert werden können. Aber kein Mensch spricht darüber, wie dieser Strom ersetzt werden kann bzw. wo dieser Strom herkommt.

Nebenbei haben wir jetzt schon über Jahrzehnte die erneuerbaren Energien ausgebaut. Es ist richtig, dass wir sie ausgebaut haben. Wir haben aber festgestellt, dass wir sie primär dort ausgebaut haben, wo die Energie von niemandem direkt benötigt wird. Wir haben festgestellt, dass es lange Zeiten gab, in denen die Rendite viel wichtiger war, als sich über Speichermöglichkeiten Gedanken zu machen. Es hat sich wohl auch niemand über die Verteilung, über die Infrastruktur, über die Frage, wie der Strom von A nach B oder zurück kommen kann oder wie die Netze das aufnehmen können, Gedanken gemacht.

Das Ganze ist auch volkswirtschaftlich in Frage zu stellen, weil wir schon in die Situation kommen, dass wir in der nächsten Zeit von einer bis vier Milliarden Euro Redispatchkosten pro Jahr sprechen. Diese Kosten müssen aufgewendet werden, um die Energieversorgung sicherzustellen.

Es geht darum, dass Anlagen abgeschaltet, aber trotzdem vergütet werden; die Einspeisevergütung ist eben so geregelt. Das führt auch dazu, dass wir überschüssigen Strom, der zu Phasen, in denen er nicht benötigt wird, erzeugt wird, für teures Geld ins Ausland abgeben, um unsere Netze zu entlasten.

Wenn wir uns die Fakten anschauen, kommen wir immer wieder auf zwei Probleme, die damit verbunden sind. Auf der einen Seite geht es ganz klar um die Bezahlbarkeit unseres Stroms, und auf der anderen Seite geht es – genauso wichtig – ganz klar um die Versorgungssicherheit.

Sie werden mir beipflichten, dass die Situation sehr schwierig ist. Deswegen war es genau richtig, dass die Staatsregierung bereits in der Vergangenheit unter der Federführung unserer heutigen Landtagspräsidentin Ilse Aigner den ersten Energiedialog aufgesetzt hat, um feststellen zu können, wie die ganzen Dinge geordnet werden und wo sie zusammentreffen können. Es war auch konsequent, dass der Minister Aiwanger den Energiedialog mit neuem Namen unter dem Titel Energiegipfel fortgeführt hat, um die Interessenlage abzubilden.

Wir haben aber auch schnell festgestellt, dass dann, wenn man, so wie heute hier im Hohen Haus, über Energie spricht, verschiedenste Interessen aufeinandertreffen und verschiedenste Orientierungen vorhanden sind. Damit sind ganz klar auch wirtschaftliche Interessen verbunden. Es geht nicht nur um die erneuerbaren Energien, sondern auch darum, mit diesen Geld zu verdienen. Das ist völlig legitim.

Vor allem haben wir aber auch – diese Erfahrung habe ich mitgenommen – viele, viele Experten und genauso viele unterschiedliche Meinungen der Experten. Es ist also sehr schwierig, diese Expertenmeinungen einzuordnen.

Wir alle wissen, dass von diesen Gipfel- und Dialogveranstaltungen tatsächlich keine Patentlösung abzuleiten ist. Wir müssen auch ganz klar feststellen, dass für die Energieversorgung in Bayern – deswegen bin ich dankbar, dass der Minister die Punkte aufgezeigt hat, die für Bayern relevant sind – tatsächlich verschiedene Akteure in der Verantwortung stehen. Einmal hat ganz klar der Freistaat Bayern die Kompetenz. Darüber hinaus haben, politisch gesehen, auch primär der Bund und darüber hinaus sogar noch Europa Kompetenzen.

Bayern kann deswegen nur gewisse Dinge entwickeln. Bei vielen Themen ist der Bund bzw. die EU mit zuständig und federführend. Wir müssen uns deswegen hier auch mit der Frage beschäftigen, was Bayern für die Energiewende und für die Energieversorgung in Bayern tun kann und was wir konkret von den anderen Akteuren, vom Bund und von der EU, einfordern müssen.

Es ist aber auch klar, dass für den Wirtschaftsstandort Bayern etwas passieren muss. Ich weiß nicht, wer von Ihnen gestern Abend bei der Veranstaltung im Hohen Haus war. Diese Veranstaltung trug den Titel "Ende des Wachstums". Das war eine Podiumsdiskussion, unter anderem mit unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer. Der Präsident der vbw, Herr Hatz, hat ein Impulsreferat gehalten und ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass für den Wirtschaftsstandort Bayern neben der konjunkturellen Situation Versorgungssicherheit sowie Bezahlbarkeit von Energie von ganz beson-

ders großer Bedeutung sind. Wenn wir nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch die vielen, vielen Privatverbraucher in einer Momentaufnahme anschauen, ist klar: Wir haben mitunter die teuersten Strompreise in ganz Europa. Private Haushalte sind mit rund 30,4 Cent pro Kilowattstunde belastet, die Industrie mit 18,4 Cent pro Kilowattstunde. Ob Sie wollen oder nicht: Die Realität zeigt, dass damit auch Standortfragen verbunden sind.

Es ist noch gar nicht so lange her – wir haben das in den Medien mitverfolgt und auch hier im Haus behandelt –, dass ein renommiertes Unternehmen, das ich als Beispiel heranziehen will, Wacker Chemie, geäußert hat, dass es mit dieser Energiepolitik auf Dauer Schwierigkeiten bekommt. Wir von der CSU-Fraktion waren bei Wacker Chemie vor Ort und haben uns beispielhaft für alle anderen energieintensiven Unternehmen die Sorgen und Nöte dieses Unternehmens angehört. Bei Wacker Chemie am Standort Burghausen geht es allein um 2.000 Arbeitsplätze. Das Handwerk und die Dienstleistungen sind nachgelagert. Wir können sagen, dass das eine Lebensader für Burghausen und für die ganze Region Ostbayern ist. Wacker Chemie ist Weltmarktführer für die Herstellung von Polysilicium. Polysilicium ist übrigens essenziell für die Herstellung von PV-Modulen. Wacker Chemie hat große Bedenken bezüglich der Versorgungssicherheit. So ein Stromausfall riskiert eine ganze Wochencharge. Das bereitet Probleme bei der Versorgungssicherheit der Lieferketten, verursacht aber natürlich auch enorme Kosten im Produktionsprozess.

Es ist auch ganz klar, dass, wenn wir über die Kosten sprechen, dieses Unternehmen, obwohl vom EEG befreit, mit teuren Strom- und Nebenkosten konfrontiert ist. Wir stellen also fest, dass dieses Unternehmen allein schon deshalb in einem ungleichen Wettbewerb in Europa steht. Frankreich hat nämlich komischerweise andere Industriestrompreise und unterstützt seine energieintensiven Unternehmen.

Wir stellen mit einem Blick auf den globalen, internationalen Markt fest, dass anscheinend auch in Asien spezielle Preise für solche Unternehmen angeboten werden können. Im Vergleich zu diesen sind jene am Wirtschaftsstandort Bayern mittlerweile jen-

seits von Gut und Böse. Da ist es für unsere energieintensiven Unternehmen schwierig, sich am Wirtschaftsstandort Bayern zu behaupten und sich weiterhin dem Wettbewerb zu stellen.

Nebenbei bemerkt ist in der Diskussion auch ein Stück weit Doppelmoral enthalten. Man könnte sich gerade in der Klimadebatte irgendwann auf die Schulter klopfen und sagen: Wow, ein energieintensives Unternehmen weniger! Dadurch wird die Energiebilanz moderater und schöner. Wir haben etwas geschafft. – Sich in dieser Art auf die Schulter zu klopfen, ist aber genau falsch. Das ist ein Trugschluss.

Durch diese Maßnahme, in deren Folge die Produkte in Asien produziert werden, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf das Dreifache an. Wir könnten uns dann auf die Schulter klopfen und sagen, dass wir für Bayern vielleicht statistisch etwas erreicht haben. Der Welt haben wir dadurch aber einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Aiwanger hat insbesondere das Aktionsprogramm für Bayern in den Vordergrund gestellt. Herr Stümpfig hat sich hier hergestellt und gesagt, wie man sich die Welt zurechtrücken könnte. Es wäre aber viel gescheiter, anzuerkennen und zu verstehen, dass wir aus bayerischer Sicht von der Bundesebene gewisse Rahmenbedingungen bekommen und diese auch einfordern müssen.

Dazu gehört ganz klar, dass wir uns auch mit der gesicherten Versorgungsleistung, der Versorgungssicherheit auseinandersetzen. Das kann zwar Bayern nicht regeln, es braucht aber eine Regelung. Hierbei geht es einerseits darum, für Süddeutschland Gaskraftwerke zu bekommen, und andererseits mit der Umsetzung der nationalen Analyse zur Versorgungssicherheit schon jetzt zu beginnen. Man sollte nicht erst dann feststellen, dass etwas nicht passt, wenn die Kraftwerke vom Netz sind. Es geht auch darum, wie neue große oder kleine Gaskraftwerke gebaut werden können. Es geht vor allem auch um deren rentablen Betrieb und um die Frage, welcher Kapazitätsmarkt und welcher Mechanismus dahinterstehen.

Insbesondere geht es auch darum, dass die Ausschreibungen, die bereits genehmigt worden sind, jetzt endlich umgesetzt werden können und die Versorgungssicherheit beim Kohleausstieg zu gewährleisten. Es geht darum, noch einmal über systemrelevante Kraftwerke zu sprechen und sinnvoll darüber zu entscheiden. Es geht um die Attraktivität der Kraft-Wärme-Kopplung, aber auch um das EEG.

Wir müssen uns endlich einmal damit auseinandersetzen, ob das, was wir in der Vergangenheit mal für gut befunden hatten, heute noch State of the Art ist oder vielleicht verändert oder gar generell überdacht werden muss. Hierbei geht es um nationale Handlungsspielräume, die stärker genutzt werden müssen und dürfen. Hierbei geht es um eine bessere regionale Steuerung, um den Ausbau der erneuerbaren Energien eben in Süddeutschland und nicht nur dort, wo die Rahmenbedingungen viel besser sind, um die Rahmenbedingungen für begünstigten Ausbau der Photovoltaik, aber auch der Eigenenergieversorgung. Letztendlich geht es auch darum, für die kleinen Anlagen eine Befreiung vom EEG zu erhalten. Es geht um Wasserkraft, um Biomasse- und Geothermiekraftwerke. Das wurde alles schon angesprochen. Es geht aber auch um die Energieeffizienz von Gebäuden. Was wurden wir hier im Haus in der letzten Legislaturperiode ausgelacht, als wir über das 10.000-Häuser-Programm gesprochen und gesagt haben, dass der Freistaat Bayern hier jetzt initiativ werden müsse.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Das wurde auf Bundesebene bis heute immer torpediert, gerade dann, wenn entsprechende steuerliche Anreize diskutiert worden sind – gerade von den GRÜNEN im Bundestag, Herr Hartmann, gerade von Ihrer Partei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um die Sektorkopplung und die Kosten der EEG-Förderung. Es geht um eine verbesserte Markt- und Systemintegration. Die Energiegewinnung muss dort ausgebaut werden, wo sie benötigt wird. Es geht um die Stromsteuer. Der Herr Minister hat bereits angesprochen, dass es vor allem um einen Industriestrompreis geht, den wir

dringend benötigen, und zwar in einer europäischen Regelung. Europa und unsere Unternehmen in Bayern müssen wettbewerbsfähig bleiben. Alle Punkte sind unter den Aspekten Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit zu verstehen. Es gibt keine individuelle Lösung, sondern einen Energiemix.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, morgen findet nicht nur die reguläre Sitzung des Wirtschaftsausschusses statt, sondern im Anschluss daran wird es eine Anhörung zu den Gaskraftwerken geben. Herr Stümpfig, der Herr Minister hat es vorhin bereits gesagt. Die Forderung nach einer Anhörung zu Gaskraftwerken erscheint auch deshalb gerechtfertigt, da wir feststellen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, wenn es ein trockenes Jahr gibt, wenn zu wenig Wind oder zu wenig Sonne herrscht, dann kann damit trotzdem die Versorgungssicherheit hergestellt werden. Auch darüber muss nachgedacht werden. Sie sagen, die Stromerzeugung in Bayern sei rückläufig und daher müsse Strom importiert werden. Auch darüber müssen wir nachdenken. Seien Sie sich dessen gewiss, dass wir das auch tun. Dies hängt damit zusammen, dass installierte Kapazitäten in Bayern in großer Zahl sukzessive wegbrechen, und nicht damit, dass Träger erneuerbarer Energien weniger Energie erzeugen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Deshalb installieren wir ja neue Solaranlagen und Windkraftanlagen!)

Auch da müssen wir weiter schauen und entsprechend kompensieren. Nebenbei bemerkt: Sie sprechen immer von der Wertschöpfung. Auch das nachgelagerte Gaskraftwerk – vielleicht in der Zukunft mit Green Gas – stellt für die Wertschöpfung in diesem Mosaikgebilde einen Baustein dar. Das müssen wir uns anschauen.

Zurück zur Anhörung zu den Gaskraftwerken: Hintergrund ist, dass Bayern und Baden-Württemberg diese Gaskraftwerke fordern. Der grüne Ministerpräsident, die an der Regierung beteiligten GRÜNEN fordern diese Gaskraftwerke. Die GRÜNEN waren ganz scharf auf diese Anhörung. Sie haben sich eingespreizt, damit das Ganze stattfindet. Deswegen haben wir eine Anhörung angesetzt. Wir haben uns Gedanken dar-

über gemacht, welche Experten uns für die Anhörung zur Seite stehen und ihre Expertise mitteilen sollten. Sie sollten uns auch Empfehlungen geben, wie wir das Thema Gaskraftwerke anpacken können. Das ist genau die Arbeit, die ein Abgeordneter machen soll: sich Expertise einholen, sich eine Meinung bilden und diese Erfahrungen am Ende des Tages in den politischen Prozess einbinden.

Herr Stümpfig, letzte Woche haben Sie eine Pressekonferenz ausgerechnet mit einem Experten gegeben, der an der morgigen Anhörung zugegen sein soll. Sie haben schon vorab ein Gutachten in Auftrag gegeben. Sie haben mit dieser Pressekonferenz diejenigen brüskiert, die morgen zur Anhörung kommen. Sie pfeifen nämlich auf Expertenmeinungen und wissen schon vorher alles besser. Sie wissen auch, wer es besser wissen muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):  
Der Gutachter ist doch Experte!)

Viel spannender ist jedoch die Tatsache, wie man auf einer Pressekonferenz diese Themen transportiert. Zu einigen Themen gibt es nicht unbedingt eine Schnittmenge oder einen Konsens. Das sind Themen, die Sie an anderer Stelle immer propagieren. Ihr Experte, Herr Christof Timpe vom Öko-Institut in Freiburg ist der Meinung, dass Strompreiszonen beim Ausbau erneuerbarer Energien oder bei der Energieversorgung in Deutschland zukünftig wohl eher eine untergeordnete Rolle spielen, da die Preisunterschiede zu groß wären. Viel spannender ist folgende Aussage, von wem auch immer diese auf Nachfrage getroffen worden ist: Es wäre viel besser, wenn die energieintensiven bayerischen Unternehmen nicht in Bayern wären – damit nicht für bayerische Bürger Arbeitsplätze schaffen, nicht zur Wirtschaftskraft und Versorgung beitragen –, sondern nach Norddeutschland gehen würden. Das ist schon eine spannende Sichtweise, die auf der Pressekonferenz zum Besten gegeben wurde.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Verantwortung für Bayern!)

Herr Stümpfig, da frage ich mich, ob ein Experte aus Freiburg bayerische Interessen vertritt oder etwas anders aufgestellt ist. Viel spannender ist doch, dass Ihr Experte, Herr Timpe, auf Nachfrage zu der Erkenntnis gekommen ist, dass Gaskraftwerke aktuell keine wichtige Rolle spielen, aber spätestens 2040 eine besondere systemrelevante Bedeutung haben werden. Auch die Einbindung von Green Gas wird dann relevant werden. Nach Ihrer Aussage fordern Sie den bedingungslosen Ausbau der erneuerbaren Energien. Allein um die Kapazitätslücken auszugleichen, braucht es große Anstrengungen. Sie haben vorhin die Lebensqualität angesprochen und diese mit Attributen definiert. Die Lebensqualität hängt von mehr Faktoren ab. Das würde bedeuten: 750.000 PV-Dachanlagen, 10.000 Freiflächen-Anlagen, 1.700 neue Windräder oder gar 10.000 Biogasanlagen. Wenn Sie dann noch einen Kontext zur Versorgungssicherheit und der Grundlastfähigkeit herstellen wollen und das ausschließlich mit erneuerbaren Energien ohne Speicher machen wollen, sprechen wir von einem Faktor 4 bis 8, je nachdem, wer das bewertet. Vielen Dank! Gehen Sie raus zu den Menschen, erklären Sie das den Menschen, und erwähnen Sie auch den Flächenverbrauch, den Sie auch anderweitig fordern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Insgesamt bin ich der Meinung, dass die Dinge in der Gemengelage sortiert und geordnet sind. Mit den Ausführungen der Staatsregierung, unseres Ministers, ist ein gangbarer Weg aufgezeigt worden. Ganz klar ist auch, dass wir endlich damit beginnen sollten, den Weg gemeinsam zu beschreiten. Man sollte nicht immer meinen, man habe selbst die bessere Lösung. In diesem Sinne: Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung hat der Kollege Franz Bergmüller von der AfD.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Sandro Kirchner, wir debattieren im Ausschuss entweder über Klimaschutz – Antrag der GRÜNEN – oder über alternative Energien bzw. die Forschung – Antrag der AfD. Heute haben wir voller Spannung die Regierungserklärung des Staatsministers erwartet. Diese war jedoch konzeptlos. Herr Aiwanger hat die Grundlast der Gaskraftwerke erwähnt. Wie sieht das Konzept der CSU aus, die Energielücke von 30 % bis 2022 zu schließen?

**Sandro Kirchner (CSU):** Der Herr von Brunn würde dafür sorgen, dass wir diese 30 % mit heißer Luft generieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in einer Koalition. Somit ist nicht relevant, welche Standpunkte die CSU hier einnimmt, sondern die Fraktionsgemeinschaft aus CSU und FREIEN WÄHLERN. Herr Bergmüller, Sie haben vollkommen recht. In meinem Redebeitrag habe ich versucht, das auch zum Ausdruck zu bringen. Es liegt eine sehr schwierige Gemengelage vor. Wir müssen in der Diskussion jedoch auch ehrlich miteinander sein. Wir müssen in Bayern Dinge regeln, für die wir Kompetenz haben. Ich bin der Meinung, dass der Minister freundlich aufgezeigt hat, was er im Rahmen seiner Möglichkeiten als Agenda für die nächste Zeit vorgesehen hat und umsetzen möchte. Herr Stümpfig steht am Rednerpult und fordert weitere Punkte. Das ist auch vollkommen in Ordnung. Die Forderungen werden, wenn sie sinnvoll sind, auch immer von uns begleitet. Wir müssen nur ehrlich sein: Wenn man die Forderungen von Herrn Stümpfig umsetzen wollte, dann müssten die bundespolitischen Rahmenbedingungen verändert werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Kirchner!

**Sandro Kirchner (CSU):** Herr Hartmann, der Bundesrat gehört auch dazu.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen noch zwei weitere Zwischenbemerkungen vor.

**Sandro Kirchner (CSU):** Eine Sekunde noch. Wenn das Ganze nicht ausreicht, dann muss der Strom von anderer Stelle kommen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Zwischenbemerkung stammt vom Kollegen Körber von der FDP. Ich muss heute wirklich ein bisschen streng sein.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Kirchner, gerade weil Sie in einer Koalition mit den FREIEN WÄHLERN sind, drängt sich bei mir eine Frage auf. Sowohl Herr Aiwanger als auch Sie winden sich wie ein Aal um die Beantwortung einer wesentlichen Frage, die die Menschen wirklich betrifft. Ich bleibe jetzt beim Beispiel des Bungalows, das Herr Aiwanger angesprochen hat. Von den 10.000 Litern Heizöl gehe ich nicht aus, diese sind realitätsfern, im Schnitt ist es viel weniger. Herr Aiwanger, mit Zahlen haben Sie es ja nicht so. Gehen wir von einem durchschnittlichen Bungalow mit 140 m<sup>2</sup> im ländlichen Raum mit 5.000 Litern Heizöl aus. Dort wohnt eine Familie mit zwei Kindern. Die Familie hat einen Kombi und einen Zweitwagen, weil man dort ohne Wagen nicht wegkommt. Dort gibt es keinen ÖPNV. Herr Kirchner, wie sollen die Menschen Ihre Vorschläge umsetzen? Sie schlagen vor, das Haus energetisch zu sanieren, das kostet für ein derartiges Haus schnell einmal 80.000 Euro. Herr Aiwanger hat erwähnt, dass man sich schnell für 20.000 Euro ein Auto kauft. Wie soll sich eine Familie im ländlichen Raum Ihre Vorschläge überhaupt leisten können? Da steht ganz groß "Aktionsprogramm Energie" drauf. Zum Wärmebereich und zur Mobilität haben Sie nichts, aber auch gar nichts Neues beigetragen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Punktladung. – Zur Antwort hat der Kollege Kirchner das Wort.

**Sandro Kirchner (CSU):** Das ist jetzt natürlich unfair, weil ich das in zwei Minuten beantworten soll und Ihnen aufzeigen soll

**Präsidentin Ilse Aigner:** In einer!

**Sandro Kirchner (CSU):** – in einer Minute –, wo das Ganze dargestellt worden ist. Ich komme selber aus dem ländlichen Raum und bin tatsächlich Besitzer eines Hauses, das ich energetisch saniert habe. Ich bin der Meinung, dass sowohl in dem 10.000-

Häuser-Programm als auch in den neuen Ankündigungen über das Klimaschutzprogramm auf Bundesebene und über das Klimaschutzgesetz auf Landesebene durchaus Instrumente zur Verfügung stehen, um eine Sanierung hinzubekommen. In der Debatte über die Mobilität sind Sie eigentlich schon der Meinung, dass die CSU sich genau bemüht und sagt, Elektromobilität ist nicht der Schlüssel zum Erfolg, sondern Mobilität braucht viele Ansätze. Gerade für die flächenbedingte Mobilität brauchen wir Angebote, die darüber hinausgehen. – Deswegen ist dort die CSU zusammen mit den FREIEN WÄHLERN ganz energisch dahinter, dass nicht nur eine Stadt- und Landdiskussion stattfindet, sondern dass auch das Land stattfindet.

(Beifall bei der CSU – Sebastian Körber (FDP): Wer soll es denn bezahlen?)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der Kollege Stümpfig hat die nächste Zwischenbemerkung.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Kirchner, lieber Sandro, wir haben die Anhörung zu Gaskraftwerken im Frühjahr dieses Jahres beantragt. Sie findet morgen statt. Der Grund dafür war, dass der Herr Aiwanger letztes Jahr beim Energiegipfel immer "Gaskraftwerke im Dauerbetrieb an den großen Atomkraftwerkstandorten" gesagt hat. Ein paar Monate später heißt es dann wieder, die sollen Feuerwehr spielen. Wieder kurz darauf heißt es "Nein, wir brauchen jetzt 4.000 kleine Blockheizkraftwerke". Die Frage des Kollegen vorher hat mir klar gezeigt, dass auch der Ausschussvorsitzende des Wirtschaftsausschusses auf die Frage, wie wir denn die Lücke schließen, keine Antwort hat.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ich habe es doch gesagt!)

Wir als GRÜNE haben eine klare Vorstellung, was für eine Rolle die Gaskraftwerke in Zukunft spielen sollen. Wir haben es über ein Gutachten untermauert. Ich bin eben anderer Meinung: Man kann in eine Anhörung reingehen mit einer klaren Argumentationslage und sagen, das ist unsere Meinung, diskutieren wir darüber. Wenn man ganz offen ohne Vorstellung reingeht, so wie Sie das anscheinend machen, kommt am Schluss nicht unbedingt etwas Besseres heraus.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Alexander König (CSU): Das bleibt abzuwarten!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das Wort hat der Kollege Kirchner.

**Sandro Kirchner (CSU):** Der Minister hat gerade zugerufen, was er gesagt hat. Damit ist der erste Teil der Frage obsolet und, Herr Stümpfig, hat sich wieder einmal als ein Taschenspielertrick erwiesen. Der zweite Punkt: Ich bin der Meinung, dass man vorbereitet in eine solche Anhörung gehen sollte. Aber der Respekt alleine gegenüber den Teilnehmern von den verschiedenen Fraktionen und insbesondere gegenüber den Experten sollte schon so weit gegeben sein, dass man sich erst mal die Argumente von den anderen anhört und vielleicht seine eigene Meinung verifiziert, bevor man seinen Standpunkt nach außen manifestiert. Das ist einfach eine Sache von Anstand oder Charakter. So würde ich das ausdrücken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das Wort hat der Kollege Dr. Florian Streibl

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Kein Doktor!)

– Nicht? Auf alle Fälle von den FREIEN WÄHLERN.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir einen historischen Tag erlebt. Das erste Mal in Bayern, in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa, auf der Welt hat ein Minister der FREIEN WÄHLER eine Regierungserklärung abgegeben. Das ist doch schon mal super!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es war, wie beim Hubert gewohnt, eine papierlose Regierungserklärung. Das verdient allen Respekt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sein Versprechen "Das Licht geht nicht aus" haben wir gehört. Es ist gut, dass das in Bayern auch gehört wird. Die Stromversorgung ist sicher.

(Alexander König (CSU): Vor Weihnachten!)

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über Energie. Herr Stümpfig, mir ist es lieber, im Wirtshaus bei den Menschen zu sein, mit den Menschen zu diskutieren und ihre Probleme, Sorgen und Nöte aufzunehmen, als im Wolkenkuckucksheim zu leben wie Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Denn wenn bei Ihnen die Lösung so aussieht, dass energieintensive Unternehmen aus Bayern abwandern sollen, dann ist das auch eine Energiewende, aber die total falsche und verkehrte,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

die letztlich den Wohlstand und das Wohl Bayerns zu Ende gehen lassen wird.

Meine Damen und Herren, Herr Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, wir, die FREIEN WÄHLER und die Bayernkoalition, danken dir für diese tatkräftige, weitsichtige und innovative Regierungserklärung.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Flisek (SPD))

Meine Damen und Herren, hier sind zukunftsweisende Wege beschritten worden. Wir müssen schauen: Wo kommt Bayern her? – Wenn wir die Geschichte Bayerns vom Agrarstaat zum Hightech-Standort anschauen, sehen wir: Das ist nur gegangen und geschehen durch eine mutige Wirtschafts- und vor allem noch mutigere Energiepolitik. Man muss sagen: Es war damals die Kernkraft. Heute haben wir Probleme mit ihr und

wollen auf andere Energieträger übergehen, aber wir müssen genauso mutig sein wie damals und neue Wege in der Energiepolitik beschreiten. Aber ich muss auch hier sagen: Es gab leider auch in Bayern einen Sündenfall in der Energiepolitik, nämlich den Sündenfall, dass man die Bayernwerk AG, die Energieträger, die Energieunternehmen privatisiert und verkauft hat. Was würden wir heute dafür geben, das in der Hand zu haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Das ist doch schon verjährt!)

Das Nächste: Es gab dann eine Wirtschaftspolitik, in der die Energiepolitik völlig eingeschlafen ist. Das war, glaube ich, zu Zeiten der FDP, wo eigentlich überhaupt nichts mehr vorwärtsging.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Nicht nur in der Energiepolitik!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine mutige, entschlossene und tatkräftige Energiepolitik, nicht den Dornröschenschlaf, der ihr verpasst worden ist. Wir brauchen eine aufgeweckte und gute Energiepolitik. Hubert Aiwanger kam und hat das Dornröschen aus dem Energieschlummer aufgeweckt und wachgeküsst.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Dafür müssen wir ihm danken, dass Energiepolitik in Bayern wieder eine Rolle spielt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Schöne Bilder! – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) 100 Euro in die Strafmündigkeit! 100 Euro! – Heiterkeit bei der AfD – Zuruf: Herr Müller, das sind Bilder hier!)

– Ich möchte mal sagen: Hier am rechten Rand sollte man sich bei seinen Worten etwas zügeln.

(Zurufe von der AfD: Nein!)

Ihr seid die, die die Menschen im Land verhetzen und die uns wieder in den Abgrund ziehen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wen hat er denn jetzt bei der CSU geküsst?)

Meine Damen und Herren, was ist gefragt? – Eine mutige Energiepolitik, eine dezentrale, erneuerbare, sichere und günstige Energie. Wir brauchen günstigen Strom – das wurde gesagt –, und wir brauchen die Wertschöpfung vor Ort. Hier brauchen wir ein Konzept, das alle mitnimmt; denn, meine Damen und Herren: Ohne Strom geht in Bayern nichts.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wir haben den teuersten Strom!)

Es geht kein Hightech-Unternehmen, es geht kein Smartphone, es geht keine Arztpraxis, es geht auch nicht der Bäckerladen und die Ecke. Wir brauchen Strom, um den Wohlstand, die Sicherheit und die Freiheit in unserem Land zu schützen und auszubauen. Wohlstand für die vielen in unserem Land hängt in erster Linie von der Energiefrage ab, und dass die angegangen und wieder aufgegriffen wird, ist aller Ehren wert. Wir werden auf diesem Weg tatkräftig unterstützen und mitmachen. Wir brauchen eine vernünftige Energiepolitik. Die bekommen wir durch neue, gute Technologien. Wir in Bayern haben die Köpfe, wir haben die Unternehmer, wir haben die Leute, die neue Wege beschreiten können, die neue Ideen haben, wie wir den Strom, wie wir die Energie fürs Land sicherstellen können. Wir müssen hier nur miteinander ins Gespräch kommen. Wir müssen unsere Wirtschaft wieder in den Blick nehmen. Wir müssen diejenigen in den Blick nehmen, die hier die Leistungen für unser Land erbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann können wir Produkte entwickeln und es vormachen und zeigen, wie Energiewende geht, und unseren Beitrag zum Entgegenwirken gegen den Klimawandel leis-

ten. Wir – das hat Hubert Aiwanger deutlich gezeigt – denken Ökonomie und Ökologie gemeinsam. Das müssen keine Gegensätze sein, sondern die Dinge gehören zusammen. Nur dann können die Ökonomie und die Ökologie gewinnen, wenn sie zusammenarbeiten und nicht gegeneinander arbeiten. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir in erneuerbare, dezentrale Energieformen gehen, dann ist das auch ein Konjunkturprogramm für unser Land; denn wer entwirft es, wer baut es, wer hält es in stand? – Das sind unsere Handwerkerinnen und Handwerker, das sind unsere Ingenieure, die das machen. Daher ist das gut für unser Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur dann, wenn wir eine erfolgreiche Energiepolitik haben, haben wir den Wohlstand für alle in unserem Land, so wie es Ludwig Erhard einmal sagte.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Aber wir dürfen bei dem Ganzen nicht die Leistungsträger aus dem Blick verlieren, die das Ganze mit umsetzen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Ich meine die Menschen, die jeden Tag, jeden Morgen aufstehen, zur Arbeit gehen, die am Abend müde nach Hause kommen und dann noch ehrenamtlich den Vorsitz in einem Verein übernehmen. Sie sind es doch, die letztendlich diese Energiewende, diese Politik umsetzen. Für diese Menschen müssen wir wieder Politik machen in diesem Land.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann macht das doch auch! Das müsst ihr umsetzen!)

Meine Damen und Herren, das sehe ich durch unseren Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger als gegeben an, und zwar in Verbindung mit der Bayernkoalition und durch die tatkräftige Unterstützung des Herrn Ministerpräsidenten. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Kollege Streibl, Sie sind bereit, Antworten zu geben. Ich brauche nun unbedingt eine Antwort von Ihnen, ob die FREIEN WÄHLER auch den technischen Fortschritt mitgehen, den die Technik geht. Unser Herr Ministerpräsident Dr. Söder hat gesagt, wir haben jetzt dafür die Agenda ins Leben gerufen: Wissenschaft und Forschung voran. Ist da die Kernenergie für die FREIEN WÄHLER ausgenommen? – Ich habe jetzt nicht Herrn Aiwanger gefragt, denn wenn man den Höchsten in einer Partei fragt, dann hat man eine endgültige Antwort. Wenn ich aber Sie als Fraktionsvorsitzenden frage, dann kann er noch eine andere Antwort geben. Auch Sie haben nichts über die Kernenergie verlauten lassen. Es gibt den Dual Fluid Reaktor. Das ist noch nichts, was funktioniert und schon am Netz ist, aber im Ausland hat er schon große Fortschritte gemacht. Das ist ein Stichwort für Sie. Würden Sie darüber auch ein paar Worte verlieren, um uns Antworten zu geben, wie wir den bezahlbaren, sauberen Strom hinbekommen, den Sie hier beschworen haben?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ihre Redezeit ist um. – Herr Kollege Streibl, bitte.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Danke für diese Zwischenbemerkung. Ich denke, bei uns FREIEN WÄHLERN hat jedes Wort gleich großes Gewicht. Von daher ist es gut, wenn Sie mich fragen. Nein, wir lehnen Kernenergie ab. Das ist eine Technologie, die mit Risiken behaftet ist, die wir Menschen nicht mehr im Griff haben. Wie wollen Sie allein sicherstellen, dass das Wissen um die Gefährlichkeit, wie man mit diesen

Stoffen umgeht, über Jahrhunderte, ja sogar über Jahrtausende hinweg der Menschheit weitergegeben wird? Allein den Wissenstransfer über 100.000 Jahre sicherzustellen, ist eine Unmöglichkeit. Wir überblicken gerade einmal 2.000 bis 3.000 Jahre. Deshalb muss man die Menschheit davor schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Streibl. Das war keine weitere Zwischenfrage; das ist schon der nächste Redner.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ist gut!)

Ich erlaube mir den Hinweis, dass auch Herrn Staatsminister Aiwanger keine Frage bei einer Regierungserklärung gestellt werden kann. – Als nächster Redner in der Aussprache hat nun Herr Kollege Mang von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Ihre Energiepolitik ist der Offenbarungseid einer Regierung ohne Ziele, Mut und Weitblick, einer Regierung, die unter Realitätsverlust leidet. Ihre sogenannte Energiewende ist gescheitert. Sie entwickelt sich zum größten Desaster in der Geschichte der deutschen Energieversorgung. Herr Staatsminister Aiwanger, Sie haben den Blackout angesprochen. Sie haben betont, dass die Gaskraftwerke noch als Ersatzautos in der Garage stehen. Der richtige Vergleich wäre aber, dass unsere Gaskraftwerke die Ersatzreifen sind. Wir werden also in Zukunft mit Ersatzreifen weiterfahren. Wenn dann ein Reifen platzt, dann steht der Blackout sehr wohl im Raum.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Dann gibt es die netztechnischen Sicherheitskraftwerke!)

Sie roden Wälder, um Windmühlen aufzustellen, die dann Zigtausende Vögel schredden, aber exakt gar nichts zur sogenannten Klimarettung beitragen. Dafür werden

mittels Subventionen Milliarden Euro vom geplagten Steuerzahler zu wohlhabenden Grundbesitzern umverteilt. Die sogenannten Erneuerbaren erneuern dabei bestenfalls die Einnahmen derer, die bei diesem Milliardengeschäft mitverdienen. Künftig dürfen wir Atomstrom aus dem Ausland dazukaufen, um den Bedarf unserer Industrie zu decken. Das wird die Strompreise weiter nach oben treiben. Zudem dürfen die Steuerzahler dann auch noch jährlich Hunderte Millionen Euro für Geisterstrom bezahlen, der nie produziert worden ist. Allein im ersten Quartal dieses Jahres waren es 364 Millionen Euro. Eine moderne, zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik sieht anders aus. Sie besteht aus einer Kombination aus modernsten Dual-Fluid-Reaktoren, für eine Übergangszeit aus neuesten und damit weitestgehend emissionsfreien Kohlekraftwerken und, wo sinnvoll, erneuerbaren Energieträgern. Zugleich müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erheblich mehr Mittel zur Entwicklung der Kernfusion einsetzen. Sie könnte langfristig den Energiebedarf der gesamten Menschheit im Überfluss decken. Damit könnte die EU zur Abwechslung einmal tatsächlich ein Friedensprojekt für die gesamte Menschheit gestalten, statt sich als öko-sozialistische Planwirtschaft in Gängelei und Verboten zu üben.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Heute, da wir mit Reaktoren der vierten Generation eine sichere, faktisch nicht GAU-fähige, preiswerte und emissionsfreie Energiequelle zur Verfügung hätten, setzen Sie auf eine umweltzerstörerische Alttechnik – passt ja auch zu dem Begriff Altparteien.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Moderne Dual-Fluid-Reaktoren sind nicht nur sicher und preiswert, sie haben noch einen weiteren Vorteil. Sie können auch Uran 238 spalten. Dieses kommt in der Natur reichlich vor, vor allem aber bestehen auch die abgebrannten Brennelemente aller Reaktortypen zum größten Teil aus Uran 238. Daher, Herr Kollege Streibl: Hören Sie doch einmal zu!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich muss Sie nicht anschauen, um Sie hören zu können!)

Dieses wird in Dual-Fluid-Reaktoren zum Brennstoff. Auch der problematischste Atom-  
müll lässt sich verwerten. Transurane wie Plutonium sind hoch radioaktiv und zugleich  
so langlebig, dass wir sie 300.000 Jahre lang lagern müssten. Die Kosten für die La-  
gerung und die Bewachung dieses Atommülls unseren Nachkommen zu ersparen,  
das allein ist doch schon ein weiteres Argument für Dual-Fluid-Reaktoren. Dieser  
Strahlungsmüll liegt als große Gefahr unter unseren Füßen und stellt zudem die größ-  
te Chance für die deutsche Energieversorgung dar. Nutzt man den Atommüll in Dual  
Fluid Reaktoren als Brennstoff, ist die Radioaktivität der wenigen Reststoffe nach  
300 Jahren nicht mehr bedenklich. Das heißt, der Atommüll, der über die vergangenen  
Jahrzehnte angefallen ist, könnte zur Energiequelle werden. Das Potenzial ist enorm.

Man kann Dual-Fluid-Reaktoren parallel als Recyclinganlage für radioaktive Stoffe nut-  
zen. Wir waren in Garching zu Besuch im Institut für Nukleartechnik. Dort hat uns  
einer der letzten fünf in ganz Deutschland verbliebenen Professoren auf diesem Ge-  
biet seine Forschungsarbeit vorgestellt, wie aus Dual-Fluid-Reaktoren radioaktive Stof-  
fe gewonnen werden können, wie sie zum Beispiel in Krankenhäusern benötigt wer-  
den. Dual-Fluid-Reaktoren könnten auch zur Herstellung von Wasserstoff oder  
synthetischer Kraftstoffe genutzt werden. Der teure und unsichere Aufbau von Solar-  
anlagen im vom Bürgerkrieg gebeutelten Afrika zur Gewinnung von Wasserstoff wäre  
damit überflüssig. Zudem, Corium kann man auch als Brennstoff nutzen. Damit hätten  
wir für Jahrtausende Energie, und zwar emissionsfrei und ohne ein einziges Gramm  
aus einer Uranmine.

Russland ist derzeit mit Abstand führend in dieser Technologie. Auch in Indien wird  
derzeit ein solcher Reaktor gebaut. In China soll dieser Reaktortyp ab Mitte des Jahr-  
hunderts die vorherrschende Reaktortechnik stellen. China scheut keine Kosten zur  
Erforschung dieser neuen Nukleartechnik und investiert in tausend neue Professuren  
auf diesem Gebiet. Die USA haben nach 25 Jahren Stillstand in diesem Jahr die Ent-

wicklung solcher Reaktoren wieder aufgenommen. Die modernste und vielversprechendste Variante dieser Reaktoren wurde am Institut für Festkörperkernphysik in Berlin entwickelt. Der Dual-Fluid-Reaktor verbindet die Vorteile des Flüssigsalzreaktors und der metallgekühlten Reaktoren und ist geeignet, die Nachhaltigkeits-, Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsziele aktueller Generation-IV-Reaktoren noch zu übertreffen. Und: Es ist eine heimische Technologie, die sichere, stabile und günstige Energie erzeugt. Sie zerstört Landschaft und Natur nicht, wie Ihre Windmühlen oder die Photovoltaikanlagen. Zugleich verbrennt sie den hoch gefährlichen Strahlungsmüll zu günstiger Energie, Strahlungsmüll, der ansonsten künftige Generationen noch Hunderttausende von Jahren gefährden und mit Kosten belasten würde. Denken wir um. Setzen wir auf die Zukunft. Dafür steht die AfD. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zurück in die Kernkraft und damit in die Steinzeit!)

– Melden Sie sich doch für eine Zwischenbemerkung, Herr Dr. Mehring, wenn Sie Fragen haben. Da haben Sie die Möglichkeit.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion.

**Annette Karl (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Konfuzius hat bereits vor 2.500 Jahren gesagt: "Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu schmieden." Das, lieber Herr Minister Aiwanger, ist genau das Problem Ihrer Rede. Weder sind sich die FREIEN WÄHLER mit der CSU einig, wie genau die Energiewende ablaufen soll, noch ist sich der Minister Aiwanger mit dem Kommunalwahlkämpfer Aiwanger einig.

Im Jahr 2017 haben die FREIEN WÄHLER noch gesagt: Mit der 10-H-Regel ist das Thema Windenergie in Bayern praktisch erledigt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Da habt ihr recht gehabt, damals!)

Heute versuchen die FREIEN WÄHLER, irgendwie mit der starren Haltung der CSU zu diesem Thema umzugehen. Herr Minister Aiwanger behilft sich damit, dass er ständig etwas anderes sagt. Wir begrüßen, dass er jetzt 300 neue Windkraftanlagen ankündigt. Dann wären wir wenigstens in dem Pfad des alten Planes von 2011. Leider fehlt jeder Hinweis darauf, wie diese Anlagen irgendwo gebaut werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

2017 hat Herr Minister Aiwanger – damals noch nicht Minister – gesagt, er hoffe, dass dieser Wahnsinn mit den Stromtrassen bald beendet ist. 2019 sagte er im Juni – dann Minister: Der umstrittene SüdOstLink nach Landshut soll durch eine neue Technik schmaler werden; er würde ihn zwar am liebsten ganz verhindern, da sei er aber machtlos.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist doch konsequent!)

"Ich sehe die bundespolitische Beschlusslage und kann nichts dagegen machen, außer dass ich zum Beispiel einen SüdOstLink schmaler bekomme [...]." – Was ist die Realität? – Er lobt sich dafür, dass die Trasse P44 wegfällt. Was hat er sich dafür eingekauft? – Eine doppelt so hohe Kapazität beim SüdOstLink. Das bedeutet bei neuer Technik, die noch gar nicht sicher ist, die alte Breite, wenn die neue Technik nicht kommt, was abzusehen ist, sogar einen doppelt so breiten SüdOstLink. Das zu den großen Erfolgen.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Die FREIEN WÄHLER sind vor Ort in vorderster Front gegen die Stromtrassen. Das weiß ich so genau, weil ich selbst in nächster Umgebung davon betroffen bin. Trotzdem bleibe ich dabei, dass die Stromtrassen nötig und wichtig sind.

(Alexander König (CSU): Da haben Sie recht!)

Die CSU ist theoretisch dafür, vor Ort aber immer auf einer anderen Linie als die, die gerade vorgeschlagen wird.

(Alexander König (CSU): Das ist nicht richtig!)

Kein Wunder, dass deshalb bei Ihrer Rede, Herr Minister, genau das herausgekommen ist: geschlagene fünfzig Minuten mit Einzelmaßnahmen in verschiedensten Gebieten ohne verbindendes Konzept, teilweise sich widersprechend, aber garniert mit viel Selbstlob,

(Beifall bei der SPD)

ein sogenanntes Programm als Spiegelbild ungelöster Konflikte in der Regierungskoalition. Ich kann es auch mit Montesquieu formulieren: Was den Rednern an Tiefe fehlt, ersetzen sie durch Länge.

Worum geht es denn nun? – Um ein Jahrhundertprojekt zum Klimaschutz und zum Erhalt der natürlichen Ressourcen der Erde sowie um den ständig wachsenden Energiehunger auf der ganzen Welt. Das alles wollen wir möglichst schnell, möglichst CO<sub>2</sub>-frei befriedigen, um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten und damit die Erderwärmung in Schranken zu halten. All diese großen Ziele sollen unter Erhalt der Stärke unserer Wirtschaft erreicht werden, ohne die Menschen mit dem kleineren Geldbeutel zu überfordern.

Diese Jahrhundertaufgabe braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag, den wir dann gerne per Volksabstimmung bekräftigen können. Aber es braucht mehr als ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern schöpft seinen Wohlstand aus der Wertschöpfung in Industrie und Mittelstand. Die Energiepreise müssen deshalb die Unternehmen wettbewerbsfähig halten. Ohne die HGÜ-Leitungen wird es zu zwei verschiedenen Stromkreiszonen in Deutschland

kommen mit der Folge, dass die Energiepreise für unsere Industrie unbezahlbar werden. Herr Aiwanger, Ihr Programm ist ein Deindustrialisierungsprogramm für Bayern und sonst nichts.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein attraktiver Produktionsstandort. Dies soll er unserer Meinung nach auch bleiben. Deshalb sagen wir: Energie in Bayern – sicher, sauber und sozial.

Man kann natürlich wie die AfD das Problem einfach leugnen und hoffen, dass man selbst nicht mehr in der Verantwortung ist, wenn die Folgen des Klimawandels auch in Deutschland richtig stark aufschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Oder man kann sich dem Klimawandel stellen, die nötigen Schritte ermitteln, sachlich und ohne zu beschwichtigen oder den Weltuntergang heraufzubeschwören, und dann die Bürger auf den Weg mitnehmen. Grundvoraussetzung dafür ist: Ehrlichkeit first!

Zur Wahrheit gehört, dass der Energieverbrauch in den nächsten Jahren nicht weniger werden wird, trotz aller Einsparmaßnahmen. Die Elektromobilität – auch für das Wasserstoffauto muss erst mal der Wasserstoff mit Strom gewonnen werden – sowie neue Technologien wie Industrie 4.0, künstliche Intelligenz und Blockchain oder smarte Technologien in Gebäuden verbrauchen jede Menge Energie, und wenn Mobilität, Heizen und vieles andere CO<sub>2</sub>-arm werden soll, braucht es auch jede Menge Strom. Laut Prof. Quaschnig, einem renommierten Klimaforscher, werden wir in den nächsten Jahrzehnten doppelt so viel Strom brauchen wie heute. Das Problem ist: Der Strom muss irgendwo herkommen, und gleichzeitig muss Deutschland bis 2035 oder aller spätestens bis 2040 klimaneutral sein, um die weltweiten Klimaziele zu erreichen.

Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Wir brauchen alles, wir brauchen die HGÜ-Trassen, um Strom aus Wasserkraft aus Norwegen zu importieren und um Strom aus Off-

shore-Anlagen nach Bayern zu transportieren, und wir brauchen einen Ausbau der erneuerbaren Energien, so viel wie irgend möglich ist in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Denn was wir nicht brauchen, ist der Import von Atomstrom aus Frankreich oder von Kohlestrom aus Polen und Ungarn; das hat für mich nichts mit Energiewende zu tun.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber darauf läuft Ihre Politik hinaus! – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben über das Thema der 10-H-Regel schon geredet, und wir sind der festen Auffassung: Die 10-H-Regel muss weg, damit Planung und Bau von Windrädern einfacher vonstattengehen können, aber nicht – das sage ich ganz ausdrücklich – um gegen den Willen der Anwohner Anlagen in großem Stil zu bauen. In der letzten Zeit hat sich gezeigt, auch die 10-H-Regel hat in Bayern die Akzeptanz nicht im Geringsten gesteigert, ganz im Gegenteil. Herr Aiwanger, ich bitte Sie, auf Ihr Vokabular zu achten. Wenn Sie im Zusammenhang mit Windkraft von "aushalten", von "vorgeschädigt" reden, dann passiert genau das: Sie treiben die Leute auf die Bäume und bekommen sie von dort nicht mehr herunter.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir müssen anerkennen, dass der Ausbau der Windenergie immer Konflikte mit sich bringt, da die Anwohner negative Begleiterscheinungen befürchten oder real verspüren und das Land den Nutzen hat. Dabei ist 10 H eine Konfliktvermeidung um den Preis, dass wir bei der Energiewende nicht weiterkommen. Wir wollen Konflikte lösen, nicht vermeiden. Man könnte zum Beispiel allen Haushalten in der Nähe eines Windrades einen Rabatt auf die Stromrechnung gewähren; man könnte einen Teil der Rendite von Windkraftanlagen verpflichtend in soziale Projekte stecken, die in einer Bürgerversammlung beschlossen werden, oder, oder. Man muss aber damit anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Das Arbeitsplatzargument, das beim Ausstieg aus der Kohlekraft immer angeführt wird, gilt in verschärftem Maße auch für die Windenergieindustrie, ohne dass dies groß thematisiert wird; seit 2016 sind in diesem Bereich über 40.000 Stellen in Deutschland verloren gegangen, und das sind doppelt so viele Jobs, wie wir in der Braunkohleindustrie überhaupt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Photovoltaik. Wir sind mit dem Wegfall des 52-Gigawatt-Deckels ein Stück weitergekommen, aber es ist noch viel Luft nach oben. Herr Stümpfig hat meine Anfrage schon zitiert. Ein Drittel aller staatlichen Liegenschaften sind PV-geeignet, das wäre ein Drittel von 8.000. Jeder kann sich das ausrechnen. Es gibt 340, 25 sind geplant. Das muss schneller und besser gehen.

Bei der Geothermie wird ununterbrochen angekündigt: das erste Mal im Mai 2019 ein Masterplan. Im Oktober 2019 hieß es: Die Geothermie muss raus aus dem Dornröschenschlaf, und wieder wurde der Masterplan angekündigt. Es hat mich sehr gefreut, dass er heute zum dritten Mal angekündigt wurde. Herr Aiwanger, wissen Sie was, schreiben Sie ihn endlich, legen Sie ihn vor, und dann können wir über konkrete Dinge reden.

(Beifall bei der SPD)

Wasserstoff ist als neue Energiequelle wieder in aller Munde. Wirklich neu ist das nicht. Schon Stoiber ist als Ministerpräsident 2009 mit einer Wasserstoff-Limousine auf die Zugspitze gefahren und hat dringend neue Antriebstechnologien angemahnt. Vielleicht kann sich ja noch jemand von Ihnen daran erinnern.

Jetzt gibt es das Zentrum Wasserstoff.Bayern, H2.B, und es ist mal wieder ein neuer Plan angekündigt. Was aber in Ihrer Rede überhaupt nicht erwähnt wurde, ist das Thema der Herstellungs- und Lieferinfrastruktur. Wo wollen Sie denn den Strom hernehmen, um grünen Wasserstoff zu erzeugen?

(Zuruf von der AfD: Aus der Pampa!)

Wollen Sie etwa in Marokko und Libyen, in den dortigen politischen Umgebungen, Wasserstoff herstellen und dann mit einem Schwerlasttanker nach Deutschland transportieren? Oder hätten Sie es doch gerne aus den USA hierher transportiert? – Wir erwarten Antworten, um dieses wichtige Mittel der Transformation auch vernünftig einsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann wachsen die Batterien auf bayerischen Bäumen!)

– Es geht um den Wasserstoff und nicht um die Batterien. Zuhören bildet.

Wir haben große Aufgaben, große Herausforderungen zu bewältigen. Was wir nicht haben, ist Zeit, alle wichtigen Entscheidungen hinter die Kommunalwahl zu verschieben.

Die Energiewende darf nicht zu einer sozialen Frage werden. Wir müssen endlich das Problem der Energiearmut als Problem anerkennen. Die Kosten der Energie haben sich für private Haushalte von 2008 bis 2018 um 13,96 % nach oben entwickelt. Das Ergebnis: drohende und vollzogene Stromsperrern nicht nur bei Sozialhilfeempfängern. 2011 wurden in Deutschland 312.059 Stromsperrern vollzogen, 2017 waren es 342.865 – eine Steigerung um 10,2 % in sechs Jahren.

Wir haben deshalb ein soziales Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Auch das Klimapaket der Bundesregierung versucht, soziale Ausgleich zu schaffen. Mein Kollege Fraktionsvorsitzender wird hier noch weitere Ausführungen machen.

Ich sage noch einmal: Energie: sauber, sicher, sozial. So muss eine erfolgreiche Energieversorgung sein. Arbeiten wir daran, verlässlich, konkret und zukunftsgerichtet.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Frau Karl, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Der Herr Abgeordnete Müller von der AfD hat sich zu einer Zwischen-

bemerkung gemeldet. Ich darf noch einmal bekannt geben, dass eine Fraktion pro Tagesordnungspunkt drei Zwischenbemerkungen anmelden kann. Daher ist das die letzte zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Zwischenbemerkung dauert eine Minute. – Herr Müller, bitte.

(Zuruf von der AfD: Herr Dr. Müller, bitte!)

Herr Dr. Müller, bitte.

**Dr. Ralph Müller (AfD):** (Beitrag nicht autorisiert) Frau Kollegin, ich glaubte soeben, ich hätte mich verhört. Sie haben allen Ernstes den Vorschlag gemacht – ich wiederhole das jetzt –,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben nur eine Minute!)

dass man denjenigen Bürgern, die in der Nähe von Windkraftanlagen ihr Zuhause suchen oder dort ihr Eigenheim haben, einen Rabatt beim Strom geben sollte. Ist das richtig? – Sie sagen Ja.

(Unruhe)

– Hören Sie zu! Das klingt für mich fast so zynisch, wie wenn Sie einem Kettenraucher sagen, er bekäme einen Rabatt in der Rentenversicherung, weil es nicht zur Auszahlung seiner Rente kommt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das war zynisch!)

Wir wissen doch, dass die Windkraftanlagen enorme medizinische Stressfaktoren – –

(Zuruf)

– Hören Sie auf das, was Ihnen Kardiologen und Internisten dazu sagen: Infraschall, Schlagschatten, Unfallgefährdung durch Eiswurf – all das wollen Sie dadurch aufwiegen, dass Sie dem Bürger einen Rabatt beim Strom geben.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Müller, Ihre Redezeit ist beendet.

**Dr. Ralph Müller (AfD):** (Beitrag nicht autorisiert) Frau Kollegin, das ist zynisch und völlig an der Sache vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

**Annette Karl (SPD):** Herr Dr. Müller, Unverschämtheit im Ton ersetzt keine Inhalte!

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen vielleicht – jetzt lassen Sie mich ausreden –, dass in der Umgebung von Kernkraftwerken auch die Kommunen profitiert haben. Sie haben mit der Gewerbesteuer zum Beispiel Kindergärten gebaut. Wenn ich die Gesundheitsprobleme durch Kernkraftwerke mit denen durch Windräder vergleiche, die erwiesenermaßen – wenn man sich an das Immissionsschutzgesetz hält – gegen null gehen, dann würde ich sagen: Hören Sie auf mit Ihren zynischen Bemerkungen, und lassen Sie uns versuchen, die Menschen zusammenzuführen, zu versöhnen mit erneuerbaren Energien. Wie gesagt: Der Klimawandel lässt sich nicht dadurch aufhalten, dass Sie den Leuten – –

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Wir haben in Deutschland einen Schaden dadurch!)

– Ruhe! Sie haben nicht das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Martin Hagen. Bitte schön, Herr Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Herzlichen Dank. – Hubert, jetzt kommt der Quälgeist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Zunächst einmal Glückwunsch zu Ihrer ersten Regierungserklärung. Ihr Fraktionschef hat

das ja schon als Weltpremiere gewürdigt. Wir haben tatsächlich relativ viel über den Status quo gehört, auch sehr viele Zahlen; soweit ich prüfen konnte, haben sie alle gestimmt.

Was wir nicht gehört haben, waren die wirklich bahnbrechenden Neuerungen und vor allem eine Aussage zu dem Weg, den Sie aufzeigen, wie Bayern die Energie der Zukunft sicherstellt.

(Beifall bei der FDP)

Aber natürlich war nicht alles falsch, was Sie uns heute erzählt haben. Kraft-Wärme-Kopplung ist wunderbar, prima, Haken dran. Beim Thema Gaskraft sind wir wahrscheinlich auch näher bei Ihnen als die GRÜNEN, die uns letzte Woche erklärt haben, dass man das alles überhaupt nicht braucht. Das Wort Grundlast ist für die GRÜNEN, glaube ich, ein Fremdwort. Das muss man Ihnen mal erklären.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das kann auch beides sein!)

Aber, Herr Aiwanger, Hand aufs Herz, eine Terawattstunde zusätzlicher Strom aus Biomasse, das ist doch Unfug, zu teuer; und vor allem ist die Vermaisung ja wirklich unvereinbar mit all unseren gemeinsamen Zielen hinsichtlich Flächenverbrauch und Artenvielfalt.

(Beifall bei der FDP)

300 neue Windkraftanlagen: Ich bin gespannt, wo Sie die hinstellen wollen, Herr Aiwanger. Vielleicht machen Sie dazu noch vor der Kommunalwahl Ankündigungen. In der Regel sind es Ihre FREIEN WÄHLER vor Ort, die als Erste dort die Bürgerproteste anführen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ja auch Ihre Regierung, die nach wie vor an 10 H festhält. Also, ich bin sehr gespannt, wie Sie die Standorte für 300 Windkraftanlagen finden wollen.

Geothermie ist auch grundsätzlich sinnvoll. Ein einfaches "Mehr davon" reicht aber nicht. Das Problem sind ja diese extrem hohen Kosten für Probebohrungen, ein Risiko, das die einzelne Gemeinde in der Regel überhaupt nicht eingehen kann, auch wenn es sich im Durchschnitt aller Gemeinden rechnen würde. Hier bräuchten wir also kein bloßes Bekenntnis, dass wir mehr wollen, sondern hier bräuchten wir eine staatliche Abfederung der Risiken, damit am Ende alle davon profitieren können.

(Beifall bei der FDP)

Ein Punkt zu der Studie, die Sie zitiert haben, die DIW-Studie. Ich habe mir in der Kürze der Zeit noch mal angesehen, was da so drinstand. Sie haben ja mehr oder weniger gesagt, dass Bayern toll ist und sich darauf ausruhen kann. In dieser Studie steht wörtlich: Insgesamt belegt Bayern bei der Bewertung seiner Landespolitik zur Nutzung von erneuerbaren Energien den 14. Rang, bei der Hemmnis-Vermeidung den 15. Rang.

Herr Aiwanger, wenn das etwas ist, worauf sich die Politik ausruhen kann, dann wirklich gute Nacht!

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Es gibt einen Rang 7 und einen Rang 8. Das ist eine andere Studie!)

Herr Minister, jetzt zum eigentlichen Knackpunkt Ihrer Energiepolitik und Ihrer Regierungserklärung. Sie haben heute erklärt, die Regierung würde den Bau neuer Stromtrassen weiterhin kritisch hinterfragen. Markus Söder hat vor einem halben Jahr auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ihnen erklärt, die Regierung bekenne sich – Zitat – "ohne Wenn und Aber" zum SüdLink und zum SüdOstLink.

Jetzt frage ich mich: Wer spricht denn eigentlich für diese Staatsregierung? Söder oder Aiwanger? Der Ministerpräsident oder sein Vize? Oder erzählt einfach jeder immer genau das, was seine Wähler gerade hören wollen? – Meine Damen und Herren, so kann man ein Land nicht regieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten haben eine grundsätzlich andere Auffassung davon, wie die Energieversorgung Bayerns in Zukunft aussehen soll. Sie wollen eine möglichst dezentrale – man könnte sagen: autarke – Versorgung, das heißt, so viel Strom wie irgend möglich soll in Bayern produziert werden. Sie wollen unser Land zu einer Art Strominsel machen. Das ist theoretisch möglich; diverse Studien haben es gezeigt. Sie haben aber auch gezeigt: Es ist ineffizient. Es ist unglaublich teuer. Es bedingt einen massiven Zubau von Anlagen, für die Sie überhaupt keine gesellschaftliche Akzeptanz finden können, wie Sie ja auch zugeben.

Wir hingegen wollen einen europäischen Energiebinnenmarkt. Wir wollen, dass der Strom dort produziert wird, wo es am effizientesten möglich ist.

"Bayern, kauft bayerischen Strom!" ist eine ähnlich sinnvolle Parole wie "Deutsche, kauft deutsche Bananen!" Die Voraussetzungen für Wind, Solar und Wasserkraft sind nun einmal nicht überall gleich günstig. Deshalb lehnen wir solchen energiepolitischen Provinzialismus ab.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Das sagen Sie einmal den GRÜNEN!)

Wir brauchen eine sichere, bezahlbare und ökologische Energieversorgung. Was wir nicht zwingend brauchen, ist eine regionale Stromversorgung.

Im übernächsten Jahr wird das letzte bayerische Kernkraftwerk vom Netz gehen. Die Kernkraft macht derzeit in Bayern rund ein Drittel der Bruttostromerzeugung und etwa die Hälfte der Nettostromerzeugung aus. Wir steuern sehenden Auges auf eine Kapazitätslücke von 4,5 Gigawatt zu. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass der Strombedarf durch das Bevölkerungswachstum, aber auch durch die zunehmende Elektrifizierung des Verkehrs und des Wärmesektors weiter steigen wird.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund brauchen wir dringend die von Hubert Aiwanger bekämpften HGÜ-Leitungen. Diese sind notwendig, um den Windstrom von der Küste zu uns zu bringen, aber auch, um den Solarstrom, den wir im "Sonnenland Bayern", wie Sie es genannt haben, produzieren, in den Norden zu transportieren. Ohne diese Leitungen werden die Kosten für Redispatch-Maßnahmen und andere netzstabilisierende Maßnahmen weiter explodieren; sie liegen schon heute bei 1,4 Milliarden Euro pro Jahr. Ohne diese Leitungen müssen wir gesicherte Leistung in Bayern massiv zubauen. Ohne diese Leitungen droht uns die Trennung unseres Landes in zwei Strompreiszonen: eine günstige Strompreiszone im Norden, eine teure im Süden. Herr Wirtschaftsminister, ich bin gespannt, wie Sie das der Industrie in Bayern erklären.

(Beifall bei der FDP)

Deutschland hat schon die höchsten Strompreise auf der Welt. Für Haushalte haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren durch das EEG und die steigenden Netzentgelte die Strompreise sage und schreibe verdoppelt. Das ist auch Ausdruck einer gescheiterten Energiepolitik; denn für die höchsten Strompreise der Welt haben wir nicht etwa den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bekommen. Nein, wir haben es geschafft, die Strompreise immer weiter hochzuschrauben und gleichzeitig in der CO<sub>2</sub>-Bilanz keinen Schritt voranzukommen. Auch das ist ein Kunststück, das man erst einmal schaffen muss. Während man im benachbarten Tirol 18 Cent für die Kilowattstunde zahlt, sind es bei uns in Bayern über 30 Cent. Diese Preistreiberei muss endlich aufhören.

Ihre Rezepte, Herr Aiwanger, sind die falschen. Sie sind genau kontraproduktiv und werden in Bayern zu höheren Strompreisen führen. Wir brauchen endlich eine Politik mit Vernunft, eine Energiepolitik, die auch global, über den eigenen Tellerrand hinausdenkt. Wir, die FDP-Fraktion, werden dazu im Januar auf der Grundlage eines ausgefeilten Konzepts Vorschläge machen. Dann können wir uns gern darüber unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Blume von der CSU-Fraktion.

**Markus Blume (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist notwendig, zu Beginn noch einmal zu sagen, dass es wichtig ist, in der Debatte über die Energiewende den Blick mehr auf die Fakten und weniger, wie es von den GRÜNEN heute leider wieder probiert worden ist, auf das Schlechtreden des Erreichten zu richten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Meine Damen und Herren, wenn wir den Blick nicht nur auf Bayern, sondern auf ganz Deutschland richten, sehen wir, dass das zweite Quartal dieses Jahres ein echtes Rekordquartal war, was den Zubau erneuerbarer Energien angeht. Der Anteil erneuerbarer Energien an der insgesamt eingespeisten Strommenge stieg von 41 auf 46 %. Deshalb dürfen wir auch in einer solchen Debatte einmal feststellen: Die Energiewende in Deutschland insgesamt ist auf gutem Weg.

Übrigens lag im Jahr 2005, als die GRÜNEN zum letzten Mal in einer Bundesregierung waren, der Anteil der Erneuerbaren noch bei 10 %. Behaupten Sie also nicht, das, was insoweit erreicht wurde, sei Ihr Zubau. Nein, es ist unser Zubau! Es ist unser gemeinsamer Erfolg, dass die Energiewende so gut vorangekommen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Die haben wir damals eingeleitet!)

Zweitens. Bayern ist, gemessen an der installierten Leistung, Spitzenreiter, was den Zubau erneuerbarer Energien angeht. Wir stehen auf Platz eins bei der Geothermie. Mehr als drei Viertel der installierten Leistung finden sich nicht irgendwo im Land; nein, sie finden sich in Bayern. Wir stehen auf Platz eins bei der Biomasse; Hubert Aiwanger hat dazu schon Ausführungen gemacht. Wir stehen auf Platz eins bei der Wasserkraft. Letzteres ist zugegebenermaßen historisch und geologisch begründet; trotzdem

kann man auch dies nicht kleinreden. Sie von den GRÜNEN haben ja selbst mit der Wasserkraft Probleme. Und: Wir stehen auf Platz eins bei der Solarenergie. Ich sage deutlich: Bayern ist das Sonnenland in Deutschland. Wir hätten es heute auch gern von grüner Seite gehört. Immerhin hat Ihre Bundesvorsitzende, Annalena Baerbock, zu Markus Söder bei "Anne Will" gesagt: Was Sie mit Solarstrom machen, ist super. Daran sollten sich andere Bundesländer ein Beispiel nehmen. – Jawohl, liebe Kolleginnen und Kollegen, so schaut es aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe GRÜNE, Sie sind aufgefordert worden, darzulegen, wie es in den Ländern aussieht, in denen Sie regieren. Dazu habe ich vorhin leider nichts gehört, lieber Kollege Stümpfig.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Doch!)

Ich weiß, der Vergleich mit Baden-Württemberg tut Ihnen ein bisschen weh. Mit dem Strommix sieht es dort nicht gut aus. Der Kohleanteil an der Stromversorgung liegt nach wie vor bei 30 %. Das ist doch kein Zukunftsentwurf! In Baden-Württemberg sind Sie mittlerweile seit vielen Jahren an der Regierung. Der Kohleanteil an der Stromversorgung ist dort sechsmal so hoch wie in Bayern. Meine Damen und Herren, wer sehen will, wie die Energiewende funktioniert, sollte nicht nach Baden-Württemberg schauen, sondern sich besser an Bayern orientieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Windkraft: Dazu gibt es verschieden Mythen. Nach einem Mythos funktionieren die Windkraft in Bayern nicht. Fakt ist: Wir haben in Bayern 1.164 Anlagen mit einer Leistung von über 2,5 Gigawatt.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wenn ich nach Baden-Württemberg schaue, stelle ich fest, dass sich im Jahr 2012 die GRÜNEN und die SPD vorgenommen hatten, bis 2020 1.200 Windkraftanlagen zu bauen. Bislang stehen in Baden-

Württemberg 725 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1,5 Gigawatt. Angesichts dessen können Sie sich doch nicht hinstellen und fordern, wir sollten uns an den GRÜNEN orientieren. Nein, meine Damen und Herren, das wäre der falsche Weg. So geht es offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der zweite Mythos ist, dass wir in Bayern etwas abgewürgt hätten. Fakt ist: Der Ausbau stagniert bundesweit. Wenn Sie sich die Zahlen für das erste Halbjahr 2019 anschauen, dann stellen Sie fest, dass 82 % weniger Windenergieanlagen als im Vorjahr gebaut worden sind. In Bayern waren es drei, in Baden-Württemberg drei, in Hessen drei, in Sachsen zwei; in den Stadtstaaten und im Saarland gab es gar keinen Zubau. Offensichtlich liegt es nicht an Bayern, nicht an unseren Regelungen, sondern es gibt andere Gründe. So hat der baden-württembergische Ministerpräsident darauf hingewiesen, dass die Vergütung an den nicht windhöffigen Standorten offensichtlich nicht geeignet ist, den Zubau zu befördern.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Der dritte Mythos lautet, die Windkraft werde politisch ausgebremst. Auch das ist nicht richtig. Wir haben hier einfach gesellschaftliche Vorbehalte, die auch Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Über 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windräder sind aktiv. 300 Klagen beschäftigen Gerichte. Wissen Sie, was der Witz ist: 60 % der Klagen kommen von Umwelt- und Naturschutzverbänden. Angesichts dessen können Sie sich doch nicht immer hinstellen, auf die Politik zeigen und behaupten, wir würden etwas verhindern. Nein, die Wahrheit ist eine andere. Die 10-H-Regel befriedet vor Ort. Sie sorgt dafür, dass die Kommunen selbst entscheiden können. Sie bleibt erhalten, weil sie richtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Es geht nicht nur um die richtigen Fakten, sondern auch um den richtigen Kurs. Dazu hat Staatsminister Hubert Aiwanger heute viel gesagt. Keinesfalls kann es ein Wunsch-dir-was geben, wie es in vielen Wortbeiträgen danach zum Ausdruck gekommen ist.

Das Bayerische Aktionsprogramm Energie ist eine Fortführung dessen, was in den letzten Jahren angelegt wurde und was Bayern dorthin gebracht hat, wo wir heute stehen. Es orientiert sich an dem, was in der Energiepolitik immer gültig ist – gültig sein sollte –, nämlich daran, das Dreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit in der Balance zu halten.

Ich möchte etwas zur Versorgungssicherheit sagen, weil das einer der Knackpunkte ist. Beim Zubau der Erneuerbaren sind wir in Bayern gut unterwegs. Auf das Thema Versorgungssicherheit haben gerade wir als hochindustrialisierter Standort in besonderer Weise unser Augenmerk zu richten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Versorgungssicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Zudem erfordert sie besonderen Einsatz für Ersatzkapazitäten und – logischerweise – entsprechende Stromtrassen. Dass die Notwendigkeit besteht, bei dem Thema Versorgungssicherheit nicht nachzulassen, ist sicherlich unbestritten. Wir haben heute gehört, dass der Anteil des Stromimports nach Bayern deutlich gewachsen ist. Die Prognosen deuten darauf hin, dass bis zum Jahr 2025 bis zu 30 % des benötigten Stroms aus anderen Teilen Deutschlands, aus dem Norden, importiert werden müssen.

Spätestens jetzt sollte man den Leitungsausbau nicht mehr hinterfragen. Ich würde umgekehrt sagen: Die Leitentscheidungen sind auf Bundesebene längst getroffen worden. Deshalb brauchen wir in Bayern nicht mehr darüber zu reden, lieber Herr Hagen. Die Leitentscheidungen sind übrigens richtig getroffen worden. Wir haben ein Bundesbedarfsplangesetz, in dem die großen Stromtrassen festgelegt sind. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, dass in der nächsten Zeit die notwendigen Leitungen realisiert werden können.

Wir haben viel erreicht. Das gilt auch in Bezug darauf, dass wir die in der Bevölkerung vorhandenen Besorgnisse aufnehmen. Dass es Besorgnisse gibt, ist schon angesprochen worden. Wir haben durchgesetzt, dass – anders als in den Ursrungsplanungen vorgesehen – an vielen Stellen die Erdverkabelung realisiert wurde. Selbst bei den Wechselstromtrassen wird über Teilerdverkabelungen diskutiert. Meine Damen und Herren, deswegen sage ich heute umgekehrt: An dieser Stelle hinterfrage ich kritisch, dass der Bau von Stromtrassen kritisiert wird. Wer den notwendigen Leitungsbau infrage stellt, der riskiert, dass Bayern tatsächlich in gewisser Weise der Stecker gezogen wird. Wir wollen Bayern nicht abhängen. Wir wollen, dass die Energiewende insgesamt in Bayern und damit auch in Deutschland funktioniert. Wir wollen Bayern nicht deindustrialisieren. Wir wollen außerdem nicht mehrere Strompreiszonen in Deutschland. Damit würden wir wirklich unseren wirtschaftlichen Erfolg riskieren.

Hubert Aiwanger hätte heute noch etwas deutlicher sagen können, dass er von der Notwendigkeit der HGÜ-Trassen auch überzeugt ist.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ich habe keine Zeit mehr gehabt! – Allgemeine Heiterkeit)

Lieber Herr Kollege Stümpfig, was Sie jedoch machen, ist unehrlich. Sie stellen sich hier hin und halten eine flammende Rede für Stromtrassen. Vor Ort stehen Sie jedoch an der Spitze der Bewegung, die dagegen ist.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Durch Ihr Dazwischenschreien wird es nicht richtig.

Ich zitiere den Fraktionssprecher der GRÜNEN aus Weiden im Kreistag Neustadt/Waldnaab: "HGÜ-Trassen sind zentralistische Energiestrukturen für Großkonzerne, nicht für Bürgerenergiegenossenschaften."

– Das ist die Begründung dafür, warum sie abgelehnt werden. Die GRÜNEN im Fichtelgebirge argumentieren mit dem Völkerrecht. Die Planungen zu den HGÜ-Trassen seien rechtswidrig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hubert Aiwanger spricht mit einer gewissen Grundüberzeugung. Manches Fragezeichen werden wir in einem pädagogisch wertvollen Prozess in der nächsten Zeit vielleicht noch beseitigen. Lieber Herr Kollege Stümpfig, eines geht definitiv nicht. Sie sprechen sich hier dafür aus und klagen vor Ort dagegen. Das ist typisch für GRÜNE. Ihre Doppelmoral lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie versuchen, Gas- gegen Stromleitungen auszuspielen. Das macht die Sache nicht richtiger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht darum, ob wir Gas- oder Stromleitungen brauchen. Wir brauchen beides. Wir brauchen Gas- und Stromleitungen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit möchte ich mit Blick auf die Uhr nur sagen, dass dies ein wichtiger Punkt ist, den wir im Auge behalten müssen. Herr Kollege Sandro Kirchner hat dazu vorhin schon das Notwendige gesagt.

Abschließend möchte ich noch etwas zur Ehrlichkeit sagen. Im Rahmen der Energiepolitik und der Energiewende sollten wir über mehr Ehrlichkeit in der Debatte reden. Diese Ehrlichkeit fordere ich gerade von Ihnen, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein. Es sind grüne Widersprüchlichkeiten, die eine solche Debatte kaputtmachen und am Ende vor Ort zu Verdrossenheit führen. Ich führe den Leitungsbau an. Gerade habe ich ausgeführt, dass Sie im Landtag dafür und vor Ort dagegen sind. Sie vermitteln sogar Anwälte, die gegen die HGÜ-Trassen klagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne die Abstandsregelungen. Sie stellen sich hier hin und halten flammende Plädoyers für die Windkraft und gegen 10 H. In anderen Ländern, in denen Sie regieren, fordern Sie einen Abstand, um die Bürger zu schützen. Das wurde in Branden-

burg vereinbart und von Robert Habeck in Schleswig-Holstein auch umgesetzt. Ich frage Sie: Warum gönnen Sie in anderen Ländern den Bürgern einen gewissen Abstand zu Windkraftanlagen, aber nicht in Bayern? – Meine Damen und Herren, das ist nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage mich, wie Sie die Widersprüchlichkeit beim Thema Fläche auflösen wollen. In Ihren bundespolitischen Programmen fordern Sie, 3 % der Ackerflächen für Photovoltaikanlagen und 2 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen. In Bayern reden Sie jeden Tag über die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch in den Griff zu bekommen. Aber diese Art von Flächenverbrauch beschäftigt Sie nicht weiter.

Hubert Aiwanger hat auch zum Thema Mobilität gesprochen. Ihre örtlichen GRÜNEN-Abgeordneten besitzen tatsächlich die Dreistigkeit, sich vor Ort zum Anwalt der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie zu machen. Gleichzeitig beschließen Sie beim Parteitag Verkaufsverbote für Neuwagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll das zusammenpassen? – Es passt nicht zusammen. An der Stelle sind nicht die Worte, sondern die Taten entscheidend.

Die Ländervergleichsstudie des DIW, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, wurde zitiert: Gemessen am Potenzial belegt ein Land bei der Stromerzeugung aus Windenergie den letzten Platz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede nicht von irgendeinem Land, sondern von Baden-Württemberg. Offensichtlich gilt: Im Schlau-Daherreden sind Sie auf Platz eins. Wenn es ums Machen geht, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schlusslicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine Energiewende mit Plan und nicht mit Ideologie. Wir brauchen eine Energiewende mit Anreizen und nicht mit Verboten. Wir brauchen eine Energiewende mit Augenmaß und Vernunft, bei der alle mitwirken. Ich sage es noch einmal in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie können mitwirken. Sie haben die Gelegenheit, demnächst im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss das große Klimapaket mit vielen Maßnahmen für eine gelingende Energiewende voranzutreiben. Dazu zählen energetische Gebäudesanierung, vergünstigtes Bahnfahren und eine höhere Bepreisung des Flugverkehrs. Dort ist alles drin. Ich höre schon wieder, dass Sie mit diesem Paket hadern. Sie wollen es nicht. Sie wollen es blockieren. Ich halte das für den falschen Weg. Wer will, dass die Energiewende gelingt, muss auch einmal Ja sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können nicht immer nur Nein sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst hat sich Herr Kollege Hagen von der FDP zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

**Martin Hagen (FDP):** Verehrter Herr Kollege Blume, ich habe immer noch nicht verstanden, was die Haltung der Staatsregierung zu den HGÜ-Trassen ist. Vielleicht können Sie es mir noch einmal erklären. Steht die Staatsregierung – so hat es der Ministerpräsident vor einem halben Jahr gesagt – ohne Wenn und Aber zu diesen Trassen? Oder stellt die Staatsregierung die Trassen infrage? – Vielleicht können Sie auch für die Bürgerinnen und Bürger draußen für Klarheit sorgen, damit sie wissen, wofür die schwarz-orangene Koalition steht.

(Beifall bei der FDP)

**Markus Blume (CSU):** Selbstverständlich steht diese Regierungskoalition für den notwendigen Leitungsbau. Ich kenne kein Dokument, dass das, was zu den HGÜ-Trassen in Berlin vereinbart und beschlossen wurde, infrage stellt. Was in Berlin vereinbart wurde, gilt deshalb erstaunlicherweise auch für Bayern.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Bitte schön.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Kollege Blume, ich finde es schön, dass Sie sich in 80 % Ihrer Rede an uns abarbeiten. Zum Thema Leitungen hat es bei der CSU in der letzten Legislaturperiode ein ständiges Auf und Ab gegeben. Wir haben darüber im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Damals waren Sie dabei. Das war ein ständiges Wollen und Widerrufen. Wir stehen seit sechs Jahren draußen und sagen: Jawohl, das ist notwendig. Vor Kurzem war ich beispielsweise in Schwabach anlässlich des Neubaus der Juraleitung. Der lokale Abgeordnete von der CSU sagte: Wir brauchen die nicht. Ich sitze mit hundert Leuten in einer Wirtschaft und sage: Jawohl, das ist notwendig. Wir müssen diese siebzig Jahre alte 220-Volt-Leitung auf 380 Volt ausbauen. Etwas anderes gibt es überhaupt nicht mehr. Herr Aiwanger, ich war im Wirtshaus und habe mich dort hingestellt. Ich denke mir auch: Warum ziehe ich mir den Schuh an? – Ihre Staatsregierung versagt beim Thema Leitungsbau. Es gibt keine klare Ansage. Jetzt machen Sie sich einen schlanken Fuß. Das ist unverschämt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Markus Blume (CSU):** Herr Kollege Stümpfig, es ist notwendig, in der Politik immer um den richtigen Weg zu ringen. Wir haben das beim Thema Leitungsbau auch sehr intensiv getan. Wir wollen der Bevölkerung nicht einfach etwas überstülpen, sondern sie vor Ort mitnehmen. Wissen Sie, was mir bei all diesen Debatten vor Ort noch nie begegnet ist? – Ein GRÜNER, der laut jubelnd am Straßenrand steht und dafür ist. Offensichtlich treffen Sie immer andere. Ich treffe nur die GRÜNEN, die dagegen sind. Sie sind tatsächlich der Erste. Ich werde mir das für die weitere Zeit merken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Ludwig Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Debatte mehrere Stunden gelauscht und muss feststellen, dass die Söder-Regierung im reichsten Bundesland ein wirklich armseliges Konzept für die Energiewende liefert. Ich bin wirklich tieftraurig. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich bin auch enttäuscht. Was heute abgeliefert worden ist, wird unserem innovativen Wirtschaftsstandort in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir ins ganze Land. Jeder von Ihnen ist draußen in Bayern unterwegs. Von Mittenwald bis Aschaffenburg haben wir motivierte Bürgerinnen und Bürger und Stadtwerke, die um Zukunftslösungen ringen und etwas voranbringen möchten. Wir haben innovative Unternehmen, die einen Beitrag leisten wollen, damit die Energiewende in Bayern gelingt. All denen präsentieren Sie heute Klein-Klein-Maßnahmen. Die große Linie sind Sie heute jedoch schuldig geblieben. Man kann auch einfach sagen: Bayern hätte alles, damit der Kampf gegen die Erdüberhitzung zu einer Erfolgsgeschichte in Bayern wird. Bayern hat dafür alles bis auf eine Staatsregierung, die das wirklich möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe des Staatsministers Hubert Aiwanger und des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ich möchte deutlich sagen: Für uns GRÜNE ist das Ziel bei der Stromerzeugung ganz klar "100 % erneuerbar bis 2030".

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wie in Baden-Württemberg!)

– Ich komme gleich zu Baden-Württemberg. – Wir wollen dieses Konzept möglichst dezentral umsetzen, damit jedes Haus, jedes Dorf und jede Stadt seinen bzw. ihren Beitrag leisten kann. Dadurch wird das nicht nur ein sicheres und sauberes Energiesystem, sondern es wird auch das demokratischste Energiesystem, das die Welt je gesehen hat. Damit machen wir Bayern wirklich zum Land der Energiegewinner.

Was Sie heute hier gezeigt haben, wird dem nicht gerecht. Sie haben doch nicht den Anspruch, diesen großen Umbau eines Wirtschaftsstandorts mit dem, was Sie gerade geleistet haben, voranzubringen.

Ich komme zum Iststand in Bayern, bevor ich auf die anderen Bundesländer eingehe.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Man muss feststellen: Es ist richtig, dass wir einen starken Zubau beim Sonnenstrom hatten. Das ist vollkommen richtig.

(Zuruf: Genau!)

Wir hatten ihn 2010 bis 2013. – Ich kann mich gut an die Debatten hier im Landtag erinnern – Sie sich sicher auch, Herr Minister –; Markus Blume und Co. damals. Mit jedem Antrag ging es darum, das EEG weiter zu beschneiden und diesen Ausbau eigentlich zu bremsen und ihn nicht anzufeuern.

(Tobias Reiß (CSU): Wirtschaftlicher zu machen!)

Wir hatten das gleiche beim Thema Biomasse. Der Erfolg ist 2009 initiiert worden.

(Markus Blume (CSU): Das sind aber Fake News!)

Seitdem tut sich nicht mehr viel.

Sehen wir uns das im bundesweiten Vergleich an – vorher kamen die Zahlen von dem Kollegen Blume, was sich in den letzten Jahren getan hat –: Vor 20 Jahren lag in Deutschland der Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung bei 5,2 %. Im Jahre 2018 waren wir bei 37,8 %. Das ist eine Steigerung von 630 %.

Was hat Bayern in diesen 19 Jahren geliefert? Eine Steigerung – historisch bedingt – bei der Wasserkraft. Keiner, der heute noch hier im Raum ist, hat entschieden, dass man diese damals ausgebaut hat.

(Zuruf von der CSU)

Wirklich historisch bedingt hat Bayern dann bereits im Jahre 2000 einen Anteil von fast 20 % erneuerbarem Strom gehabt. Heute haben wir ungefähr 44 %. Das entspricht einer Steigerung von 130 %. Daran sehen wir doch, dass uns die anderen Länder in den letzten Jahren deutlich überholt haben.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Wir müssen hier deutlich besser werden. Wir wollen nicht länger auf der Reservebank der Energiewende sitzen. Wir wollen wieder vorne mitspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt zum Vergleich mit Baden-Württemberg: Ich finde das ganz wichtig, so ehrlich müssen wir in Bayern sein. In Bayern leben wir im größten Flächenbundesland in Deutschland. Wir müssen uns daher auf der Basis der Quadratmeterzahl vergleichen, auf der Basis dessen, was dort entsteht, und nicht nur einfach mit der Anzahl der gebauten Anlagen.

(Zurufe des Staatsministers Dr. Florian Herrmann und des Abgeordneten Markus Blume (CSU))

Nehmen wir die installierte Leistung der Windenergie pro Quadratmeter 2018. In Bayern sind das 35,5 Kilowatt.

(Alexander König (CSU): Wäre es nicht sinnvoller, das auf die Einwohner umzurechnen?)

Baden-Württemberg: 44,8 Kilowatt installierte Leistung pro Quadratmeter – mehr als Bayern.

Ganz interessant sind die Länder, die von den GRÜNEN mitregiert waren oder sind: Hessen verzeichnet das Dreifache. Rheinland-Pfalz hat das Fünffache. Da haben wir

doch deutlich gezeigt, dass der Ausbau der Windkraft funktionieren kann – auch mit den Menschen vor Ort –, wenn man das wirklich möchte.

Bei dem Vergleich vom DIW, der heute schon mehrfach zitiert wurde, muss man sich die Zahlen auch genauer ansehen. Einmal gab es einen Gesamtindex. Darin liegt Schleswig-Holstein auf Platz eins, dann kommt Baden-Württemberg. Auf Platz drei folgt Bayern. Das ist nicht schlecht, aber wir sind nicht ganz vorne mit dabei; das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

Es geht weiter. Ausgewertet wurde dort nach verschiedenen Kriterien. Bei den Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien liegt Baden-Württemberg ganz deutlich auf Platz eins, während Bayern auf Platz sieben liegt. Da werden wir unserem eigenen Anspruch nicht gerecht. Da kann Bayern deutlich mehr!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann kurz zum Kollegen Markus Blume: Ein grün regiertes Bundesland wie Schleswig-Holstein hatte bereits im Jahre 2016 – damals haben Sie noch diskutiert, ob wir Stromleitungen bauen sollen oder nicht – einen erneuerbaren Stromanteil am Bruttostromverbrauch von – was denken Sie? – 127 %. Sie haben dort einen gewaltigen Beitrag geleistet, weil sie die Windkraft massiv ausgebaut haben. Wenn man diesen Punkt erreicht hat, ist es selbstverständlich, dass die Steigerung dann irgendwann etwas langsamer wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Jetzt ist wieder alles legitim! – Weiterer Zuruf von der CSU: Das sind Taschenspielertricks!)

– Es geht nicht um legitim oder nicht, sondern es geht darum, dass jedes Bundesland zum Gelingen der Energiewende seinen Beitrag leisten muss.

Ich möchte noch einmal kurz aufrufen, weil ich vor allem bei den Rednern der CSU das Gefühl hatte, dass Ihnen gar nicht so bewusst ist, warum wir die Energiewende vorantreiben: Wir alle wissen, dass wir die erste Generation sind, die die Folgen der

Erdüberhitzung zu spüren bekommt. Wir sind aber auch die letzte, die etwas dagegen tun kann. Ergreifen wir deshalb doch endlich die Chance, die Weichen anders zu stellen, die Segel anders zu setzen und heute daran zu arbeiten, dass wir unsere Energieversorgung auf sichere und saubere Füße stellen können.

Ich möchte noch einmal deutlich die Kollegen der FREIEN WÄHLER ansprechen. Es ist richtig, Kollege Hubert Aiwanger, dass wir mehrere Baustellen haben. Wir haben beim Kampf für mehr Klimaschutz den Strom- und den Wärmebereich, wir haben die Mobilität, und wir haben die Agrarwende. Ich möchte heute auf den Strombereich eingehen; mein Kollege Martin Stümpfig hat schon einiges zum Bereich Wärme gesagt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Der Strombereich, da ist sich die Wissenschaft einig, ist der einfachste Bereich. Bei der Mobilität und im Wärmebereich ist es deutlich schwieriger; das haben auch die Zahlen von Herrn Aiwanger deutlich belegt. Sie schaffen es aber nicht einmal in diesem einfachen Bereich, ein Konzept vorzulegen, von dem man weiß, dass das der Weg ist, damit das funktionieren kann. Wie soll es dann mit den drei anderen Baustellen weitergehen?

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Es ist doch entscheidend, hier endlich voranzukommen und zu zeigen, was man mit Ambitionen wirklich machen kann. Was Sie vorgelegt haben, ist enttäuschend.

Leider ist Markus Söder nicht mehr da und hört sich die Debatte nicht an. Ich habe mir seine Rede auf dem Parteitag der CSU teilweise angehört. Man kann sagen, es war durchaus eine interessante Rede.

(Tobias Reiß (CSU): Sehr lehrreich!)

Ich fand aber interessant – und übrigens auch sehr lehrreich, Herr Kollege –, dass er davon gesprochen hat, man könne von den GRÜNEN lernen, dass wir begeistern können.

(Tobias Reiß (CSU): Ich habe etwas von Doppelmoral in Erinnerung!)

Der Kollege Martin Stümpfig hat doch vorher genau gezeigt: Wenn man für ein Thema brennt, wenn man eine Lösung findet, wenn man Herausforderungen als Chance begreift und sie anpackt, dann kann man begeistern. Wenn man jedoch so etwas abliefern wie Sie heute, dann kann man nicht begeistern. So einfach ist das Ganze!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte für die FREIEN WÄHLER noch einmal zurückblicken – Sie können nichts dafür,

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

im Jahre 2000 waren Sie nicht im Bundestag vertreten, so, wie auch heute noch nicht – und darstellen, warum es so wichtig ist, Wind und Sonne auszubauen. Ihre Zwischenbemerkung zu meinem Kollegen kam vorhin so herüber, als würde Sie das gar nicht interessieren, das sei alles nicht neu.

Es ist richtig, Wind und Sonne auszubauen, ist an sich nicht neu. Wir müssen aber das Tempo gewaltig erhöhen. Wir haben damals, im Jahre 2000, alle erneuerbaren Energien auf die gleiche Startlinie gesetzt. Jeder hat eine relativ hohe Vergütung bekommen, und wir haben ein Wettrennen der erneuerbaren Energien eröffnet. Jetzt haben wir festgestellt, dass wir nur zwei wirkliche Gewinner haben – Wind und Sonne. Die Ingenieure haben uns genau das geliefert, was wir brauchen. Die Anlagen wurden effizienter, die Kosten gingen nach unten.

Wir wissen auch, dass bei der Biomasse die Fläche begrenzt ist. Die Biomasse hat eine Grenze. Die Wasserkraft hat eine natürliche Grenze. Das heißt, wenn wir mehr

sauberen Strom möchten, wird das nur mit Wind und Sonne als Rückgrat der Versorgung funktionieren. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was machen Sie bei einer Dunkelflaute?)

Es ist aber entscheidend, bei einem neuen Energiesystem daran zu denken, dass der Ausdruck Grundlast aus Energiesystemen des letzten Jahrhunderts stammt. Wir müssen ein Energiesystem schaffen, das die Lastnachfrage jederzeit decken kann. Darum wird es gehen. Darum geht es.

Natürlich machen es die Stromleitungen deutlich einfacher, wenn man das Stromnetz zukunftsfruchtig ausbaut und es nicht begrenzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Für uns in Bayern heißt das aber auch, die Sonnenkraft voranzubringen. Darüber sind wir uns eigentlich einig. Machen wir es aber doch konkret! Machen wir es wie Baden-Württemberg. Dort wird gerade darüber diskutiert – und ich bin gespannt, ob die CDU dort, ihre Schwesterpartei, mitmachen wird –, bei Neubauten eine Nutzungsverbindlichkeit für Sonnenstrom festzuschreiben, sodass bei jedem Neubau Solaranlagen sozusagen als Standard, als Beitrag für den Klimaschutz aufs Dach kommen.

Nehmen wir die öffentlichen Liegenschaften, da ist einiges zu tun. Nehmen wir die 4.800 Schulen, die wir in Bayern haben. Das wären für Sie, Herr Aiwanger, und für Markus Söder, wenn Sie sich die Fototermine aufteilen, im nächsten Jahr pro Tag sechs Fototermine. – Sie könnten einen konkreten Beitrag leisten und überall eine neue Solaranlage installieren.

Ich komme noch einmal zum Thema Windkraft; das ist auch so eine Debatte. Von der FDP wurde gerade die Versorgungslücke angesprochen, die geschlossen werden muss. Ich glaube, es unstrittig ist, dass eine Versorgungslücke auftreten wird, die wir decken müssen. Wenn wir jetzt wissen, dass Wind und Sonne das Rückgrat der Ver-

sorgung sind und sich Wind und Sonne gegenseitig ergänzen, dann kann ich nicht nur Sonnenstrom zubauen, sondern ich muss auch die Windkraft zubauen.

Aktuell hat Bayern knapp über 1.200 Windkraftanlagen. Um die Leistung der Windkraftanlagen zu vervierfachen, müssten wir, weil die Technik besser geworden ist und die Anlagen mehr Ertrag bringen, zu jeder bestehenden Windkraftanlage gerade einmal 1,2 Anlagen zubauen. Das ist nicht zu viel und im Flächenland durchaus möglich. Das müssen wir auch leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin felsenfest davon überzeugt, unsere Kinder werden uns eines Tages nicht vorhalten, wir hätten zu viele Windkraftanlagen gebaut. Sie werden uns verzweifelt in die Augen schauen und einfach nur fragen: Warum habt ihr nicht mehr getan, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen? – Daran werden wir uns messen lassen müssen. Dazu leistet die Windkraft einen ganz entscheidenden Beitrag, wie auch zur Versorgungssicherheit, die wir dringend voranbringen möchten.

Ich möchte aber noch zwei weitere Punkte ansprechen, bevor ich auf den Wasserstoff zu sprechen komme, nämlich zum einen das Thema Versorgungssicherheit. Mit dem Konzept, das die Söder-Regierung vorgestellt hat

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: "Staatsregierung" heißt das!)

– oder die Staatsregierung vorgestellt hat –, haben wir im Jahre 2022 in Bayern eine Versorgungslücke, die wir zwar nicht alleine zu 100 % in Bayern decken müssen, da bin ich bei Ihnen, aber zu ungefähr einem Drittel. Das heißt dann aber auch, dass wir, wenn wir Wind und Sonne nicht massiv ausbauen, Zeitfenster haben werden, in denen die Versorgungslücke an die 50, 60 bis 70 % heranrückt und wir auch auf Strom aus anderen Ländern angewiesen sind. Natürlich kann man das teilweise abdecken, aber das System wäre doch allemal verlässlicher, wenn zumindest ein Teil des Stroms bei uns in Bayern produziert wird. Damit bleibt die Wertschöpfung in der Re-

gion, und wir haben Strom aus der Heimat für die Heimat. Das sollten wir voranbringen, und das kann die Windkraft eindeutig leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zum Thema Biomasse. Herr Aiwanger, da verstehe ich Sie manchmal nicht. Ich habe vollen Respekt davor, dass Sie Ihre Rede ganz frei halten. – Richtig, das ist nicht schlecht. Aber beispielsweise haben Sie gerade mal vor zwei Monaten gesagt, Sie wollten den Solarstrom um 500 Megawatt pro Jahr nach vorne bringen. Jetzt sind wir bei 800.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sie haben vor zwei Monaten gesagt, die Energieerzeugung aus Biomasse werde gleich bleiben. Jetzt aber wollen Sie diesen Bereich erweitern. Sie haben vor zwei Monaten auch gesagt, es sei gut, wenn wir die Wasserkraft halten können. Jetzt wollen Sie sie auch ausbauen.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Verlässlichkeit in der Planung strahlen Sie da nicht aus,

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Sie auch nicht!)

Herr Minister. Das fehlt Ihnen. Das fehlt Ihnen komplett in diesem Bereich. Wir brauchen einen Rahmen, auf den man sich verlassen kann. Wir wollen doch alle gemeinsam einen Wettstreit der Ideen und nicht weiter das Klima anheizen.

Aber um einen Wettstreit der Ideen anzuheizen, muss ich mir doch Ziele setzen, damit dieser Wettstreit endlich einmal anfangen kann. Da kann man nicht einfach den Status quo verwalten und so weitermachen wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss die Punkte noch einmal kurz zusammenfassen: Wind und Sonne sind deutlich auszubauen; anders wird das nicht funktionieren. Das ist ein ganz entscheidender Baustein, um die anderen Bereiche wie zum Beispiel die Mobilität zügig voranzubringen. Egal, ob Batterie oder Wasserstoff, die Grundlage ist immer sauberer Strom aus Wind und Sonne. Sonst funktioniert das Ganze nicht.

Für die Wasserstoffgewinnung brauche ich auch sauberen Strom, sonst haut das physikalisch einfach nicht hin.

Das heißt für uns auch: Der Umbau der Energieförderung im Stromsektor ist der erste Baustein. Es ist ein ganz entscheidender Baustein für unsere Unternehmen, die sauberen Strom benötigen. Im Interesse unseres Automobilstandortes Bayern möchten wir den Antrieb der Zukunft voranbringen. Im Interesse des ganzen Landes Bayern ist es, wirklich eine regionale Stromerzeugung zu haben und damit die Wertschöpfung im Lande zu belassen.

Was Sie uns heute vorgelegt haben, ist eines reichen Staates wie unseres Landes nicht würdig. Ich hätte mir da deutlich mehr erwartet; denn aus Stärke erwächst Verantwortung. Wir sollten die Weichen so stellen, dass wir das Ziel erreichen, Bayern bis 2030 im Strombereich 100 % erneuerbar zu versorgen. Diesen Anspruch haben wir an ein starkes Land. Bayern kann das leisten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Kollege Hartmann, es gibt eine Zwischenbemerkung. Wir hatten eigentlich vereinbart, dass Zwischenbemerkungen während der Rede gemeldet werden. Das war etwas knapp.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Ich bin da großzügig.

**Sandro Kirchner (CSU):** Herr Kollege Hartmann, Sie haben Ihre Rede mit dem Satz beendet, Ziel ist, dass Bayern bis 2030 100 % erneuerbare Energie hat.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Strom!)

Erzählen Sie mir doch kurz, wie das mit den ganzen Ausbaudaten funktioniert, also wie ich es schon gesagt habe, mit den 750.000 PV-Anlagen auf dem Dach, 10.000 Freiflächenanlagen, 1.700 neuen Windrädern und, um die Lücke zu schließen, mit den 10.000 Biogasanlagen, je nachdem, wie man es rechnet. Wie schaffen Sie das bis zum Jahre 2030?

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Wir müssen die installierte Leistung beim Solarstrom verdreifachen mit über 80 % auf Dächern von Gebäuden.

(Zurufe von der CSU)

– 80 %.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Ich rede davon, wie wir es machen wollen.

(Anhaltende Zurufe von der CSU – Unruhe)

Ich kann meinem vierjährigen Sohn bereits heute erklären, dass die Sonne eines Tages untergeht. Deshalb bringen wir ja auch die Windkraft voran. Ich schlage Ihnen vor, fahren Sie am Abend einmal Zug,

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

dann werden Sie feststellen, dass abends der Wind häufig weht, wenn die Sonne untergegangen ist. Das müssen wir beides voranbringen, und damit können wir das leisten.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Die Biomasse, das ist der entscheidende Punkt, muss flexibel eingesetzt werden. Es kann nicht sein, dass aktuell Biomasseanlagen zeitgleich Strom liefern, während Wind und Sonne im Angebot sind. Der richtige Mix macht es.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Das kann man durchaus schaffen mit einer Vervierfachung der Windkraft und mit einer Verdreifachung beim Solarstrom. Eine flexibel eingesetzte Biomasse, das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat der Kollege Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich versuche jetzt nach dieser ideologischen Panikshow der GRÜNEN wieder ein bisschen mehr Sachverstand in die Debatte zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am heutigen Tag wird ein weiterer bedeutender Meilenstein in der bayerischen Energiepolitik gesetzt. Unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat mit seiner Regierungserklärung "Bayerisches Aktionsprogramm Energie" ein neues entscheidendes Kapitel zur Energiewende aufgeschlagen. Er hat dabei markante Eckpunkte gesetzt zur zügigen Realisierung, ein Maßnahmenprogramm zur Energiewende, auch als ein wesentliches und nachhaltiges Element für den Klimaschutz.

Lieber Herr Hagen, lieber Herr Hartmann und lieber Herr Stümpfig, dass Sie diese Maßnahmen schlechtreden, verstehe ich, weil Sie das aus der Opposition heraus tun müssen, aber Sie stellen sich hier selbst ein schlechtes Zeugnis aus, und Sie belügen

sich selbst; denn das, was unser Wirtschaftsminister hier getan hat, ist nicht armselig, sondern vorbildlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf Ihnen sagen: Dieses Paket entstand auf der Basis des Energiegipfels Bayern, eines offenen Dialogprozesses, der im Dezember 2018 gestartet wurde. Er war eine zentrale fachliche und politische Diskussionsplattform, in die Experten der verschiedensten Interessenverbände, Kammern, Vereine und Vertreter der bayerischen Energiewirtschaft aufs Engste eingebunden waren. Daher repräsentiert das Ergebnis des Programms eine tragfähige Schnittmenge aus allen genannten Gruppierungen. Da, lieber Herr Stümpfig, lieber Herr Hartmann, war auch Ihre Fraktion mit von der Partie.

Ich möchte nach den polarisierenden Angriffen auf unseren Wirtschaftsminister einige Kernbotschaften sachlich-fachlich untermauern.

Erstens. Grundsätzlich orientiert sich die Umsetzung an den bundesweiten Zielen und dem energiepolitischen Dreieck der nachhaltigen Umweltverträglichkeit, der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit. Gerade bei den beiden letzten Faktoren ist die essenzielle Wichtigkeit herauszustellen, da sie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes Bayern stärken.

Zweitens. Energiewende heißt nicht nur Stromwende, sondern auch Wärmewende und Verkehrswende, also die Kopplung aller Sektoren.

Drittens. Energiewende ist für uns ein klares Bekenntnis und bedeutet somit Vorfahrt für erneuerbare Energien mit frischen Impulsen für neue Technologien, auch wenn Sie das immer wieder infrage stellen. Damit stehen diese Inhalte auch in Konkurrenz zu den getroffenen Koalitionsvereinbarungen, liebe Frau Karl. Da sind wir uns vielleicht einig. Sie haben gefordert, so viel erneuerbare Energie in Bayern zu produzieren, wie es nur möglich ist, und Energiewende dezentral aufzustellen mit regionaler Wertschöpfung. Ja, was machen wir denn? – Wir tun das doch.

Wichtig bei diesem Prozess ist – das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich unterstreichen –, dass Bürger, Kommunen und Unternehmen als entscheidende Erfolgsfaktoren in die Energiewende mit einbezogen werden. Wir müssen alle mitnehmen. Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und geht uns alle an. Das heißt, wir brauchen die breite Akzeptanz in der Bevölkerung, bei der Wirtschaft und bei den Bürgern. Auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse des Energiegipfels wurden nun für heute ökologisch verträgliche, wirtschaftlich realisierbare und gesellschaftlich akzeptierbare maximale Potenziale beschlossen.

Wir brauchen vor allem einen Mix aus allen erneuerbaren Energien, aus Speichern und aus Netzen. Die Energiewende muss technologieoffen angegangen werden. Im Detail heißt das für die Stromerzeugung – damit wiederhole ich mich –: Wir setzen im Sonnenland Bayern vorrangig auf die Sonnenenergie. Wir wollen Photovoltaik ausbauen, und unser Ziel ist, wie Minister Aiwanger sagte, ein kraftvoller Zubau von 800 Megawatt pro Jahr bis 2022. Wir wollen den Ausbau auf Dach- und Freiflächen stärken. Insbesondere zu Letzterem wurde bereits ein großer Schritt getan, indem die Freiflächenkulisse erweitert und der Zubau von Anlagen in landwirtschaftlich geprägten benachteiligten Gebieten von 30 auf 70 % pro Jahr erhöht wurde. Wir werden weitere innovative Projekte anstoßen; ich denke zum Beispiel an Versuchsanlagen im Bereich Agro-PV oder auch an Standorte in Staatsforsten, um Windkraft landwirtschafts- und naturverträglich zu installieren.

Meine Damen und Herren, der Freistaat hat hierbei eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Ungenutztes Potenzial auf Dächern und Fassadenflächen gilt es zu erschließen, auch auf eigenen Liegenschaften, in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden. Diese werden wir einbeziehen; das darf ich Ihnen versprechen. Um das Bewusstsein und die Nachfrage nach PV zu steigern, wurde bereits das PV-Speicherprogramm für Solarstromdachanlagen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms implementiert. Es setzt Akzente und verzeichnet eine hervorragende Resonanz. Ich denke, bei über 6.300 Anträgen kann man diese Initiative nicht schlechtreden. Für Besitzer kleiner PV-

Anlagen wollen wir unter anderem Belastungen beim Eigenverbrauch reduzieren und letztendlich die wirtschaftliche Eigenstromversorgung stärken. Grundsätzlich sind wir bestrebt, Photovoltaik noch enger mit gleichzeitigen Speichermöglichkeiten in Verbindung zu bringen.

Auch bei der Windkraft – viel gescholten – liegt nach der Berechnung von Experten ein großes technisches Potenzial vor: zwischen 80 und 90 Terawattstunden pro Jahr. Wir wissen natürlich, dass der Ausbau der Windenergie in Bayern eingeschlafen ist. Wir werden aber durch ein neues Flächenprogramm und geänderte Rahmenbedingungen diesen Trend umkehren. Bei der 10-H-Regelung wird es eine Evaluierung geben. Ich darf Ihnen aber auch sagen: Wir werden grundsätzlich weiterhin an dieser Regelung festhalten, weil wir die Kommunen bei der Abstandsregelung intensiver in die Entscheidungen einbinden wollen, zum Beispiel über verstärkte Bauleitplanung und die Auslotung örtlicher Potenziale in den Städten und Gemeinden. Dabei nehmen wir auch die Bevölkerung mit, und ich glaube, das ist der richtige Weg. Die Kommunen und die Bevölkerung spielen hierbei als Motor vor Ort eine herausgehobene Rolle. Unsere angestrebten 300 Windkraftanlagen sind eine stolze Anzahl. Auf der einen Seite fordern Sie diese Zahl, auf der anderen Seite fragen Sie sich: Wie wollen wir diese erreichen? – Wir werden es Ihnen beweisen.

Meine Damen und Herren, wir ziehen auch weitere Modelle, zum Beispiel der kommunalen oder der Bürgerbeteiligung bzw. Bürgerwindkraftanlagen, in Betracht. Ein vorbildliches Modellprojekt gibt es zum Beispiel in Pfaffenhofen, und auch daran werden wir uns orientieren.

Insgesamt kann man als Fazit sagen: Mit einem ambitionierten Zubau von Windenergie und Photovoltaik werden wir entscheidende Standortfaktoren für das Industrieland Bayern schaffen.

Weitere Zielvorschläge gilt es auch für Wasserkraft zu erarbeiten. Es wurde angesprochen, kleine regionale Wasserkraftwerke zu erhalten. Geothermie als weitere Erschlie-

Bung der Tiefengeothermie und Bioenergie steht ebenfalls auf dem Programm. Unser Ziel ist es, die rund 2.500 Biogasanlagen zu erhalten, und wir tun das aus Überzeugung.

Ebenso wollen wir die Versorgungssicherheit der Zukunft durch den Betrieb von Gaskraftwerken und sogenannte netztechnische Betriebsmittel gewährleisten. Wir haben eine klare Strategie, wie wir nach dem Atom- und Kohlestromausstieg die Versorgungsengpässe schließen können. Dabei spielt Gas für uns aktuell und auch künftig eine bedeutende Rolle im Stromsektor. Gas muss neben den fluktuierenden erneuerbaren Energien die Versorgungssicherheit gewährleisten, und Gaskraftwerke können andere, konventionelle Kraftwerkskapazitäten ersetzen und gesicherte Leistungen bereitstellen. Lieber Herr Stümpfig, vielleicht ist wirklich noch einmal eine Schulstunde nötig. Gaskraftwerke sind hoch flexibel, tragen als Reservekraftwerke dazu bei, die Deckungslücke zu schließen, Schwankungen schnell auszugleichen und erforderliche Netzdienstleistungen zu erbringen. Deshalb stehen wir auch für die Gaskraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Lassen Sie mich bitte noch einen Satz zum Thema Wasserstoff sagen. Wasserstoff wird grundsätzlich eine tragende Rolle bei der Energie- und Mobilitätswende spielen: als Energiespeicher, als Energietransportvektor und als Brennstoff. Wasserstoff ist für uns *der* Energieträger der Zukunft. Wir sind stolz, ein Wasserstoffzentrum im Campus Nürnberg eröffnet zu haben. Wir setzen auf eine integrierte Wasserstoffstrategie. Entscheidend ist nun, dass wir in der breiten Anwendung dahin kommen, die Sektorenkopplung anzugehen: Wasserstoff als Energieträger, die Sektorenelektrizität, Wärme-Kälte-Versorgung, Verkehr und Industrie miteinander zu bündeln.

Um den ehrgeizigen Einsparzielen des Pariser Abkommens möglichst nahe zu kommen, heißt der bayerische Weg: Hilfestellungen, Anreize statt Verbote. Freiwilligkeit ist gefordert. Gefordert sind Innovationen und Offenheit für neue Technologien. Das

Bayerische Aktionsprogramm Energie ist die Antwort und die Konzeptlösung für eine nachhaltige Zukunftsstrategie. – Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sicher unangenehm, wenn man an die eigenen Wahlversprechen erinnert wird. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien heißt es: Wir wollen so viel Energie wie möglich in Bayern produzieren. – Nun die Realität: Der Freistaat Bayern wird voraussichtlich im Jahr 2025 bis zu 40 bis 50 % von Stromimporten abhängig sein. Das sind die Zahlen des bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Diese Entwicklung ist nicht verwunderlich, da unter tatkräftiger Mitwirkung der Staatsregierung ein grundlastfähiges Kraftwerk nach dem anderen vom Netz genommen wird, ohne dass gleichwertiger Ersatz geschaffen wird, und die Versorgungsstrassen, die den Stromimport sichern sollen, sind bis heute weder im Detail geplant noch politisch durchgesetzt worden. Sogar die GRÜNEN beschwerten sich, dass wir Strom importieren. Aber gerade Sie sollten hier ganz still sein; denn Sie würden ja am liebsten jedes konventionelle Kraftwerk abschalten, und zwar sofort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Streibl, Sie haben vorhin gesagt, woher Bayern kommt. Nicht vom Agrarstaat, wenn Sie in die Vergangenheit blicken. Ich sage Ihnen, woher Bayern kommt: Bayern war noch vor wenigen Jahren ein Garant für die Versorgungssicherheit des gesamten süddeutschen Raumes sowie der angrenzenden Nachbarländer. Das ist vorbei; denn dann kam das marktverzerrende EEG, verdrängte über massive Subventionen und Vorrang einspeisungen die grundlastfähigen Kraftwerke, und der Kernenergieausstieg

gibt den bayerischen Kraftwerken nun den Rest. Der Industriestandort Bayern kann sich deshalb nicht mehr selbst versorgen. Tschechische und französische Kernkraftwerke sowie polnische Kohlekraftwerke sichern spätestens ab 2022 die deutsche Stromversorgung, weil unsere Energieversorgung nicht mehr grundlastfähig ist.

Wie passt diese Entwicklung zu den Ankündigungen der Staatsregierung aus dem Koalitionsvertrag? – Eigentlich gar nicht. Der überhastete Kernenergieausstieg in Deutschland betrifft auch den deutschen Export von sicherheitsrelevanten Bauteilen für Kernkraftwerke, weil keine Hermesbürgschaften für den Export übernommen werden. Einerseits hängt die grundlastsichere Stromversorgung des Freistaats zunehmend von ausländischen Kernkraftwerken ab, andererseits erschwert die Regierung den Export sicherheitsrelevanter Bauteile für eben diese Kernkraftwerke. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn.

Das Abhalten des Energiedialogs und des Energiegipfels war sinnvoll, hat aber kaum neue Erkenntnisse gebracht. So sollten unter anderem mehr PV- und Windkraftanlagen sowie dezentrale Blockheizkraftwerke gebaut werden, jedoch fehlen konkrete Pläne und Maßnahmen zur Umsetzung. Der großflächige Ausbau von Windkraft- und Solarenergie stößt zunehmend auf Widerstand der Bevölkerung. Der für Bayern geplante Zubau von 300 Windrädern ist von den betroffenen Anwohnern kaum erwünscht. Photovoltaik und Windkraft stellen auch keinen gleichwertigen Ersatz für konventionelle Kraftwerke dar, weil sie nicht grundlastfähig sind. Das gibt die Staatsregierung sogar selbst zu, wie aus einer meiner Anfragen hervorgeht.

Die Übertragungsnetzbetreiber als Verantwortliche für die Versorgungssicherheit rechnen bei der Windkraft mit einer technischen Nichtverfügbarkeit von 98 %, bei der Photovoltaik sogar mit einer Nichtverfügbarkeit von 100 %. Herr Aiwanger, Bayern ist kein Sonnenstaat, wie Sie das vorhin gesagt haben; denn die Grundlastfähigkeit von PV-Anlagen liegt schlicht bei null.

(Beifall bei der AfD)

Wieso Sie die Photovoltaik angesichts dieser Zahlen als "Flaggschiff in der Energiewende" bezeichnen, erschließt sich uns nicht.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wundert mich nicht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Die Grundlastfähigkeit ist und bleibt bei null, und bisher können Sie die Energie nicht speichern.

(Alexander König (CSU): Das ist doch überall auf der Welt so!)

Durch den Zubau von PV- und Windkraftanlagen reduziert sich also nicht oder zumindest kaum der Bedarf an konventioneller Erzeugung. Die hochgejubelte Energiewende führt also dazu, dass zwei Energiesysteme parallel aufgebaut und betrieben werden müssen; und das ist entsprechend teuer. Eine Energiespeicherung in großem Umfang ist aktuell nicht möglich. Ja, man kann Energie mittels Wasserstoff speichern; aber dabei treten enorme Verluste auf, und die Kosten nehmen entsprechend zu.

Die Staatsregierung überschlägt sich in ihrem Eifer bei der Förderung der Wasserstoffwirtschaft. Zunächst ist es natürlich positiv, dass neue Technologien erforscht werden. Aber die Energieumwandlung ist mit erheblichen Verlusten behaftet. Wird beispielsweise eine Kilowattstunde Strom über Wasserstoff und CO<sub>2</sub> in synthetisches Erdgas umgewandelt, bleiben am Ende höchstens 0,3 Kilowattstunden Energie übrig. Damit steigen die Produktionskosten je Kilowattstunde Energie mindestens um das Dreifache. Nicht ideologische, sondern technologische und ökonomische Argumente müssen ausschlaggebend bleiben. Insbesondere darf die Ordnungspolitik nicht dazu missbraucht werden, unreife Technologien in den Markt zu drücken, um wettbewerbsfähige zu verdrängen.

Ich möchte noch mal den entscheidenden Punkt betonen: Die geplanten energiepolitischen Abenteuer werden kostspielig und riskant sein. Deutschland hat schon jetzt den höchsten Strompreis innerhalb der EU. Vor zehn Jahren zahlte ein durchschnittlicher

Haushalt 60 Euro für Strom im Monat; heute sind es bereits 90 Euro, und nächstes Jahr steigen die Stromkosten noch einmal. Uns wird ständig erzählt, dass die erneuerbaren Energien mittlerweile marktfähig seien. Wie kann es sein, dass die Kosten für das EEG ungebremst zunehmen und sich immer mehr Menschen den Strom schlichtweg nicht mehr leisten können? – Seit 2008 hat die EEG-Umlage um über 540 % zugenommen.

Ich darf in diesem Zusammenhang die Staatsregierung an ihren Koalitionsvertrag erinnern, in dem es heißt: "Wir wollen eine Stabilisierung der Strompreise." Davon ist leider nichts zu sehen. Die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag sogar vereinbart, dass sie sich zusätzlich für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung einsetzen. Dabei wollten Sie doch auf Bundesebene nationale Alleingänge verhindern. Ein Blick in das kürzlich beschlossene Bundes-Klimaschutzgesetz zeigt, dass die Staatsregierung sich auch mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnte. Schlimm, dass die GRÜNEN hier der Meinung sind, die Bundesregierung habe die CO<sub>2</sub>-Steuer im Klimapakete viel zu niedrig angesetzt. Sie wollen den Familien in Deutschland lieber noch mehr Geld für Heizung und Mobilität abknöpfen, also das Leben schlicht teurer machen. Verbraucher müssen durch die CO<sub>2</sub>-Luft-Steuer künftig noch mehr Geld ausgeben, obwohl die Staatsregierung von Entlastung der Bürger spricht. Die Einführung neuer Steuern und Abgaben ist keine Entlastung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass dem Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung kein Plan der Staatsregierung zugrunde liegt. Es ist völlig unklar, wie und mit welchem Energiemix Bayern in Zukunft die Energieversorgung von Industrie und Haushalten zu vernünftigen Preisen sicherstellen will. Für einen modernen Industriestaat ist die permanente Vortäuschung der Machbarkeit der Energiewende ein absolutes Armutszeugnis.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Bravo!)

Folgende Maßnahmen sollte die Staatsregierung aus unserer Sicht nun dringlich verfolgen:

Erstens. Setzen Sie sich auf Bundesebene zum Wohle unserer Bürger gegen die CO<sub>2</sub>-Steuer ein, und verhindern Sie damit zusätzliche finanzielle Belastungen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zweitens. Stellen Sie die Subventionierung unwirtschaftlicher und technisch minderwertiger Energietechnologien ein, damit die Strompreise wieder zurückgehen. Ein planwirtschaftliches EEG ruiniert unsere Volkswirtschaft.

Drittens. Stellen Sie sicher, dass Bayern nicht von Stromimporten abhängig wird, und lassen Sie dafür unsere grundlastsicheren Kraftwerke am Netz.

Viertens. Beerdigen Sie Ihre Pläne eines komplett dezentralen Energiesystems ohne Grundlastsicherheit; denn das gefährdet die Versorgungssicherheit erheblich.

Die Versorgungssicherheit, sichere Arbeitsplätze und eine bezahlbare Energieversorgung müssen Priorität haben. Für den Erhalt des Industriestandorts Bayern ist eine kostengünstige und zuverlässige Energieversorgung ein entscheidender Standortfaktor. Wenn die Staatsregierung für Industriestrom eine Vier vor dem Komma haben möchte, wie Sie das ausgeführt haben, Herr Aiwanger, dann sollten Sie hierzu einen Vorschlag zur Umsetzung machen. Die Übernahme von hysterischen Klimaschutzparolen der GRÜNEN durch die Staatsregierung hilft hierbei nicht. Fossile Energieressourcen sind endlich; ja, das stimmt. Aber mittelfristig ist eine Energieversorgung ohne konventionelle Energieträger nicht sinnvoll. Die finanziellen Belastungen durch die Energiewende sind mittlerweile untragbar. Wir hoffen, dass diese Erkenntnis bald auch im Wirtschaftsministerium ankommt.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Hofmann.

**Michael Hofmann (CSU):** Herr Kollege Mannes, unter uns Kollegen wird eine Diskussion geführt. Vielleicht können Sie die Lage ein wenig erhellen. Einige sagen, Sie lesen deswegen Ihre Rede ab, weil Sie vom Thema nichts verstehen. Ich habe gesagt: Das liegt daran, dass von Ihren Fraktionsmitgliedern nur noch freigegebene Reden gehalten werden dürfen, deswegen dürfen Sie nur ablesen, und deswegen halten Sie solche Reden. Vielleicht können Sie uns Klarheit verschaffen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

**Gerd Mannes (AfD):** Ich schreibe meine Reden selber. Es wäre nett, wenn Sie in Zukunft etwas zu dem Inhalt der Rede sagen würden; aber ich nehme das zur Kenntnis. Ich werde versuchen, Sie in Zukunft jedes Mal persönlich anzuschauen.

(Michael Hofmann (CSU): Danke!)

Aber wenn Sie mir nächstes Mal etwas zu dem Inhalt sagen würden, wäre ich sehr dankbar. Denn für heute muss ich sagen: Die Regierungskoalition hat sehr wenig dazu beigetragen zu erhellen, mit welchem Energiemix wir in Zukunft kostengünstig Bayern versorgen wollen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Doch, das habe ich doch ganz genau gesagt!)

Das wäre besser gewesen.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Horst Arnold.

**Horst Arnold (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein "Bayerisches Aktionsprogramm Energie" wurde uns heute vorgetragen. Herr Aiwanger, da haben Sie ein energiepolitisches Wimmelbild mit Absichtserklärungen, mit Selbstlob und mit einzelnen Punkten entworfen, die man durchaus als Schmuck mit fremden Federn bezeichnen kann. Das ist kein "Programm", sondern tatsächlich ein unübersichtliches Konvolut von Dingen, die zwar teilweise richtig sind, bei denen aber nichts, aber auch gar nichts Neues dabei ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich selber in Ihrer Situation als Retter und Versther und als jemand, der das Volk mitnimmt, bezeichnet. Dazu kommt die Aussage: Wälder, die herumstehen und vor sich hingammeln, muss man verheizen – wörtlich zitiert.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: "Dürre Bäume", habe ich gesagt!)

Ich würde sagen: Das ist ein Dokument eines rustikalen Narzissmus und von nichts anderem.

Entscheidend ist aber die Diskussion über die Energiewende. Für uns als SPD sage ich hier deutlich: Die Energiewende in Bayern wird nur dann gelingen, wenn wir sie kraftvoll vorantreiben und sozial gestalten. Beides ist gleichermaßen wichtig. Auf der einen Seite brauchen wir kraftvolles Handeln mit weitreichenden nachhaltigen Maßnahmen, ohne Zögern, Zaudern und Verschleppen. Auf der anderen Seite brauchen wir ein soziales Handeln, das erstens Verantwortlichkeiten, Lasten und Nutzen der Energiewende gesamtgesellschaftlich verteilt, zweitens die Bürgerinnen und Bürger angemessen beteiligt und damit die Akzeptanz der Bevölkerung sicherstellt sowie drittens dafür sorgt, dass die Energie bezahlbar bleibt oder bezahlbar wird.

Wenn wir diese Punkte zum Maßstab der Energiepolitik in Bayern machen, müssen wir ganz klar feststellen: Ihr Handeln ist weder kraftvoll noch sozial.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, einen Punkt haben weder Sie noch die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen plausibel erklärt. Wie wollen Sie die Windkraftoffensive starten, ohne die von Ihnen so heiß geliebte 10-H-Regelung abzuschaffen? Inzwischen habe ich gehört, dass es auch die FREIEN WÄHLER als notwendigen Bestandteil der Kommunalpolitik erachten, die 10-H-Regelung zu etablieren. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie vorhin gesagt haben. Bei Ihnen ist das aber nichts Neues, das hat bereits meine Kollegin Annette Karl ausgeführt.

Auch Ministerpräsident Dr. Söder kann und will diesen Widerspruch nicht erklären. Wie kommen Sie zu dem Ergebnis, dass die Energiewende bei Ihnen Vorfahrt hat? Ich kann mir das nur so erklären, dass Sie sich einen eigenen Verkehrsgarten zusammenschustern und sich dafür feiern lassen, dass Sie mit dem Elektro-Goggo rückwärts einparken können. Das bringt uns nicht nach vorne.

Durch die 10-H-Regelung werden nicht nur neue Windkraftanlagen verhindert, sondern auch laufende alte Anlagen sind in der Gefahr, stillgelegt zu werden. Sie haben zwar mündlich erklärt, dass das nicht so kommen soll, aber in der Antwort auf unsere Schriftliche Anfrage steht, dass, sollte die Rechtslage tatsächlich so sein, die Stilllegung der entsprechenden Windräder erfolgt. Na bravo, das ist ein Programm der Stilllegung, nicht des Fortschritts.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Dr. Söder und Herr Minister Aiwanger, was Sie bisher betrieben haben und leider noch immer betreiben, ist mehr eine Energieverhinderungspolitik als eine Energiepolitik. Der BUND Naturschutz, eine NGO von großer Bedeutung, bei der viele Politiker dabei sind, sowohl von der CSU als auch von uns, spricht von einer Blockade. Herr Minister Aiwanger, durch Ihre irrlichternde Energiepolitik sorgen Sie dort, wo Verlässlichkeit dringend notwendig ist, für Verunsicherung. Sie sagen, Sie wollten die Bürger mitnehmen. Ich sage Ihnen, wie das vor Ort aussieht: Sie kommen hin,

nehmen die Stimmung auf, schwadronieren, dass die Bürger recht hätten, aber "Die in München" sähen das ganz anders.

Sie predigen dann den Zwist. Nachdem das Boot versenkt worden ist und die Leute nicht wissen, wie es weitergeht, sagen Sie: Jetzt bin ich da. Ich bin der Aiwanger, der in dem vom Wolf gerissenen Schafspelz daherkommt und euch rettet. – Das ist doch keine Energiepolitik! Das ist eine systematisch vorangetriebene Verunsicherung, um dann vor Ort kleine Vorteile herauszustellen. Das Große und Ganze interessiert Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir als Beispiel die Stromtrassen: Vor kaum einem Jahr – Sie waren gerade frisch im Amt – haben Sie zu diesem Thema getroffene Vereinbarungen schon wieder infrage gestellt, und damit übrigens auch das Ergebnis eines intensiv geführten Energiedialogs.

Nächstes Kapitel: Sie standen im Sommer 2019 neben Ihrem Ministerpräsidenten und haben verkündet: Bayern blockiere den Trassenausbau nicht, sondern bekenne sich ohne Wenn und Aber dazu. – Kein Widerspruch vom stellvertretenden Ministerpräsidenten. Er hat zumindest in dieser Hinsicht gelernt, was Sache ist. – Aber vor wenigen Wochen kam die nächste Wende. Ende Oktober hat Herr Minister Aiwanger am Rande der Landesversammlung seiner Partei in Veitshöchheim erklärt: Die jetzigen Trassenpläne sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Mal ist er dafür, mal dagegen, mal nicht so richtig festgelegt.

(Alexander König (CSU): Die CSU passt da schon auf!)

Herr Minister, beim Thema Energiewende sind Sie tatsächlich ziemlich wendig. Lassen Sie es mich mit meinen Worten sagen: Sie fallen auch häufig um.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine Verlässlichkeit. Die Reihe dieser Beispiele lässt sich fortsetzen. Ich möchte keine weiteren Zweige der Energie- und Wirtschaftspolitik benennen. In diesem Zusammenhang lautet die Frage: Was ist zu tun?

Halt, eines möchte ich hier noch sagen, weil Herr Kollege Blume eine so schöne Rede gehalten hat. Ich möchte Herrn Blume zitieren. Er sagte, Abgeordnete der FREIEN WÄHLER zögen mit Botschaften durchs Land, wonach Stromtrassen nicht gebraucht würden. Dies wäre absolut unseriös. Notwendig sei – jetzt kommt's – ein zukunftsweisendes Energiekonzept und kein Energiepopulismus. – In der Tat, da hat Herr Blume recht. Nur hat er diese Worte ausgerechnet bei den GRÜNEN angebracht. Er hätte sie bei den FREIEN WÄHLERN anbringen müssen. Da hätten sie hingehört.

(Beifall bei der SPD)

Was ist zu tun? – Frau Kollegin Karl hat bereits viele Punkte ausgeführt.

Erstens. Diese 10-H-Regelung muss weg. Nur so können wir in Bayern den Windkraftausbau kraftvoll voranbringen. Herr Dr. Mauch, Professor für Energiewirtschaft an der TU München, hat das unlängst so formuliert: Wir müssen aufhören, überall "Nein danke" zu sagen. Wir müssen endlich zusammenspielen.

Zweitens. Wir müssen es zügig, spätestens bis zum Jahr 2035, erreichen, dass die Energieversorgung möglichst komplett aus erneuerbaren Energiequellen gespeist wird. Das ist übrigens auch in unserem Wahlprogramm 2018 so festgelegt. Das kann gelingen, und zwar dann, wenn wir die Potenziale Bayerns für erneuerbare Energien optimal nutzen, die Energieeffizienz steigern, die Stromnetze im notwendigen Umfang ausbauen und die Forschung in innovative Technologien intensivieren.

Drittens. Wir müssen Lösungen finden, um die Energiepreise für die Endverbraucher bezahlbar zu halten. In den vergangenen Jahren – das ist wiederholt gesagt worden – sind die Strompreise insgesamt um über 30 % gestiegen. Das bekommt auch der industrielle Mittelstand zu spüren. Diesen wollen wir bei den Stromkosten entlasten.

Ziel muss es sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und damit die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Ich bin deshalb meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion sehr dankbar, dass sie im Bundestag entsprechende Vorschläge vorantreiben; denn für uns als SPD gilt: Wir wollen den Nutzen und die Lasten der Energiewende gerechter verteilen, und zwar sozial gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem Stromsektor sind auch andere Felder wie Wärme und Verkehr in den Blick zu nehmen. Das Klimapaket des Bundes ist hier ein erster, wichtiger Schritt. Wohlgemerkt: Ein erster, nicht der letzte Schritt. Es enthält viele wichtige Maßnahmen, an die Bayern andocken sollte. Durch die Senkung der EEG-Umlage wird der Strom günstiger, der Ausbau alter Ölheizungen wird bezuschusst und die energetische Sanierung wird gefördert. Durch diese und weitere Maßnahmen sorgt das Klimapaket für den dringend notwendigen sozialen Ausgleich. Das ist für uns ein ganz zentraler Punkt.

In diesem Zusammenhang ein Beispiel: Bayern kann natürlich mehr. Einen Stillstand in der Energiepolitik können und wollen wir uns nicht leisten. Ein Blick nach Schleswig-Holstein: Schleswig-Holstein war dank der rot-grünen Küstenkoalition das führende Land beim Windkraftausbau. Unter Schwarz-Grün und den Liberalen erfolgte dort eine Rückbildung der Windkraft. Meine Herren und meine Damen, das ist keine Auszeichnung für grüne Umweltpolitik. Sie müssen sich dort mehr anstrengen und Ihre Argumente mit breiter Brust vortragen.

Was folgt daraus? – Die Situation in Bayern ist so, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung, 90 %, hinter dem Ziel der Energiewende steht, und das quer durch alle Bildungs-, Einkommens- und Altersgruppen. Das ist ein wichtiges Zeichen. Wenn wir diese Harmonie aufgreifen und nach vorne treiben, auch mit der Ehrlichkeit, dass hier und dort Abstriche zu machen sind, ist das zielführender, als jedem kreierte oder nicht berechtigten Widerstand von Partikularinteressenten in diesem Land Folge zu

leisten und das Bürgerwohl zu ignorieren. Wir müssen beides zusammendenken. Hier ist die Frage des Gemeinwohls wichtig. Wir können es nicht jedem recht machen. Deshalb ist es sozial gerecht, wenn wir uns am Gemeinwohl ausrichten. Wir wollen uns also daran orientieren. Es muss uns klar sein, dass unsere Aufgabe ein sozialer, gerechter und ökonomisch innovativer Klimaschutz ist. Die nachfolgenden Generationen sind unsere Auftraggeber. Die erneuerbaren Energien sind unser entscheidender Problemlöser. So hat es auch Herr Weh von der Landesvertretung Erneuerbare Energien Bayern formuliert.

Herr Aiwanger, seien Sie sich sicher, dass die SPD-Landtagsfraktion bei allem, was wir mittlerweile diskutieren, Ihr Programm so begleiten wird, dass die soziale Gerechtigkeit in Bayern dabei nicht zu kurz kommt.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

**Horst Arnold (SPD):** Wir können uns da unterhalten – auf jeder Ebene und, um das klar zu sagen, vor allen Dingen auch in jeder Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD – Staatsminister Hubert Aiwanger: Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

**Albert Duin (FDP):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Staatsminister, ich habe heute Morgen Ihre Rede mit Anspannung erwartet. Jetzt habe ich erlebt, dass es hier im Parlament überhaupt nicht um die Sache geht, sondern sich nur gegenseitig beharkt wird, wer die bessere Ideologie hat.

Es geht uns doch ums Ziel. Wir müssen doch Bayern vorwärtsbringen. Ich habe von Herrn Aiwanger heute Morgen gehört, dass wir klare Ziele definieren müssen. – Das ist aber falsch. Der Bedarf ist das Ziel, das wir nicht zu definieren brauchen, sondern das sich von selber definiert. Das ist doch klar.

Wir reden hier die ganze Zeit über elektrischen Strom. Wir reden hier über 28 % unseres Energiebedarfs. Wir wissen mittlerweile aufgrund der Zahlen, dass wir letztes Jahr eine Nettostromversorgung aus Kernkraftwerken von 30,5 % hatten. Diese wollen wir ersetzen. Wir haben noch ein bisschen Steinkohle. Die erneuerbaren Energien lagen bei 49,5 %. Auf diese 49,5 % sind wir ganz stolz.

Tatsächlich setzen sich diese 49,5 % aber in erster Linie aus zuverlässiger Wasserkraft und aus Biogas zusammen. Der Rest ist so was von unzuverlässig, das ist unglaublich. Ich lese Ihnen mal die Zahlen zum Bedarf in Bayern an elektrischem Strom von diesem Montagmittag vor. Um 13 Uhr lag der Bedarf bei 76 Gigawatt. Davon kamen aus Photovoltaik 0,024 Gigawatt und aus Windkraft 1,7 Gigawatt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Damit kommen wir doch nicht weiter.

(Ulrich Singer (AfD): Genau!)

Ich verstehe ja, dass wir Windkraft und Photovoltaik volles Rohr ausbauen. Aber es langt nicht, einfach auszubauen, wir müssen den Strom speichern.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Weil interpoliert wird, hilft es nichts, einfach zu verdoppeln. Wir müssen den Überschuss speichern, damit wir während der Sonnenlöcher und der Flauten Energie haben. Alles andere ist Traamtänzerie.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Andernfalls arbeitet die Industrie nur noch, wenn Strom zur Verfügung steht. Das war eine Aussage bei einem dieser Energietage. Ich glaube, ich spinne.

Ich habe mal den Vorschlag gemacht, einfach die Industrie ins Ausland zu verlagern. Dann kam der Einwand, dann verlagerten wir das CO<sub>2</sub>-Problem. – Nein, wir sparen

CO<sub>2</sub> ein, weil Ungarn drei neue Kernkraftwerke baut und wir so CO<sub>2</sub> einsparen. Das macht doch auch keinen Sinn. Wir wollen doch die Industrie hierbehalten.

Lasst uns dafür Wege finden, aber doch in erster Linie vernünftige und physikalisch nachhaltige Wege. Es geht nicht darum, dass hier eine Ideologie gegen die andere gewinnt. Das bringt die Leute draußen nicht weiter.

Wir sind die Politiker. Wir können die Rahmenbedingungen setzen. Aber die Lösung bringen uns Ingenieure, Techniker und Entwickler. Auf diese Leute müssen wir hören. Aber speziell von den GRÜNEN wird von vorneherein alles außer Wind und Photovoltaik ausgeschlossen. Es gebe keine neuen Ideen. Das sei erledigt. Im Wirtschaftsausschuss wurde mir mal gesagt, Kernfusion könne man vergessen; die sei abgehakt.

Ich bin immer der Meinung, dass, wenn mir einer mit einer anderen Meinung gegenübersteht, der Verdacht aufkommen muss, er könnte recht haben. Einstein hat schon damals gesagt, es sei ihm egal, dass ihm hundert Naturwissenschaftler widersprechen; einer reiche bereits.

(Heiterkeit bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Albert Einstein – wie Albert Duin!)

– Nein, ich widerspreche doch gar nicht, sondern versuche doch, vernünftig zu sein. Ich weiß, dass ich, wie alle hier, nur Halbwissen habe. Vielleicht weiß ich ein bisschen mehr, weil ich aus der Elektrotechnik komme.

Wir brauchen nicht darüber zu reden, wie wir die Energie verbrauchen, wir müssen sie erzeugen. Wir müssen sie nicht einmal genau auf Ziel erzeugen, sondern müssen einen Überhang haben. Wir brauchen also zuverlässige Energie. Wir brauchen also natürlich Gaskraftwerke.

Hier wird uns das Land Baden-Württemberg als großes Beispiel vor Augen geführt. Baden-Württemberg baut ein 300-Megawatt-Gaskraftwerk. Das heißt, sie nennen es so, es ist in Wirklichkeit aber ein Leichtölkraftwerk, um die Ausfälle zu überbrücken.

Das soll witzig sein? – Ich kann darüber nicht lachen. Die setzen auf Öl und haben immerhin eine grün-schwarze Regierung.

Es muss noch so viel geklärt werden! Kommen wir mal zur Elektromobilität. Auch dafür muss der Strom erzeugt werden. Auch Wasserstoff – ich halte Wasserstoff für gut – muss erzeugt werden. Der Wirkungsgrad von Wasserstoff ist deutlich schlechter als der von Elektromobilität. Wenn wir aber genug Strom herstellen wollen – ich habe mal gehört, Wind und Sonne stellen ja keine Rechnung –, müssen wir ihn eben in Ländern herstellen, in denen es Wind und tagsüber Sonne im Überfluss gibt. Nachts ist sowieso nichts los. Da ist überall tote Hose, außer wir bauen PV-Anlagen so, dass sie alleine vom Mondschein laufen.

(Martin Hagen (FDP): Oder vom Nordlicht in Finnland!)

Es werden andere Länder wie Dänemark angeführt. Dänemark hat den Strom schon immer in fußballfeldgroßen Löchern in der Erde gespeichert. Die haben aber auch eine andere Voraussetzung, weil sie mehr Wind haben. Dann wird Schweden angeführt. In Schweden werden zehn Reaktoren reaktiviert. Heute Morgen habe ich gelesen, dass in Frankreich neue Kernreaktoren gebaut werden. – Ich danke Gott dafür, denn die Franzosen werden uns nämlich beliefern müssen, wenn wir aufgrund unserer uns gegenseitig behindernden Streitereien nicht vorwärtskommen. Das ist ein Irrsinn.

Wir brauchen nicht darum herumzureden, dass wir HGÜs brauchen. Wir brauchen diese Leitungen, weil wir in Deutschland letzten Endes auch ein Knotenpunkt für ganz Europa sind. Wenn wir immer von Europa reden, müssen wir in der Lage sein, dass wir dann, wenn in Polen oder in Portugal im Netz etwas ausfällt, aus einem anderen Netz der Europäischen Union etwas zuliefern.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen forschen. Wir werden auch einen Antrag zum Thema Kernfusion stellen. Auch da wird gesagt, das sei alles Spinnerei. Es ist aber komisch, dass an der Kernfu-

sion lauter hochangesehene Professoren arbeiten. Aber das scheinen ja alles Spinner zu sein. Oder erhalten die sich nur ihren Job? – Das kann natürlich auch sein.

Wir kommen noch mal zum Ladevorgang für Autos. Nehmen wir an, wir hätten Strom ohne Ende. Gehen wir mal davon aus, wir hätten Strom im Überfluss, also stiegen alle auf elektrische Automobile um. Wenn zehn Millionen Autos auf einmal elektrisch fahren würden und wir dafür, wie gesagt, genug Strom hätten, was wäre dann eigentlich mit den sechs Milliarden Euro entgangener Kfz- und Mineralölsteuer? Wo kämen die dann her? – Ich würde wetten, dass man für die Stromladestellen in Zukunft einen Sonderzugang mit Sonderkarte braucht und dass der Strom für das Aufladen von Pkws teurer sein wird als der Strom zu Hause. Es gibt gar keine andere Möglichkeit.

Wir müssen ehrlich sein, wo wir hinwollen: Wir wollen klimaneutral werden. Der Weg dahin ist aber weit. Wenn man heute davon redet, das müsse bis 2030 erreicht sein, und, wie es speziell die GRÜNEN tun, verspricht, dass man das schaffe, man es hinterher aber nicht schafft, dann fühlt sich das Volk tatsächlich nicht mitgenommen.

Wir reden über die 10-H-Regelung. Wir haben vorhin gehört, dass in der Bevölkerung selbst trotz der 10-H-Regelung immer noch keine Akzeptanz für Windräder vorhanden ist. Würde die Akzeptanz, wenn die 10-H-Regelung fallen würde, denn größer werden? – Nein, ganz bestimmt nicht! Sie würde sogar sinken. Wir haben oft darüber geredet, dass wir genossenschaftliche Systeme schaffen müssen, damit wir die Bevölkerung mitnehmen können. Wir müssen die Menschen an der Energieversorgung beteiligen. Manchmal heilt ein bisschen Geld auch Wunden. Menschen würden dann schon akzeptieren, dass es so etwas gibt.

Meine Damen und Herren, wir schreiben jetzt das Jahr 2019. Seit etwa 2012 reden wir darüber, wie wir unsere Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen können. Schauen Sie sich die Diagramme an, die überall im Internet zu finden sind, und zwar täglich aktuell. Vergleichen Sie das Jahr 2012 mit dem Jahr 2019. Wir haben in dieser Zeit eine irre Menge an Geld – ich glaube 300 Milliarden Euro – in den Ausbau

von Windkraft und Photovoltaikanlagen gesteckt. Wissen Sie, um wieviel sich die Versorgung aus diesem Bereich verbessert hat? – Um nahezu nichts. Es gibt auch mal Spitzen. Es gibt eine Versorgung in Höhe von 120 % in Schleswig-Holstein. Die gibt es an einem Tag im Monat, an einem Tag im Jahr. Der Wind bläst nicht immer, auch an der Nordsee nicht. Das sind 4.000 Stunden im Jahr von 8.760. In Bayern sind ungefähr 1.300 Stunden nutzbar. Das alles ist doch ein Witz.

Wir müssen Lösungen finden: Geothermie, Biogas und Wasserkraft müssen ausgebaut werden. Das sind zuverlässige Energiequellen. Wind ist vollkommen unzuverlässig. Photovoltaik ist auch unzuverlässig, aber für die Bevölkerung wenigstens nicht so störend. Wir müssen darüber eine vernünftige Energiewende schaffen. Wir sollten auch dafür sorgen, dass wir möglichst schnell gute Verbindungen nach Ost und West herstellen, damit uns die angrenzenden Länder versorgen können. Wir sollten möglichst schnell Verträge abschließen. Die Schweiz hat nämlich mitgeteilt, dass bald eine dreißigprozentige Unterdeckung vorliegen wird. Die Schweiz geht schon auf Tour, damit sie von anderen Ländern versorgt wird. Wenn die Schweiz schon auf Tour geht, dann wird später für uns nicht mehr so viel übrigbleiben, um unsere Versorgung sicherstellen zu können.

Lassen Sie uns Forschung und Entwicklung betreiben. Lassen Sie das an den Universitäten und in den Städten zu. Lassen Sie die Ideologie beiseite. Lassen Sie die Menschen forschen. Investieren wir Geld in Forschung und Entwicklung und nicht für punktuelle, einseitig vorangetriebene Ideen, von denen wir alle nicht überzeugt sind. Alle reden gegeneinander. Alle versuchen, Ideologien zu verkaufen, und wir kommen nicht weiter. Meine Damen und Herren, ich habe noch zwei Minuten Redezeit. Ich könnte mich nur wiederholen, ähnlich wie es Herr Aiwanger heute Vormittag gemacht hat, viermal hintereinander. – Ich danke Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion.

**Alexander König (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat heute ausgeführt, dass die GRÜNEN hundert Prozent des Stroms aus regenerativen Energien beziehen wollen.

(Tobias Reiß (CSU): Bis 2030!)

Bei hundert Prozent Wertschöpfung im Land, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das ist schön. Das ist wunderbar. Wer wäre nicht dafür, wenn der Vorschlag denn realistisch wäre. Jene, die eins und eins zusammenzählen können, wissen, dass das zwar schöne, aber unrealistische Geschichten sind. Die GRÜNEN sind auch jene, die uns gebetsmühlenartig erzählen, man müsse nur die böse 10-H-Regelung beseitigen, 1.500 Windräder bauen und alle Probleme wären gelöst. Auch das ist eine schöne Geschichte, die vielen Menschen gefällt. Aber sie ist genauso unrealistisch.

Nach den Aussagen von Herrn Stümpfig streben die GRÜNEN in Bayern einen Photovoltaik-Ausbau von 1,7 Gigawatt pro Jahr an. Auch das ist schön. Das ist mehr als doppelt so viel wie das Ziel unseres Wirtschaftsministers. Wie soll das gehen? Nach Herrn Hartmann sollen 80 % davon auf den Dächern ausgebaut werden. Wer glaubt, dass das realistisch ist? Das alles sind schöne Geschichten, aber unrealistische Geschichten von einer Partei, die uns erzählt, den Flächenverbrauch – eine ganz böse Geschichte – auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):  
Probieren Sie es doch einmal!)

Das ist alles unrealistisch. Ich gratuliere Herrn Hartmann zu seiner schnellen Genesung; denn heute Vormittag war er auf der Podiumsdiskussion der IG-Metall zur Beschäftigung in der Automobilindustrie aufgrund von Krankheit entschuldigt. Herr Hart-

mann hat auf die Frage des Kollegen Kirchner, wie das realisiert werden solle, geantwortet: Es geht nicht.

Ich komme nun zu unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Wer vorher dachte, dass das mit dem Aktionsprogramm nichts werden würde, dass Hubert Aiwanger nichts Neues erzählen würde, der wurde doch wirklich – wer gut zugehört hat – eines Besseren belehrt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wurden wirklich Visionen vorgetragen.

(Horst Arnold (SPD): Was?)

Lieber Kollege Arnold, es waren sogar kraftvolle Illusionen – Visionen, Entschuldigung. Es waren kraftvolle Visionen. Der Wirtschaftsminister hat ganz konkrete Zahlen genannt, an denen er sich zukünftig messen lassen wird. Das ist überhaupt keine Frage. Herr Staatsminister Aiwanger, Sie haben auch Punkte genannt, bei denen ich noch nicht weiß, in welche Richtung Sie gehen werden: Die Vier vor dem Komma beim Preis für den Industriestrom. Ich bin hier voll bei Ihnen. Wir brauchen das. Wir müssen unsere Wirtschaft unterstützen. Wir müssen energieintensive Arbeitsplätze im Land halten. Wir vertreten hier eine andere Meinung als die GRÜNEN. Wir brauchen einen günstigen Industriestrompreis. Ich weiß nicht, wie wir diesen erreichen werden, aber wir unterstützen Sie voll bei diesem Ziel mit der Vier vor dem Komma beim Industriestrompreis bis 2022.

Der Wirtschaftsminister hat auch einen Ausbau von Photovoltaik auf 80 Megawatt im Jahr angekündigt. Das ist ein realistisches Ziel angesichts des zunehmenden Aufbaus, der in den letzten Jahren erreicht werden konnte. 35 Fußballfelder an Solarthermie in den nächsten Jahren. Auch das sind tolle und visionäre Ziele. Herr Staatsminister, auch ich bin ein Fan gerade der kleinen Wasserkraftwerke. Ich finde es toll, wenn es jetzt gelingen wird, die Modernisierung auch und gerade unserer kleinen Wasser-

kraftwerke so voranzubringen, dass wir – Sie haben das gesagt, und das ist auch Ihrem Papier zu entnehmen; die Regierungserklärung war also nicht papierlos, es gibt eine wunderbare Übersicht – in Zukunft einen zusätzlichen Stromertrag von einem Terawatt erzeugen können. Das entspricht etwa einem Dreizehntel dessen, was derzeit mit Wasserkraft erzielt wird.

Diese konkreten Visionen unterstützen wir von der CSU. Dasselbe gilt für den Ausbau der Biomasse. Diese hat heute einen Anteil an der Wärmeerzeugung von 20 %. Wir kommen von 15 %. Nach Aussage des Staatsministers soll um ein Drittel aufgestockt werden. Zurzeit laufen etwa 2.500 Anlagen. Von einer durchschnittlichen Anlage brauchen wir 800 Anlagen mehr. Unser Wirtschaftsminister wird mit seiner Politik dafür sorgen, dass wir das hinbekommen. Das finde ich toll. Wenn die Biomasse nicht nur aus Holzabfällen – was sich nicht jeder vorstellen kann –, sondern aus Gülle und anderer Biomasse kommt, dann ist das toll. Wir werden das als CSU-Fraktion selbstverständlich unterstützen.

Zum Thema Windenergie: Es sei zum wiederholten Male gesagt: Die 10-H-Regelung ist bis heute der einzig funktionierende Ausgleich der Interessen. Wir nehmen die Interessen der Bürger ernst. Wir nehmen die Meinung der Bürger ernst. Wir haben sie aufgegriffen. Wir haben beim Ausbau der Windenergie dafür gesorgt, dass es einen Ausgleich für die Menschen gibt, die vom Ausbau in negativer Weise betroffen sind. Diese Menschen gibt es. Sie können gerne einmal zu mir kommen. Bei mir im Landkreis gibt es rund 120 Windräder. Ich zeige Ihnen jene, die den Bürgern vor die Südterrasse gebaut wurden. Ich zeige Ihnen auch jene, die Tag und Nacht vor den Fenstern der Bürger blinken. Diese negativen Belastungen der Menschen gibt es auch. Wir haben einen Ausgleich geschaffen. Ich sage zum wiederholten Male an dieser Stelle: Solange es kein besseres Konzept für den Ausgleich der verschiedenen Interessen und zur Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Menschen gibt, werden wir mit Unterstützung der FREIEN WÄHLER daran festhalten. Herr Staatsminister, ein herzliches Danke dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist – das sei hier noch mal gesagt – ein visionäres Ziel, wenn der Staatsminister sagt, er will durch ein Akzeptanzprogramm und Bürgerbeteiligungsmodelle dazu beitragen, dass in Bayern, wo wir zurzeit 1.164 Windräder bei einer Gesamtzahl von 30.000 in Deutschland haben, bis zu 300 weitere Windräder generiert werden. Das ist doch visionär! Das müssen Sie doch sagen!

(Zuruf von der FDP: Bis wann? – Zuruf von der AfD: Bei Visionen sollten Sie zum Arzt gehen!)

– Das hat er nicht gesagt, bis wann. Das dürfen Sie jetzt mich nicht fragen. Ich habe die Vision nicht in den Raum gestellt. Ich sage nur, dass die Vision toll ist, dass wir die verfolgen sollten und dass wir ihn dabei unterstützen werden, aber dass für uns wesentlich ist, dass selbstverständlich auch die Bürgerinteressen gewährleistet werden.

Zu dem Repowering möchte ich noch eine Bemerkung machen, Herr Staatsminister. Sie haben dazu Ausführungen gemacht, die ich jetzt nicht alle nachvollziehen kann, weil ich das im Detail nicht weiß. Aber für uns als CSU ist klar, dass bei dem Repowering natürlich auch darauf geachtet werden muss, dass die Rechtspositionen der betroffenen Bürger nicht rückwirkend verschlechtert werden. Das ist in einem Rechtsstaat nicht möglich. Ich bin auch davon überzeugt, dass das hier nicht beabsichtigt ist, wenn Sie sagen – ich zitiere –, dass Sie die juristischen Bedingungen anpassen wollen. Sie sind jetzt kein Jurist, aber ich sage mal, ich hoffe darauf – Sie haben ja ein großes Ministerium –, dass das immer nur für die Zukunft zu erfolgen hat und natürlich nicht unter Verletzung der bestehenden Rechtspositionen der Bürger stattfinden kann. Reden wir darüber, Herr Kollege Aiwanger!

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Nächste Woche im Kabinett!)

Ganz visionär ist es doch – das sei hier auch nochmals gesagt –, wenn Staatsminister Aiwanger sagt, sein Ziel sei es, bis 2050 ein Viertel der Häuser in Bayern mit Geother-

mie zu beheizen. Das ist toll! Mit einer Anschubfinanzierung von nur zehn Millionen Euro! Er ist mein Lieblingsminister, was Haushaltspolitik angeht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN:  
Bravo!)

Mit nur zehn Millionen Euro werden wir das schaffen. Auch das ist eine Vision. Da soll hier niemand sagen, dass der Herr Staatsminister keine Visionen vorgetragen hätte! Ich sage für die CSU-Fraktion ganz deutlich: Wir unterstützen diese Visionen in jeder Hinsicht.

Zu dem Thema Trassen sei von der CSU-Fraktion hier nochmals ganz klar gesagt: Ob es Stromtrassen braucht, welche Stromtrassen es braucht und von wo nach wo, ist nach der Gesetzgebungskompetenz des Grundgesetzes eindeutig eine Frage an den Bundesgesetzgeber. Der Bundesgesetzgeber hat von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht. Ich gehe davon aus, dass er nach bestem Wissen und Gewissen unter Abwägung aller Faktoren, die er kennt, zu diesem Abwägungsergebnis gekommen ist. Dieses Abwägungsergebnis ist gesetzlich festgeschrieben. Das sind genau die Trassen, die notwendig sind, und die CSU steht zu diesen Trassen. Wir halten diese Trassen für notwendig. Für uns gilt: So viel Netzausbau, wie erforderlich ist. Das ist vom Bund festgeschrieben. Daran darf es kein Rütteln geben.

(Beifall bei der FDP)

Da kann sich die bayerische Wirtschaft auf die CSU verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich war selten so froh wie heute, endlich ans Rednerpult treten zu dürfen,

nicht nur unter dem Eindruck der, wie ich finde, doch gewöhnungsbedürftigen Debatte nach einer sehr starken Regierungserklärung, sondern vor allen Dingen deshalb, weil ich seit gefühlt zwei Stunden an meinem Pult sitze und versuche, für mich in meinem Kopf zusammenzubringen, was die heutigen Wortbeiträge insbesondere vom Kollegen Hagen und vom Kollegen Hartmann mit der Regierungserklärung zu tun haben, die Staatsminister Aiwanger vorher abgegeben hat. Meine Herren, ich frage mich tatsächlich erstens: Welche Regierungserklärung haben Sie heute gehört? Zweitens: In welchem Land leben Sie beide eigentlich?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht nutzen wir an dieser Stelle die Gelegenheit, um uns etwas von den Emotionen befreit ehrlich zu machen, und rekapitulieren gemeinsam, was am heutigen Tag passiert ist. Kurz nachdem wir heute Morgen aufgestanden sind, ist in Berlin eine Studie vorgestellt worden: Bundesländervergleich zur Energiepolitik. Der Kollege Hagen hat offenkundig eine andere Studie gelesen als ich. Es ist bekannt gemacht worden unter der Überschrift "Gutes Zeugnis für Bayerns Energiepolitik", dass wir insbesondere im Bereich der Umsetzung, insbesondere im Bereich von Photovoltaik und Wasserstoff, punkten und Platz eins unter den deutschen Ländern belegen. So war der Start in diesen Tag.

Nach diesem Start in den Tag mit dem guten Zeugnis für die bayerische Energiepolitik von Staatsminister Hubert Aiwanger ist eben dieser Staatsminister in München ans Rednerpult getreten und hat die erste Regierungserklärung, die je ein Minister von den FREIEN WÄHLERN abgegeben hat,

(Alexander König (CSU): Historisch!)

unter die Überschrift der Energiepolitik gestellt. Er hat sich als bayerischer Wirtschaftsminister als Energieminister verstanden. Er hat den Umweltschutz, den Klimaschutz und die Energiepolitik als Masterthema unserer Zeit erkannt, indem er ganz bewusst dieses und kein anderes Thema zum Gegenstand seiner Regierungserklärung ge-

macht hat. Er hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen dieser Regierungserklärung die Gründung der Landesagentur für Energie, ein Novum in Bayern, verkündet. Er hat heute sozusagen einen großen Aufschlag für Energiepolitik im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Nachhaltigkeit präsentiert mit dem Rückenwind eines ohnehin schon guten Zeugnisses im Bundesvergleich, was in der Konsequenz heißt: Wenn es insbesondere den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN nicht um Parteipolitik, nicht um Politshow, nicht um Umfragewerte gehen würde, sondern darum, tatsächlich etwas für dieses Land voranzubringen im so wichtigen Bereich der Energiepolitik, bei dem Masterthema unserer Zeit, dann hätte es die Fairness eigentlich geboten, dass der Kollege Hartmann heute an dieses Rednerpult tritt und ein Loblied auf den bayerischen Energieminister Hubert Aiwanger singt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Ja-wohl! Sehr richtig!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nur wenige von uns überrascht es, dass es der Kollege Hartmann nicht getan hat. Der Kollege Hartmann hat das Gleiche getan, was er immer tut: Er hat emotional Probleme beschrieben, ohne auch nur eine Lösung anzubieten. Er hat mit seiner Rede nicht ein Megawatt Energie erzeugt, sondern ausschließlich heiße Luft. Was aber noch viel gefährlicher ist, Kolleginnen und Kollegen: Er hat einmal mehr zur Spaltung beigetragen. Er hat einmal mehr den so wichtigen energiepolitischen Grundkonsens, den wir im Schulterschluss von Politik und Bevölkerung für die Zukunft unseres Landes dringend brauchen, riskiert. Er hat ihn kaputtgeredet. Er hat wieder gespalten. Er hat wieder die Gesellschaft auseinanderdividiert. Er hat wieder dafür gesorgt, dass es nicht weitergeht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut zusammengefasst!)

Aber mich wundert das zwischenzeitlich auch nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mich wundert es nicht mehr, weil ich das längst erkannt habe, und das schon

nach einem Jahr Parlamentarismus hier im Bayerischen Landtag, dass es sich dabei um nichts anderes handelt als um das Geschäftsmodell der GRÜNEN: Emotionale Problembeschreibungen auf jeden Fall ohne Lösungen;

(Alexander König (CSU): Salz in die Augen streuen!)

denn Lösungen würden genau dazu führen, dass der Gründungsmythos, sozusagen das Geschäftsmodell, torpediert würde. Deshalb sind die GRÜNEN auch so lange für Klimaschutz, bis wir als Staatsregierung ihn in die Verfassung schreiben wollen. Dann sind sie dagegen, weil sie keine Lösung wollen. Sie wollen Probleme thematisieren, um die Umfragewerte hoch zu halten. Das ist das eigentlich Bezeichnende am heutigen Tage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, erschreckend ist es für mich – es ist in der Zwischenbemerkung schon angeklungen –, dass die GRÜNEN eine Ein-Thema-Partei sind – das wussten wir vorher schon –, eine Single-issue-Partei, die im Landtag über nichts anderes sprechen kann als über Klima- und Umweltschutz. Wenn es um die Hightech-Offensive geht, geht es um den Umweltschutz, egal, worüber wir sprechen. Es geht immer um Klima- und Umweltschutz. Nur heute, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wäre es wirklich mal um Umweltschutz gegangen. Sie haben uns heute eindrucksvoll gezeigt, dass Sie selbst bei diesem, Ihrem einzigen Thema innerhalb des Themas auch noch eine Ein-Thema-Partei sind, dass Ihnen selbst dazu kein Lösungsvorschlag einfällt, sondern nur ein "Weiterhin über 10 H sprechen". Wieder keine Lösung. Wenn man schon eine Ein-Thema-Partei ist, sollte man wenigstens bei diesem einen Thema Lösungen aufzeigen können. Nicht einmal das ist Ihnen heute gelungen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Ein bisschen mehr Verständnis als für die GRÜNEN habe ich für den Kollegen Hagen. Lieber Martin, schön, dass du mir die Ehre gibst, anlässlich einer Rede noch einmal reinzukommen.

(Martin Hagen (FDP): Das wird ein Highlight!)

Wir können das fortsetzen, was wir letzte Woche schon miteinander austauschen konnten. Ich habe deshalb mehr Verständnis für den Kollegen Hagen, weil für den Kollegen Hagen die Latte vor seiner heutigen Rede medial sehr hoch gelegt war. Die Zeitungen haben getitelt, er sei der "Quälgeist des Ministers". Er musste vor dem Hintergrund unserer letzten Redeschlacht – lieber Martin – heute natürlich liefern. Entsprechend hoch war die Latte gelegt. Entsprechend ambitioniert und engagiert ist er rangegangen. Aber, Martin, heute kann ich dir leider nicht mehr entgegenkommen. Heute ist es nicht gelungen. Heute war es für deine Verhältnisse inhaltlich wirklich schwach. Heute warst du nicht der Quälgeist des Ministers. Heute warst du der Kleingeist der bayerischen Energiepolitik.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): An dem Wortspiel hast du aber lange gefeilt!)

Das hat aber auch damit zu tun, lieber Martin, dass wir einfach ein unterschiedliches Verständnis von Energiepolitik haben, wir, die Bayerische Staatsregierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU, und die FDP. Die Vorstellung der FDP kommt aus der neoliberalen Mottenkiste. Die FDP wünscht sich, dass möglichst wenige, möglichst große internationale Konzerne mit Steuersitz irgendwo unsere Energie nach Bayern bringen. Sie wollen, dass internationale Geschäftsbanken, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter irgendwo arbeiten, die irgendwo Gewerbesteuer zahlen, die Finanzierungen dafür machen. Wir wollen einen Paradigmenwechsel. Wir wollen, was Staatsminister Hubert Aiwanger hier heute angekündigt hat, eine dezentrale Energiewende. Wir wollen, dass unsere Sparkassen und Raiffeisenbanken die Finanzierungen machen, dass die Wertschöpfung bei uns im ländlichen Raum entsteht, dass hier Arbeitsplätze ent-

stehen. Wir sehen Energiepolitik nämlich nicht nur insoweit als Teil der Wirtschaftspolitik, als dass es notwendig wäre, Energie für die Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, sondern wir meinen, schon die Erzeugung von Energie ist Teil der Wirtschaftspolitik. Energiewende bedeutet deshalb aus Sicht der FREIEN WÄHLER unmissverständlich die Chance, Wertschöpfung nach Bayern zu bringen, in den ländlichen Raum, mit Arbeitsplätzen, mit Zinsen, mit Steuereinnahmen. Das ist unser Verständnis. Euer Verständnis ist ein neoliberales Verständnis, eines, von dem nicht Bayern profitiert, sondern internationale Großkonzerne profitieren, lieber Martin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Da ist was dran!)

Wir liegen mit unserem diesbezüglichen Verständnis richtig, das bestätigen nicht nur die heute veröffentlichten Umfragen und Studien, nicht nur die Mittelständler, mit denen wir draußen im Dialog sind, sondern auch diejenigen, die von dir immer wieder als Gewährsträger gegen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger missbraucht werden. Sie werden immer wieder von dir für dein Aiwanger-Bashing missbraucht. Die Aktuelle Stunde vor vierzehn Tagen war aufgezogen nach dem Motto: Die IHKs seien in heller Aufregung, und die FDP muss nun, als Fünf-Prozent-Partei, als Retter auftreten, um die bayerische Wirtschaft vor Hubert Aiwanger zu bewahren. – Lieber Martin, das hat mich veranlasst, ein bisschen zu recherchieren. Ich kann dir ein paar Zitate mit auf den Weg geben, die zeigen, was die IHK wirklich denkt. Ihr Hauptgeschäftsführer in München und Oberbayern sagt: Der Staatsminister macht gute Arbeit. Der stellvertretende Präsident der IHK bei mir zu Hause in Schwaben sagt: Dank Hubert Aiwanger ist endlich wieder frischer Wind in die bayerische Wirtschafts- und Energiepolitik gekommen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört! – Unruhe bei der FDP)

Das ist es, was die Kammern über uns denken, das ist es, was die bayerische Wirtschaft über uns denkt. Es wird dir nicht gelingen, die Menschen etwas anderes glau-

ben zu machen mit der Art und Weise, wie die FDP Propaganda auf eigene Kosten macht, lieber Martin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Abschluss noch ein Hinweis, den gab es schon vor vierzehn Tagen von mir für dich: Der Großteil der Probleme, die Bayerns Energiewende lähmen, entsteht nicht in Bayern, sondern in Berlin. Wir hätten gern, wirklich gern mit einem Wirtschaftsminister Christian Lindner über EEG, über KWK, über Stromsteuer, über all die wesentlichen Themen verhandelt. Hubert Aiwanger wäre gerne zu Christian Lindner gefahren. Das hätten wir getan. Wozu wir aber nicht bereit sind, das ist, zur Kenntnis zu nehmen, dass ihr in Berlin diese Verantwortung abgelehnt habt, dass ihr dort davongelaufen seid und jetzt in Bayern den Zwergenaufstand probt, lieber Martin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das stimmt leider!)

Ich komme zum Ende. Der Staatsminister hat heute eine Vision unterbreitet für eine fünfstufige Energiewende, die dezentral ist, die nachhaltig, sicher und bezahlbar ist und die vor allen Dingen bürgerfreundlich ist. Bürgerfreundlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, im Konsens mit den Menschen in Bayern. Ich will Sie deshalb abschließend aufrufen, diesen Konsens herzustellen. Das ist unsere Aufgabe als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker. Wir dürfen den Konsens nicht zerreden wie die GRÜNEN, wir dürfen uns nicht in neoliberalen Fantasien erschöpfen wie die FDP, sondern wir wollen die Menschen pragmatisch mit gesundem Menschenverstand, genau wie Staatsminister Hubert Aiwanger, abholen und Lösungen finden. Das ist unser Auftrag, dafür steht die Bayerische Staatsregierung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dafür sage ich Herrn Staatsminister Aiwanger herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Dr. Mehring. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Sebastian Körber von der FDP.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Gerne!)

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Mehring, wenn das jetzt wenigstens frischer Wind gewesen wäre, dann hätten sich vielleicht ein paar Windräder gedreht. Es war aber nichts als ein bisschen dünne warme Luft.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die einen sagen so, die anderen sagen so!)

Vielleicht können Sie noch etwas dazu beitragen, dass wir mehr Klarheit in die Debatte bekommen. Eines wäre für uns interessant, nachdem Herr Kollege König den Wirtschaftsminister gerade vor versammeltem Haus mindestens an fünf bis sechs Stellen frontal angegriffen hat, dass hier Visionen vorhanden sind, aber keine Lösungen. Das war doch peinlich. Vielleicht können Sie darstellen, ob die Regierungserklärung von Herrn Aiwanger auch die Meinung der CSU ist. Ist das abgestimmt? – Mir scheint, hier gibt es sehr viel Klärungsbedarf.

Vielleicht können Sie mir andererseits auch einige Fragen beantworten, nachdem Sie doch angeblich für den ländlichen Raum stehen. Bisher habe ich nichts, aber auch wirklich überhaupt nichts davon gehört, was Sie dafür tun wollen, dass sich die Menschen im ländlichen Raum, die ein Einfamilienhäuschen haben und zwei Kinder, einen Kombi und noch ein Auto – ich habe das vorhin schon gesagt –, die Energiewende leisten können. Wie soll das gehen? Verkehrswende, neue Autos, Elektromobilität, energetisch sanierte Häuser, wer soll denn das alles bezahlen? – Vielleicht können Sie in einer Minute noch etwas dazu sagen oder auch erklären, ob das, was der Staatsminister gesagt hat, wirklich die Meinung der Staatsregierung insgesamt ist.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön, Herr Körber.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Körber, ich sage herzlichen Dank für die Redezeitverlängerung. Zunächst zu den inhaltlichen Punkten, zu der Frage, worin sozusagen die sachliche Vision besteht. Das ist die Krux der heutigen Debatte. Darüber habe ich mich schon eingangs beschwert. Ich hätte Ihnen vier Seiten Redemanuskript vortragen können. Ich biete Ihnen an, Ihnen dieses Manuskript anschließend zu übergeben. Darin stehen die konkreten Visionen, die wir ganz greifbar ausbuchstabiert haben.

(Unruhe bei der SPD)

Das Problem an der Debatte ist allerdings, dass man aufgrund der Art, wie hier diskutiert wird, gar nicht dazu kommt, diese Überlegungen auszubreiten, weil man zunächst einmal acht Minuten braucht, um den ganzen Unsinn wieder aufzuräumen der vorher von Ihnen und von euch hier erzählt worden ist, Herr Kollege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Zweiten, zur Frage der Geschlossenheit der Bayerischen Staatsregierung. Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, weil diese Geschlossenheit nicht gegeben war, als die FDP Teil der Bayerischen Staatsregierung war. Für die Bayern-Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU kann ich Ihnen aber versichern, dass alles, was in dieser Staatsregierung konzipiert ist, gemeinsame Linie beider regierungstragenden Fraktionen ist. Ich glaube, das ist auch unser Erfolgsrezept im Gegensatz zu der Zeit, in der Sie mitregiert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Seidl das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Josef Seidl (AfD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Dr. Mehring, jetzt muss ich schon einmal sagen: Ganz ehrlich, jetzt, nach der Frage von Herrn Kollegen Körber, hätten Sie noch einmal die Chance gehabt, dass Sie einmal eine Antwort geben, die einen Sinn ergibt. Das war eine rhetorische Meisterleistung: Bla, bla, bla.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Danke für das Kompliment!)

Wissen Sie was, Herr Mehring, lassen Sie es bleiben. Wenn Sie von einem Thema keine Ahnung haben, dann sagen Sie einfach nichts. Das ist gescheiter.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da muss ich Sie enttäuschen!)

Es ist wirklich besser.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt fangen wir einmal an. Jetzt einmal ganz ruhig, jetzt fangen wir einmal in aller Ruhe an, richtig über das Thema zu reden. Dem Einzigen, dem ich hier einmal ein Kompliment machen muss, das ist der Herr Duin von der FDP. Das war einer, der hat sich ordentlich zu der Sache geäußert, der weiß, wovon er spricht. Da war ich begeistert, das muss ich ganz ehrlich sagen. Er hat auch die Kernenergie wieder ins Gespräch gebracht. An der werden wir nicht vorbeikommen. Wir haben keine andere Chance, wenn wir CO<sub>2</sub>-neutral Energie erzeugen wollen; dann werden wir an der Kernenergie nicht vorbeikommen. Das ist Fakt! Etwas anderes gibt es nicht.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt fangen wir an, mit Ihrer Windenergie. Ich habe wirklich etwas für die GRÜNEN übrig.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Sei halt einmal ruhig, da hinten. Hör zu, dann lernst du was. Das muss ich jetzt schon einmal ehrlich sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Von Ihnen ganz sicher nicht!)

– Seien Sie doch einfach einmal ruhig. Hören Sie einmal zu, dann können Sie etwas lernen. Ich sage es jetzt klipp und klar, tun wir gar nicht lange herum: Windenergie, Solarenergie, das ist ein Geschäftsmodell, aber nur so lange, wie es subventioniert wird. Wenn das nicht mehr subventioniert wird, dann ergibt es sich von ganz allein, dann wird das zum Auslaufmodell. Das heißt im Umkehrschluss: Für den Endverbraucher wird jedes einzelne Windrad, das gebaut wird, jeder Quadratmeter Solarenergie, der installiert wird, die Energiekosten steigern.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Stromkosten werden für den Verbraucher höher. Der Verbraucher weiß das. Ihr könnt ihm kein X mehr für ein U vormachen. Er sieht das an der Umlage. Ihr müsst euch das einmal vorstellen. Die Wirtschaft orientiert sich schon lange um. Die Unternehmer schauen, ob sie ihre Firmen ins Ausland verlagern, denn dort haben sie wesentlich günstigere Strompreise, und bei uns sind sie auch noch ausgenommen, das muss man sich einmal vorstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Was wollen Sie?

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Und warum ist Tesla dann nach Brandenburg gegangen?)

– Warum Tesla nach Brandenburg geht? – Weil es kein anderes Land gibt, das die Elektromobilität derart subventioniert. Deshalb geht Tesla da hin. Und das zahlt auch wieder der brave Steuerzahler. Dem zieht ihr das Geld aus der Tasche, und keinem anderen!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Jetzt möchte ich noch weiter gehen. Ihr habt es sogar geschafft, dass es selbst im Handwerk einen Investitionsstau gibt, in der Heizungsbranche. Das muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ihr habt die Leute so dermaßen verunsichert, dass sie nicht mehr wissen, ob sie sich eine Ölheizung, einen neuen Ölkessel einbauen sollen oder nicht. Sie wissen nicht, ob sie sich eine Gasheizung einbauen sollen. Vielleicht würden sie sich schon lange eine neue Anlage einbauen lassen, aber mit dieser Verbotspartei, den GRÜNEN – und ihr macht das zum Teil sogar noch mit, Herr Aiwanger –, ist man sich nicht sicher, das muss man schon ganz ehrlich sagen, ob in fünf Jahren eine Gasheizung noch erlaubt ist oder nicht.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Kommt darauf an!)

Wir haben mittlerweile einen Investitionsstau im Handwerk in dreistelliger Millionenhöhe. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Meine Damen und Herren, so geht es nicht. Die Leute wollen Sicherheit haben.

Es gäbe noch viel zu sagen, noch sehr viel. Aber heute ist schon sehr viel gesagt worden, und ich möchte nicht alles wiederholen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Überlegen Sie gut, was Sie in Zukunft noch machen wollen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Lachen Sie nur. Der Wähler wird es Ihnen quittieren, das garantiere ich Ihnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Klaus Holetschek von der CSU-Fraktion.

**Klaus Holetschek (CSU):** Herr Präsident, Herr Wirtschaftsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass es keine einfache Aufgabe wird, wenn man aus zwei grundlastfä-

higen Energieträgern wie der Kernenergie und der Kohle aussteigt, ist selbstredend. Aber genauso selbstredend ist, dass wir heute vom Wirtschaftsminister ein Programm mit konkreten Maßnahmen vorgelegt bekommen haben. Ich finde es wirklich ausgezeichnet, dass in der Broschüre Termine hinterlegt sind, dass wir ein Zeittableau haben, dass wir nicht nur die Erkenntnis haben, was zu tun ist, sondern dass wir das umsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Das erwarten die Menschen in diesem Land von uns. Die Energiewende hat auch etwas mit Wohlstand für die Menschen zu tun. Sie hat nicht nur etwas mit Umweltschutz zu tun, sondern es geht auch um den Wohlstand der Menschen. Es geht um Ökologie und Ökonomie. Es geht um beides. Es geht um eine Versöhnung beider Themen. Deswegen müssen wir die heutigen Meldungen ernst nehmen, dass Audi über 6.000 Menschen ausstellt und dass es bei BMW Verlagerungen gibt. Die Menschen bewegt die Frage, wie es mit der Energieversorgung weitergeht, aber auch, wie wir mit der Mobilität umgehen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist doch Ihre Politik! Jammern Sie nicht darüber!)

– Das Schreien macht es nicht besser, Herr Müller. Es ist fast schon unanständig, wie Sie sich hier aufführen. Sie haben vorher gezeigt, dass Sie die Ewiggestrigen sind.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Müller, Zwischenrufe gerne, aber bitte kein Dauerfeuer.

**Klaus Holetschek (CSU):** Sie werden auch Ewiggestrige bleiben, meine Damen und Herren, das wird sich nicht ändern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht auch um den Wohlstand der Menschen. Bei der Energiewende geht es auch darum, die Ansätze vernünftig und pragmatisch zu wählen. Die GRÜNEN haben sich heute wieder einmal an der 10-H-Regelung abgearbeitet, Herr Kollege Stümpfig.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Ja, aber fast ausschließlich. Das ist Ihr einziges Thema. – Wenn ein Wirtschaftsminister sagt, dass es nur mit der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger geht, dann ist das wirklich wahr und richtig.

Darum geht es. In Schleswig-Holstein und in Brandenburg haben Sie auch Abstandsregelungen für die Windkraft eingeführt; Sie sollten hier nicht als Retter der Nation auftreten, meine Damen und Herren. Das ist unredlich, wenn Sie das so machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur nebenbei: Der Flughafen in Stuttgart wird jetzt erweitert. Da geht es um Infrastruktur. Vor Kurzem habe ich eine Meldung gelesen, dass dort das Terminal erweitert werden soll. Wissen Sie, wer Aufsichtsratsvorsitzender des Flughafens Stuttgart ist? – Der grüne Verkehrsminister. Der grüne Oberbürgermeister ist dort im Aufsichtsrat. Dort geht es auch darum, Dinge zu verbessern, Infrastruktur zu schaffen. Hier im Landtag geißeln Sie die Dinge. Das ist eine Doppelmoral, die Sie hier vorführen, und Ideologie pur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So kann man nicht Politik machen.

Zum Schluss will ich klarstellen: Wir haben eine nicht einfache Situation. Das ist, glaube ich, unbestritten. Sicherheit, Bezahlbarkeit, Akzeptanz – in diesem Dreieck bewegen wir uns. Wir haben heute einen guten Vorschlag für die Zukunft bekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Was denn?)

Ich bitte nochmals darum, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen und weiter in Forschung und Innovation investieren. Das tun wir nämlich in hohem Maße. Wir sind Vorreiter beim Wasserstoff, Sie setzen einseitig auf Elektromobilität. Wir wollen technologieoffen sein.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir wollen das Beste aus den Lösungen für die Zukunft dieses Landes, für die Menschen und für die Umwelt. Wir wollen auch, dass die Unternehmer klare Zeichen bekommen, dass der Mittelstand weiß: Er kann sich auf uns verlassen, er kann sich auf den Minister und auf die Staatsregierung verlassen.

(Alexander König (CSU): Und auf die CSU natürlich! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Holetschek. Das Wort hat Herr Abgeordneter Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Verehrtes Präsidium, verehrte Abgeordnete, sehr verehrte Gäste! Herr Aiwanger, es tut mir fast leid, aber es gab heute so manche kalte Dusche für Sie; ich möchte mich da nicht anschließen. Sie halten das aber aus.

Auf uns kommt eine Post-Merkel-Zeit zu und damit auf Sie alle eine Relativierung des Alleingangs in der Entscheidung über die Kernenergie, den Frau Merkel in einer totalitären Weise gemacht hat. Und damit kommt auf Sie eine andere Zukunft zu als die, die Sie heute beschrieben haben. Dann werden sich die GRÜNEN auf den Kopf stellen, es fällt aber nichts aus den Taschen, außer dem, was sie sonst auch immer bringen.

Der technische Fortschritt in der Kernenergie lässt sich nicht aufhalten. Ein Bayern, das die Raumfahrt anstrebt, aber keine Antwort auf die Energiefrage kennt, muss sich fragen lassen: Warum hat man den technischen Fortschritt in der Kernenergie völlig

verschwitzt und verschlafen? – Wenn es so weitergeht, werden wir auch noch abgehängt.

Herr Aiwanger, Sie haben heute das Energiekonzept im Jetzt hervorragend dargestellt, aber keine Antworten auf die Frage nach der Energieversorgung in der Zukunft gegeben. Das wäre aber wichtig gewesen; denn gebraucht werden nicht nur zuverlässige und permanent verfügbare Energieträger, sondern auch – das ist mir noch wichtiger – bezahlbare Energieträger. Sie haben vielleicht das Geld dafür, aber unsere Wähler draußen haben es nicht; 40 % von ihnen leben in prekären Lebensverhältnissen, auch in Bayern. Meine Damen und Herren, darauf kann man keine feste Burg bauen.

Die Vorredner haben Ihr Energiekonzept zerrissen; das möchte ich nicht tun. Ich möchte aber auf etwas hinweisen: Wir haben kein nationales oder gar bayerisches Stromkonzept, sondern wir haben ein europäisches. Dieses zu managen liegt nicht in bayerischer Hand. In dieses europäische Stromnetz wird mehr schmutziger Strom eingespeist als sogenannter sauberer grüner Strom. Das wissen Sie alle, und das wird sich in Zukunft auch nicht ändern; ganz im Gegenteil: Mit einer teuren EEG-Umlage, die Sie den Bürgern zur Finanzierung des grünen Stroms abverlangen, finanzieren Sie in Wirklichkeit über die teuren Strompreise und über die Möglichkeit, schmutzigen Strom nach Deutschland zu liefern, die im Ausland gebauten und geplanten Atom- und Kohlekraftwerke. Das ist für mich eine Art schizophrener Politik. Herr Aiwanger, ich glaube, Sie können das besser. Sie können sich zum Feind des Guten machen – gut sind Sie schon. Der Feind des Guten wäre das Bessere, ein besserer Aiwanger als Wirtschaftsminister. Sie schaffen das!

Merkel ist abgekommen von dem "Sie schaffen das". Sie sagt nämlich jetzt: "Wir können das". Was kann sie? – Kürzlich hat sie in einer Rede vor einem CDU-Gremium gesagt – das wurde in einem privaten TV-Sender propagiert –: Wir nehmen jetzt 52 Milliarden durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe ein, dann können wir das. – Was können wir? – Weiterhin teure Strompreise verlangen. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht die Antwort auf die Sorgen und Nöte der Bürger sein. Von denen verlangen Sie

in Kürze, dass sie ihre Ölheizungen hinausschmeißen, Sie verlangen teure energetische Gebäudesanierungen. Damit ist große Unsicherheit verbunden. Ich möchte auf die Brandgefahren gar nicht hinweisen. Im Falle eines Blackouts – der wurde heute auch beschrieben – könnte es sein, dass die Bürger in ihren Häusern sitzen und nicht heizen können, keine Luft mehr bekommen und aus den Häusern flüchten müssen, ohne zu wissen, warum; nicht etwa, weil es ein Erdbeben gäbe, sondern nur wegen einer stromschwankungsbedingten Blackout-Situation, wenn auch vielleicht nur regional.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen den Bürgern nicht immer tiefer in die Taschen greifen, ohne ihnen das zu geben, was versprochen wurde, auch von Ihnen, Herr Aiwanger, nämlich Klimaschutz, Energiesicherheit und Wohlstand. Na ja, die GRÜNEN haben keinen Wohlstand versprochen, aber die Bayerische Staatsregierung.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Swoboda, Ihre Redezeit endet.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Damit bin ich am Ende angekommen. Ich danke für den Hinweis. – Herr Aiwanger, Dual-Fluid-Reaktoren sind technischer Fortschritt. Das könnte Sie nicht nur zu einem besseren Wirtschaftsminister machen, sondern auch zu einem Zauberer in der Energiefrage. Alles Gute dabei!

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Swoboda. Ich darf Sie kurz darauf aufmerksam machen: Sie haben davon gesprochen, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel – bitte nehmen Sie Platz – in totalitärer Art und Weise eine Entscheidung zur Energiewende getroffen hätte.

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Als demokratisch gewählter Abgeordneter des Hohen Hauses sollten Sie den Unterschied zwischen Demokratie und Totalitarismus eigentlich kennen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich fordere Sie auf, in Ihrer Sprache in künftigen Parlamentsreden davon Abstand zu nehmen, die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in dieser Art und Weise herabzuwürdigen. Bitte nehmen Sie Platz, Sie haben nicht das Wort. Das Wort erteile ich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.